Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 175 30. APRIL 1977
Re daktionsschluß: Donnerstag, 16 Uhr

D 1870 CX

* frankfurter
* informationsdienst e.v.
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611/70 43 52

* postadresse :
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

ALTERNATIVPRESSE: *Vom 4. Treffen in Frankfurt / Rechtliche und ökonomische Probleme der Alternativpresse / Aufruf zur Mitarbeit im ID-Bilderdienst / Der „Gute Uelzer" empfiehlt sich / Pressefest der HIZ / Prozeß um Wandzeitung im Komm / Gegenbuchmesse mit Lesungen geplant / Protestveranstaltung gegen Hausdurchsuchung und Beschlagnahmung in Oldenburg / Noch 'ne § 88a-Aktion / Und noch eine § 88a-Aktion in Fulda* — **Seite 1 - 4** *alternativzeitungen* **S. 15/16**

neu isenburg „Club Voltaire" wird neu eröffnet 4
düsseldorf auch bei mannesmann: sozialplan und sonst nichts ? 4
hannover Willi Gierke noch immer nicht eingestellt 4
hamburg massenentlassungen bei messerschmitt-bölkow-blohm angekündigt 4

POLITISCHE PROZESSE, HUNGERSTREIK, JUSTIZVOLLZUG „NORMAL"
schwalmstadt vernichtungsversuch an einem unangepassten 5
stuttgart verteidiger fordern zusammenlegung von politischen gefangenen 6
werl Lothar Gend in lebensgefahr — und immer noch in haft 6
münchen aktion zum hungerstreik vom turm des „Alten Peter" 6
straubing erfahrungen bei der betreuung von gefangenen 8
rheinbach hungerstreik wegen informationsfreiheit — teilerfolg 9
köln prozess gegen K.-H. Roth und Roland Otto / 26.-30. tag 10
straubing zur festnahme und haftsituation von Manfred Adomeit 12
kassel Ingrid Barabass und Christian Möller verhaftet 13

BÜRGERINITIATIVEN GEGEN ATOMKRAFTWERKE
würzburg willkürurteil im prozess um das kkw Grafenrheinfeld 13
hamm osterspaziergang zum kkw Uentrop 17
hamburg meldepflicht für akw-gegner aufgehoben 18
berlin kernenergie „völlig ungefährlich ?" 18
freiburg hohe masten muß man knicken ... 18
schweinfurt kkw-nein fest 19
münchen Ohu und die bayrische akw-bewegung 19

JUGENDZENTRUM, LEBEN AUF DEM LAND
stetten osterruhe im besetzten jugendhaus 20
stuttgart mit dem planwagen durchs ländle 20

SOLDATENGEWERKSCHAFTEN
hamburg vertrauensmann in der röttiger-kaserne abgesetzt 21
frankfurt zur us-soldatengewerkschaft 22
heidelberg deutsche zivilangestellte demonstrieren vor us-hauptquartier 22
oberhausen film über die geschichte holländischer soldatengewerkschaften 23
speyer plattform der soldatenkomitees der französischen armee 23

GEMISCHTES
frankfurt polizei „befreit" heimverwaltung 24
neu isenburg frauenadressbuch geplant 25
frankfurt demonstration zur unterstützung der hungerstreikenden 25
münchen polizei kontrolliert münchen 25
aachen fahrpreise für busse erhöht 25
bremen film über freistaat Christiania 22

BERUFSVERBOTE UND DISZIPLINIERUNGEN
münster prof. Sigrist bleibt mitglied der GEW 26
berlin keine planstellen für lehrer ? 26
frankfurt lehrerin soll „diszipliniert" werden 26
heidelberg berufsverbot gegen einen juristen 26

INTERNATIONALES
münchen sioux medizinmann leonhard crow dog in freiheit 27
rom F. Panzieri vorläufig frei 27
paris wohnraumzerstörung im Marais 28
frankfurt ein bericht über die aktuelle situation in Portugal 28
barcelona „uns gehören die ramblas" — bericht über ein fest 29
madrid CNT-meeting in San Sebastian de los Reyes 31
zahlen, zahlen, zahlen: mal etwas über ID-versand und buchhaltung 31

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schluterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

5000 koln
der andere buchladen
zulpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tübingen
aktion politischer
buchladen
naucklerstr. 20
tel. 07071/212929

8000 munchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zurich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

druck: druckladen

Einzelverkaufspreis:

1,50 mark incl. 5,5% mwst

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto: frankfurter informationsdienst e.v. 6000 frankfurt 90 nr. 52 52 28 - 602 überweisen.
bitte genaue anschrift und abonummer angeben, gegebenenfalls stichwort "neuabo" oder "adressänderung".

VIERTES TREFFEN DER ALTERNATIVPRESSE

FRANKFURT 28. April

Auf dem vierten Treffen der Alternativpresse, das am 23./24. April in Frankfurt stattfand, waren Vertreter von 45 Alternativprojekten aus der BRD und Westberlin anwesend, 38 Zeitungen, 7 Initiativen und Teilprojekte. Wir veröffentlichen ein Beschlußprotokoll. Ein ausführliches Protokoll geht an die beteiligten Redaktionen (s. Liste im Mittelteil dieser Nummer).

1. Solidaritätsfonds

Der Fonds ist eine Einrichtung der alternativen Presse. Er hat zum einen die Funktion, finanzielle Erste Hilfe zu leisten, falls ein dem Fonds angeschlossenes Projekt durch Beschlagnahme o.ä. in Schwierigkeiten gerät. Zum anderen hat er die Aufgabe, die Finanzierung gemeinsam diskutierter Projekte zu gewährleisten (z.B. Plakate, Broschüren etc.) Diese Projekte werden auf den Plenen der Alternativzeitun gen diskutiert und beschlossen. Über die aktuelle Vergabe von Geldern entscheidet ein Vierergremium, bestehend aus je einem Vertreter des Blatt, Klenkes, Freiburger Stadtzeitung und des ID. Der Mindestbeitrag beträgt DM 10.- im Monat. Er ist auf folgendes Konto zu überweisen: Postscheckkonto 3321 90-604, Thomas Meusert, Zeitungssolidarität, Postscheckamt FFM.

Auf dem Treffen wurde beschlossen, daß diese Kontonummer zusammen mit ei em möglichst phantasievollen Spendeaufruf in den einzelnen Zeitungen veröffentlicht wird.

2. Das nächste Treffen

findet am 9./10./11. September in Berlin statt. Es wird von Info-Bug und Radikal vorbereitet werden.

3. Gemeinsames Thema

Der Kongreß der Arbeitslosenselbsthilfegruppen an Pfingsten in Frankfurt wird Thema der gemeinsamen Berichterstattung sein. Die Redaktionen sammeln Material über Initiativen arbeitsloser Jugendlicher und schicken es an den ID. Dort wird gesammelt, gesichtet und abschließend verschickt.

4. Rechtsfragen

Vom ID wird ein „Beschwerdeinfo" zusammengestellt, in dem die Gefangenen, denen linke Zeitungen nicht ausgehändigt werden, über Möglichkeiten informiert werden, sich zur Wehr zu setzen. Häufig werden Zeitungen von Staatsanwälten mit verleumderischen Begründungen beschlagnahmt. Das Plenum hat beschlossen, sich gegen diese Verleumdungen durch Verleumdungsklagen zu wehren.

5. Archiv

Einige Zetiungen (Blatt, päd. extra, Schnürschuh, Oh wie schön, ID) wollen anfangen nach einem gemeinsamen Archivschlüssel regionale Archive aufzubauen. Den (vorläufigen) Schlüssel, nach dem auch die Fotos des Bilderdienstes geordnet werden sollen, und weiteres Material zum Archiv könnt ihr vom ID bekommen.

6. Rechtsformen

In Zusammenarbeit mit einem Steuerberater wird eine Broschüre über Rechtsformen der Zeitungsprojekte erstellt. Redaktion der Broschüre: ID

7. Russell–Tribunal

Ende Mai findet in Göttingen ein Treffen zur Vorbereitung des Russell–Tribunals statt. Thema: Zensur und Repression in den Medien. Der genaue Termin wird noch bekanntgegeben. Material zum Thema bitte an den ID.

RECHTLICHE UND ÖKONOMISCHE PROBLEME DER ALTERNATIVPRESSE

FRANKFURT 25. April

Beim letzten Treffen der Alternativpresse in Frankfurt fand eine Arbeitsgruppe statt, die sich mit Problemen des Presserechts, der Organisationsform und wirtschaftlichen und steuerlichen Möglichkeiten der Alternativpresse beschäftigte. Hierbei erwies es sich als sinnvoll, die Erfahrungen einzelner Projekte zu sammeln und allgemein zugänglich zu machen. Zu dem sollen einige grundsätzliche Probleme der Rechtsform – GmbH, e. V., usw.– und des Steuerre chts dargestellt werden. Wir bitten daher alle Zeitungen und Zeitungsinitiativen, dem ID ihre Erfahrungen zuzusenden, die sie in den genannten Bereichen gemacht haben. Besondersinteressant sind Vereinssatzungen, die zur Anerkennung als gemeinnütziger Verein führten, Informationen über die Verweigerung von Auskünften durch Behörden ect. Weiter bitten wir darum, uns Fragen juristischer, ökonomischer und steuerlicher Art zuzuschicken, damit sie in das geplante Papier aufgenommen werden können.



AUFRUF ZUR MITARBEIT IM BILDERDIENST

FRANKFURT 28. April

Der Bilderdienst als Untergruppe im ID möchte einiges bekanntgeben, da wir seit unserem Aufruf im ID 161 vom 22. Januar einige Erfahrungen gemacht haben und auch einiges än[...]n möchten.

Wir waren immer etwa 4 - 5 Leute mit einem Kern von zweien, die nicht gewechselt haben. Deshalb konnten wir nicht immer so sehr schnell sein.
Für unsere Tätigkeit war es sehr nützlich, daß viele Leute uns Fotos, Montagen usw. geschickt haben. Bei denen möchten wir uns hier noch einmal bedanken, weil wir nicht allen schreiben konnten. Nach unserer Schätzung sind ein paar hundert Fotos, Karikaturen, Postkarten u.ä. hereingekommen. Ungefähr 50% der eingesandten Fotos gingen wieder heraus, pro Woche etwa 10 - 20 Fotos. Im Schnitt wird es von einer Anfrage bis zum Versand 3 - 6 Tage gedauert haben, weil wir bisher bei uns zu Hause die Repros machen mußten.

Wir wollen in Zukunft etwas schneller sein und auch noch mehr Bilder zur Verfügung haben. Wir schlagen deshal b vor, daß uns Alternativ-Zeitungen und andere Gruppen Fotos schicken, die sie abgedruckt haben, damit wir sie reproduzieren können. Diese schicken wir auf Wunsch gerne zurück. Wir wollen nicht unbedingt alle Fotos, die in linken Publikationen abgedruckt werden zur Reproduktion haben, sondern wir stellen uns das so vor, daß IHR uns die Fotos schickt, von denen IHR euch vorstellen könnt, daß jemand anderes sie abdrucken oder ausstellen möchte; das kann also auch Lokales sein oder irgend etwas Zeitloses oder etwas zum Lachen.



Ostermarsch nach Biblis

ID-Bilderdienst

Wir stellen es uns nützlich vor, wenn uns Fotographen, Bildermacher, Halbprofis oder wer auch immer schreiben würden, worüber sie Fotos haben oder uns Kontaktabzüge ihrer Fotos schicken würden, da ihr uns ja nicht alle eure Fotos aus den letzten 20 Jahren schicken könnt. Wir hoffen dann,manche beantwortbare Anfrage zu bestimmten Themen beantworten zu können.

Damit sind wir bei den Themen:
Mindestens die Hälfte der eingegangenen Fotos waren KKW–Sachen. Ansonsten kamen relativ viele Bilder zu: Uni, Schule, Kulturszene, Frauen, Betrieb, Häuserkampf, Jugendheime/-häuser, -zentren, Repression, Berufsverbote (Karikaturen), Rechtsradikale. Zu allen anderen Themen haben wir nur wenig oder nichts, zu den meisten ausländischen Ländern haben wir nur ein paar Bilder.
Bilderwünsche, die wir nicht erfüllen konnten, kamen zu länger zurückliegenden Sachen, z.B. Ostermarschbewegung oder auch Whyl.

Wer in Zukunft Bilder senden will, soll sich bloß nicht auf die oben genannten Kategorien beschränken. Wir können wahrscheinlich auch andere Themen vermittlen oder im ID abdrukken.

Wir haben bis jetzt immer die wichtigsten (?) Fotos im ID abgedruckt, manchmal das eine oder andere nicht, weil kein Platz mehr war. Deshalb wollen wir in Zukunft immer angeben, zu welchen Themen wir noch neue Fotos bekommen haben, die wir nicht abdrucken konnten.

VERSAND/PREISE

Da wir bisher praktisch alle Fotos behalten konnten, die wir bekommen haben und weil ihr die Fotos nach Gebrauch zurückschicken müßt, konnten wir so billig sein, d.h. 5 DM Grundgebühr + 1 DM pro Bild.
Wir haben dann immer das weitergeschickt, was wir an Fotos bekommen haben,also von 7x10 chamois Büttenrand bis zur 24 x 30–Vergrößerung. Unsere Reprokosten (Kleinbildrepros, 18 x 24–Vergrößerungen) wurden damit fast gedeckt.

Wenn ihr für Ausstellungen oder so etwas größere Fotos braucht, wollen wir dies in Zukunft machen. Wir haben uns gedacht, daß wir für eine 24 x 30–Vergrößerung DM 2.- nehmen, für 30 x 40 DM 3,50 und für 50 x 60 DM 8.-. Auch Zwischennegative können wir dann machen, wenn Ihr selbst vergrößern wollt, für DM 2.- (jeweils plus Grundgebühr). Diese Extras werden eine Woche dauern und brauchen nicht zurückgeschickt werden. Wir haben jetzt auch ein eigenes Konto!

Zu unserem schöpferischen Ausbau könnt Ihr Vorschläge machen. Vielleicht machen wir auch mal etwas von uns aus, etwa einen Fotoband oder eine Montage.

Fotographen, die möchten, daß wir Ihren Namen unter den Fotos veröffentlichen, sollen uns das bitte mitteilen. Falls wir ein Foto an eine gut gehende linke oder bürgerliche Zeitung verhökern können, soll euch das Honorar zugutekommen.

Unsere Adresse:
Bilderdienst im ID, Hamburger Alle 45, 6 Frankfurt,
Tel. 0611/704352
Postscheckkonto Frankfurt 360 811 - 608

DER „GUTE UELZER" EMPFIEHLT SICH

UELZEN 25. April Mitarbeiter der Provinzzeitung der „gute Uelzer" brachten zum ALternativzeirungstreffen nach Frankfurt folgenden Bericht mit:

Zur Information: Uelzen ist nicht zu groß, und nicht zu klein, angenehm überschaubar, bevor es uns gab politisch reaktionär und liegt etwa bei 53° nördlicher Breite und 10,5° östlicher Länge, so in der Nähe der Lüneburger Heide, ohne daß jedoch die Heidschnucken durch unsere Felder patroulieren. Die Uelzer zerfallen in gute und schlechte Uelzer. Gute Uelzer gibt es etwa entsprechend der Auflage unsrer Zeitung (so etwa um die 1000) und schlechte Uelzer sind der überwiegende Rest. „Der gute Uelzer" erscheint seit 1971. Mittlerweile gabs etwa 20 Nummern. Die Kontinuität des Erscheinenens wurde von einigen Infekten unterbrochen, jedoch nie länger als ein halbes Jahr. Der letzte geht nu gerade zu Ende, die nächste Nummer erscheint am 1. Mai. Von früheren Auflagen, die mit 1700 Auflagen immer etwas zu üppig waren, haben wir nun aber noch etliche Mengen rumliegen. Drum machen wir ein Angebot. Kein Reprint oder sowas, sondern ein Paket mit etwa 10 Nummern des „guten Uelzers". Da rin läßt sich erstmal sehr schön die Entwicklung einer Provinzzeitung so über die Jahre ablesen. Wie wir mit der Zeit technisch immer perfekter wurden, wie schwer es ist, Themen für Provinzstädte zu bearbeiten und so weiter. Aber auch, was viel wichtiger ist, Texte zum Thema Jugendzentrum, zur Sozialarbeit in der Kleinstadt, zu diesem und jeriem. Wer daran Interesse hat macht folgendes:

5 (fünf) Mark überweisen auf das Konto 25940 der Kreissparkasse Uelzen „Der gute Uelzer" (das ist der Empfänger) Und einen ordentlich lesbaren Absender dazu, damit wir wissen, wohin das Paket soll. Und dann gibts bald Lektüre, für Klo, Bett oder Archiv.

PRESSEFEST DER HIZ

HILDESHEIM 28. April Für den 11. Juni 1977 plant die Hildesheimer Initiativzeitung ihr zweites Pressefest. Zusätzlich zu einem großen Programm soll eine Ausstellung „BRD—Alternativpresse" stattfinden. Die Hildesheimer bitten alle Redaktionen um Material: Plakate, Selbstdaratellungen, Zeitungen.

Kontakt: HIZ, c/o Andreas Hartmann, Goslarsche Str. 51,
3200 Hildesheim,
Tel. 05121/32153

PROZESS UM WANDZEITUNG IM KOMM

NÜRNBERG April 1977 Der Konflikt um eine Wandzeitung, die im Sommer des vorigen Jahres im Nürnberger Komm (Kommunikations- und selbstverwaltetes Jugendzentrum) gehangen hatte, schlägt eine weitere Welle. Nachdem der Leiter der „Dienststelle Jugendzentrum" einen Genossen als verantwortlich für die Wandzeitung bei der Polizei denunziert hatte und außerdem eine Kampagne gegen die Selbstverwaltung gelaufen war, flatterte diesem jetzt eine Anklageschrift wegen „Volksverhetzung" in Tateinheit mit „Verunglimpfung des Staates" und „Verleumdung" ins Haus. Inhalt der Wandzeitungen waren die Folterung politischer Gefangener am Beispiel Karl-Heinz Roth und Willi Piroch, die „Todesschüsse" der Polizei und die Selbstmorde im Knast. Einziger Zeuge dieser Anklage ist jener Dienststellenleiter (M.Popp). Der Prozess findet am 29. April, 8 Uhr, im Amtsgericht Nürnberg, Führterstr. 110, Sitzungssaal 51, statt.

Kontaktadresse: Thomas Decker, Untere Kanalstr. 4 B, 85 Nürnberg

GEGENBUCHMESSE MIT LESUNGEN GEPLANT

GÖTTINGEN April 77 Während ihrer Jahrestagung beschloss die AGAV-Arbeitsgemeinschaft alternativer Verlage; ein Zusammenschluß literarischer und politischer Verlage und Zeitschriften, aus Kostengründen an der Frankfurter Buchmesse nicht teilzunehmen. Während der Messe-Tage vom 12. bis 18. Oktober 77 wollen die 30 AGAV-Verlage in der Frankfurter Innenstädt einen „Buchmarkt im Kleinen" veranstalten. Im Rahmen dieser Veranstaltungen können sich auch interessierte Gäste an dem Buchmarkt der Kleinen beteiligen. Geplant sind tägliche Lesungen, vermischt mit Musik unterschiedlichster Gruppen. Auch wer sich mit Musikbeiträgen beteiligen möchte, ist herzlich willkommen. (Bitte wenden an: Hendrik Bicknaese, Weenderstr. 79, 3400 Göttingen);

PROTESTVERANSTALTUNG GEGEN HAUSDURCHSUCHUNG UND BESCHLAGNAHMUNG

OLDENBURG 20. April Am Freitag, den 22. April 1977 findet um 20.oo Uhr in der Aula der Carl-von-Ossietzky-Universität in Oldenburg eine Protestveranstaltung gegen die Hausdurchsuchung und Beschlagnahmung am 6.4.1977 in der Carl-von-Ossietzky-Buchhanldung statt. Programm und Mirwirkende: Bericht der Buchhandlung über Repressionsmaßnahmen gegen linke Buchhändler, Referat von Sebastian Cobler über den § 88a, ein Film „wer sich nicht wehrt, schläft verkehrt" und Musik von Toni und Elvira. Veranstalter: Sozialistisches Büro, Basisgruppe Projektinitiative und Carl-von-Ossietzky-Buchhandlung.

NOCH 'NE § 88 a-AKTION

LÜNEBURG April 1977 Das Melbecker Büchertischkollektiv, das seit etwa zwei Jahren die PH Lüneburg und viele gute Menschen mit alternativer Literatur versorgt, erhielt am 20. März Besuch. Wie es sich für Dienstboten und Buchhändler gehört, betraten einige Gesinnungsbeamte das Haus des Kollektivs gleich durch die Hintertür, um den Verantwortlichen des Büchertischs zu bitten, doch mal zur Vernehmung bei der Lüneburger Kripo (wohl beim politischen Kommissariat) vorbeizukommen, wobei es sich um die Dokumentation „§ 88 a in Aktion" handelte. Bei der Gelegenheit schauten sich die Herren noch ein klein wenig und ganz unauffällig im Haus um. Interessant dabei ist, daß sie gleich selbst gekommen sind und nicht, wie in anderen Fällen, schriftlich zur Vernehmung eingeladen haben. Vermutlich legen sie Wert auf bürgernahe Verwaltung oder so. Nach Rücksprache mit seinem Anwalt lehnte es der Büchertischmensch ab, sich vernehmen zu lassen. Nun werden wir sehen, was kommt.

§ 88a IN AKTION

FULDA
April 77

Gleich drei Ladungen zur Vernehmung bei dem Dezernat K 1 (u.a. politische Vergehen) flatterten dem Geschäftsführer des SOFA BUCHLADENS in den ersten drei Monaten diesen Jahres ins Haus. Diese drei Anzeigen sind ein massiver Versuch der Kriminalisierung dieses Buchladens dens und Kommunikationszentrums. Sie richten sich einmal gegen die Schaufensterauslage, dann gegen wildes Plakatieren und das Verwenden von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen (auf dem Plakat war Springer mit dem Hakenkreuz auf dem Ärmel zu sehen). Drittens geht es um die bundesweite Filzaktion gegen Buchhandlungen, Verlage, Vertriebe, die die Broschüre „§88a in Aktion, oder wie man Bürger verbrennt ohne sich die Finger schmutzig zu machen" unter die Leute bringen.

„CLUB VOLTAIRE" WIRD NEU ERÖFFNET

NEU–ISENBURG
21. April

Der Club Voltaire in Neu-Isenburg hat wieder einen Treffpunkt. Nachdem der Club über ein ganzes Jahr lang in unfreiwilliger „Raumlosigkeit" leben mußte, gibt es jetzt einen neuen Raum in den ehemaligen Stadtwerken neben der Goetheschule. Ende Januar 76 war den Neu-Isenburger Jugendlichen ihr Raum aus angeblich „brandschutztechnischen Gründen" geschlossen worden (s. ID 112 u. 153). Mit einer Aktionswoche „Club Voltaire" vom 22. bis 29. April ist der Raum wieder eröffnet worden.

AUCH BEI MANNESMANN IN DÜSSELDORF: SOZIALPLAN UND SONST NICHTS ?

DÜSSELDORF
25. April

„Die Luft ist raus", sagte uns einer der Kollegen am Telefon. So wird es in Düsseldorf bald zu einer geplanten Kapitalaktion „Arbeitsplatzraub" kommen, bei der 1200 Arbeitsplätze der Firma Mannesmann Röhrenwerke und der Kammerich Reisholz GmbH abgebaut werden.

Die anderen 16 Betriebe, die zu diesem riesigen Konzern gehören, haben durch ihre Belegschaftsvertretungen zwar Solidarität gezeitg und Telegramme geschickt, aber, so ein Kumpel pel: „Die Arbeit, die legen die nicht nieder, da haben die zuviel Muffensausen selber dran zu kommen!" Und der Kolloss der Kapitalmacht lockt auch, denn 1980 bis 1982 wird in einem andern Betrieb eine riesige Investitionsspritze fürArbeitsplätze sorgen — die Sandmännlein des Kapitals streuen Sand und die 1200 zu entlassenden Arbeiter glauben...

Kurz nach dem 28.2. — da wurde der Belegschaft die Maßnahme mitgeteilt — kam es zu Demonstrationen der Kollegen. Die Arbeit wurde oft bis zu drei Stunden im ganzen Betrieb niedergelegt. Aber dies half alles nichts. An jedem Sam stag finden im Stadtgebiet von Düsseldorf, organisiert über Infostände, weitere Aktionen statt. Aber im Betrieb selbst ist es ruhig geworden und der Betriebsrat spricht nur noch von einem Sozialplan.

Man glaubt dem Management nicht, daß man die „freizusetzenden " Arbeiter in anderen Betrieben unterbringen kann und viele Arbeiter, mit denen wir gesprochen haben, sagen ganz deutlich, was sie meinen: „Da wird die Produktion auf andere Betriebe konzentriert und wir sollen hier „mobil" werden, wir sin d aber keine Arbeiter mit Rädern, wie Wohnwagen".

Prof. Bussmann, Mitglied der Sozialakademie Dortmund ist einer der Berater des Betriebsrats, er ist auch Unterbezirksvorsitzender der SPD, er wird mit Hilfe des „Betrugsverfassungsgesetzes" wohl mit dafür sorgen, daß der letzte Kampfwillen der Belegschaft gebrochen wird. Ein Sozialplan wird erstellt werden, Sozial für ein Management, das sich saniert, tötlich für die Arbeiter, die in einer „Freisetzungsaktion" zu der Freiheit zu kommen, durch das soziale Netz zu fallen. Sie sind die einzigen, die ungestützt auf dem Drahtseil tanzen, das hierzulande freie Marktwirtschaft heißt und bald zur freiwilligen Mordwirtschaft werden sird.

Solidaritätsadressen nützen nicht viel, aber sie wären wohl das mindeste: **Betreibsrat und Vertrauensleutekörper der Mannesmann Röhrenwerke Reisholz GmbH, Henkelstr. 209, 4000 Düsseldorf. Tel.: 0211/7401 BR.App. 2490**

Warum will der Vorstand der IG Metall nicht aktiv werden hier, wie er es einmal in Speyer bei VFW-Fokker getan hat, massiver eingreifen ? Liegt es daran, daß man im Herbst auf dem Düsseldorfer Gewerkschaftstag der IG Metall Ruhe haben will ? Man sollte die betroffenen Kollegen einladen und mit ihnen diskutieren, nur Phantasie bricht die Macht der Mächtigen !

WILLI GIERKE NOCH IMMER NICHT EINGESTELLT

HANNOVER
27.April

Daß Willi Gierke seinen Prozeß beim Arbeitsgericht Hannover gegen die Technische Universität gewonnen hat, hilft ihm auch nicht weiter. Er war als Mitarbeiter an einem bis zum 30.Juni 77 befristeten wissenschaftlichen Teilprojekt engagiert worden (siehe ID 164), konnte aber dort nicht anfangen, „weil seine politische Überprüfung" nicht abgeschlossen sei.

Nach dem gewonnenen Prozeß fand die TU einen Dreh, Gierke nicht arbeiten zu lassen und damit auch das Gerichtsurteil zu ignorieren. Sie erreichte mit einer Beschwerde und einstweiligen Anordnung, daß Gierke das Institut nicht betreten darf. Und das gegen den Protest der Mitarbeiter. Gierke hat außerdem noch keinen Pfennig von seinem Gehalt bekommen. Die Göttinger Initiative gegen Berufsverbote, die sich mit dem Fall Gierke beschäftigt, teilt mit, daß der Dipl. Sozialwirt gegen das Land Niedersachsen geklagt hat, um eine Aufhebung seines Berufsverbots zu erreichen.
Der Termin findet am **8.Juni, 12,15 Uhr in Hannover, Hohenzollernstraße 47 statt. (2.Kammer des Landesarbeitsgerichts Hannover)**

MASSENENTLASSUNGEN BEI MESSERSCHMITT-BÖLKOW-BLOHM ANGEKÜNDIGT

HAMBURG
15. April

Der Hamburger Senat begründete auf der Bürschaftssitzung vom 13. April den Ankauf von von 20% der Aktien der Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm, der im Juni 1976 erfolgte (Kaufpreis 66 Mio) mit der Behauptung, dadurch seien die Arbeitsplätze bis 1979 gesichert. Die „Hamburger Morgenpost" vom 31.3.77: „Bonn sichert in Hamburg 5500 Arbeitsplätze. Grünes Licht für das sechste Baulos des Airbus A 300 bei MBB."

Diesen beiden Behauptungen steht aber entgegen, daß im Rahmen einer gerichtlichen Auseinandersetzung um die Sicherung von Arbeitsplätzen der Leiter der Rechtsabteilung von MBB, Dr. Hensel, am 13.4. erklärte: „Wir haben keine Möglichkeit zu beschäftigen. Meine Voraussage, die ersten 17 Entlassungen seien die Spitze des Eisbergs, wird sich in kürzester Zeit erfüllen."

„Schindluder werde mit den bei MBB in den ersten Entlassungswelle gekündigten Arbeiter getrieben, kommentierte am 25.3.1977 die Nordschau des NDR die Vorgänge in der Flugzeugfirma. An diesem Tag war innerhalb eines Monats die dritte Kündigung gegen dieselben Arbeiter ausgesprochen worden. Wie sieht die Abfolge von Kündigungen und Gerichtsentscheidungen bis heute aus ?

1. Am 21.2.1977 erfolgte gegen 17 Facharbeiter die erste Kündigung wegen behaupteten Auftragsmangels. Das Arbeitsgericht erließ am 4.3. 77 eine einstweilige Verfügung auf sofortige Weiterbeschäftigung, weil MBB noch Leiharbeiter von Teilzeitfirmen beschäftigte.

2. Zur Umgehung des Gerichtsurteils kündigte MBB am 14.3.1977 aus fadenscheinigen Gründen. Am 18.3.1977 erging eine erneute einstweilige Verfügung gegen MBB.

3. Am 25.3.1977 wurde nochmals aus den früheren betrieblichen Gründen gekündigt, nachdem der Betriebsrat am selben Tag den Kündigungen zugestimmt hatte. Einen Tag vorher hatte der Leiter der Rechtsabteilung während einer Arbeitsgerichtsverhandlung erklärt, daß man ohnehin erneut kündigen werde, weil nach dem 25.3. keine Leiharbeiter mehr im Betrieb sein würden. In einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts heißt es: „Wenn der Kündigungswille des Arbeitgebers bereits erkennbar abschließend gebildet ist, ohne daß der Betriebsrat angehört wurde, ist eine dann erfolgende Anhörung des Betriebsrats keine Anhörung im Sinne ... des BetrVG, sodaß die Kündigung...sozial ungerechtfertigt ist." Das Arbeitsgericht erließ am 12.4.1977 die dritte einstweilige Verfügung. Als zwei Tage später die Arbeiter ihre Arbeit aufnehmen wollten, wurden sie vom Werkschutz bereits am Betreten des Betriebs gehindert. Auch Personalchef Oberbek gab in einem Telefongespräch offen zu verstehen, daß man trotz der Urteile nicht beschäftigen werde. „weil man nicht beschäftigen kann". Die Geschäftsleitung hat sich damit für die Absicherung der Kündigungen zum unternehmerischen Faustrechtgebrauch entschlossen, während der Hamburger Senat und die Parteipresse den Arbeitern und der Öffentlichkeit die Sicherheit der Arbeitsplätze weiszumachen sucht."

Zitiert nach einer Presseerklärung des Anwalts.
Kontaktadresse: RA Uwe Maeffert; Neuenfelderstr. 4, 2000 Hamburg 98, Tel.: 758830

LETZTE ENTWICKLUNG: MBB hat nach Erhebung des Zwangsgeldes zum vierten mal gekündigt. Das ist rechtlich zulässig, weil das Gericht jedesmal aufs neue den Widerspruch behandeln muß.

DER VERNICHTUNGSVERSUCH AN EINEM UNANGEPASSTEN: GÜNTER HANISCH

SCHWALMSTADT 18. April *Der folgende Bericht über Günter Hanisch (siehe ID 131, 151, 169) ging uns aus unbekannter Quelle zu:*

„Am 2. 6. 1976 nahm Günter Hanisch im Butzbacher Knast eine Geisel. Mit diesem Verzweiflungsschritt wollte er die Öffentlichkeit auf die Ungerechtigkeit seiner Verurteilung zu lebenslanger Haft 1961 hinweisen, nachdem alle seine Versuche um Wiederaufnahme des Verfahrens gescheitert waren. Der damalige Knastleiter überschätzte seine Möglichkeiten. Als er in das Zimmer eindrang, in dem sich Günter Hanisch mit seiner Geisel verbarrikadiert hatte, löste sich ein Schuß aus der selbstgebastelten Schießvorrichtung des Günter Hanisch. Der Knastleiter wurde tödlich getroffen – unabsichtlich, wie Günter Hanisch glaubhaft versichert. Der Versuch, Günter Hanischs Verzweiflungsschritt als Komplott des Gefangenenrats zu propagieren, ist gescheitert. Seitdem bedient sich der Staat der bei politischen Gefangenen üblichen Methode der langfristigen Vernichtung: Isolationshaft, Behinderung von Außenkontakten, Beschneidung der schriftlichen Kommunikation. Über Beschwerden gegen die Isolationshaft wird monatelang einfach nicht entschieden; die Isolation so gegen gesetzliche Vorschriften faktisch weitergeführt. Günter Hanisch widersteht der Isolation trotz mehr als 17jähriger ununterbrochener Haft immer noch. Sein Widerstandswille, seine Versuche, auch nach 17 Jahren noch immer auf seinem Recht zu bestehen, die Ungerechtigkeit seiner Verurteilung zu lebenslanger Strafe anzuprangern, ist trotz allem noch nicht gebrochen.

Der Staat greift zum letzten, formal-legalen Mittel: Günter Hanisch soll psychiatrisiert werden. Zur Begutachtung seiner Schuldfähigkeit, d. h. seines Geisteszustandes soll er zwangsweise im Landeskrankenhaus Eickelborn in Lippstadt durch den leitenden Landesmedizinaldirektor Dr. med. W. Schneller 'begutachtet' werden. Obwohl er die 'Begutachtung' durch einen Psychiater ablehnt, obwohl selbst der vorgesehene Gutachter eine zwangsweise Unterbringung nicht für sinnvoll hält.

Günter Hanisch wurde bereits 1960 von einer der „Koryphäen" deutscher Psychiatrie, von Professor Ehrhardt, 'begutachtet'. Das 69seitige Elaborat besteht zu 3/4 aus der Aufzählung seiner Straftaten. Der Rest aus allgemeinen Vorurteilen gegenüber sogenannten Rückfallverbrechern. Danach ist Günter Hanisch ein „Psychopath". "Psychopathen", das sind diejenigen, die sich an die kapitalistischen Arbeitsstrukturen und Verkehrsformen nicht anpassen. Für die Psychiater liegt das in Schwächen ihres Charakters, sind sie von Natur aus 'willensschwach', labil, gemütsarm, antisozial, geltungsbedürftig, haltlos, triebhaft. ... Für die Psychiater sind sie aber auch generell schuldfähig. Das heißt, sie können verknackt werden, in den Knästen wird ihr Widerstandswille durch Gewalt und Unterdrückung gebrochen. Versuche, die sozialen Determinanten ihrer Unangepaßtheit zu ergründen und ihnen zu helfen, sei es auch nur in dieser Gesellschaft angepaßter leben zu können (sogenannte Resozialisierung), werden erst gar nicht unternommen. Erst recht wird 'natürlich' nicht untersucht, ob die Reaktionen in Ausnahmesituationen strafbar sind.

Günter Hanisch soll jetzt wieder 'begutachtet' werden. Das kann bei einem von mehreren Psychiatern mehrfach als 'Psychopathen' diagnostizierten, trotz 17jähriger Haft nicht Gebrochenen nur heißen: der Staat erwartet, daß die Psychiater ihn jetzt generell doch für geisteskrank erklären – was wegen der Willkürlichkeit der Methoden und Inhalte der Psychiatrie sehr einfach ist.

Der Staat hat ein Interesse, ein sehr starkes, an der VerrücktErklärung von Günter Hanisch. Sie erspart einen Prozeß wegen seiner Geiselnahme in Butzbach. Dort würde nämlich seine Verurteilung 1960 zu lebenslangem Zuchthaus öffentlich zur Sprache kommen. Alle 'Merkwürdigkeiten' dieses Verfahrens würden in der Öffentlichkeit publik; es würde also genau das eintreten, was Günter Hanisch mit seiner Geiselnahme erreichen wollte. Sein jahrelanger Kampf um Gerechtigkeit wäre als Produkt eines Geisteskranken 'amtlich'. Günter Hanisch könnte in einer geschlossenen Abteilung durch die Mittel der Psychiatrie 'ruhiggestellt' werden. Er könnte endlich mit physischen und chemikalischen Mitteln angepaßt werden. In deutschen Irrenhäusern fliegt keiner über das Kuckucksnest. Günter Hanisch hat sich zwar immer ‚nur' individuell gewehrt. Er hat aber Widerstand geleistet! Helft mit, daß Günter Hanisch überleben kann. Schreibt ihm:

Günter Hanisch, Paradeplatz 5, JVA, 3578 Schwalmstadt

Schreibt an

Dr. W. Schneller im Westfälischen Landeskrankenhaus Eickelborn in 4780 Lippstadt 16"

VERTEIDIGER FORDERN ZUSAMMENLEGUNG VON POLITISCHEN GEFANGENEN

STUTTGART 23. April — Auf Grund eines Treffens in Frankfurt am 23.4.1977 haben die Verteidiger von Gefangenen aus der Guerilla in der BRD an die Bundesregierung folgendes Telegramm gerichtet:

'An die Bundesregierung
Bonn

Die in Genf tagende Kriegsrechtskonferenz hat am 22.4.1977 mit Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland beschlossen, daß gefangenen Guerillakämpfern der gleiche Schutz nach der Genfer Konvention von 1949 zu gewähren ist wie regulären Kriegsgefangenen.

Die Verantwortlichen haben sich seit Jahren beharrlich geweigert, die Gefangenen aus der Guerilla im Haftvollzug anderen Gefangenen gleichzustellen. Die Verteidiger der im Hungerstreik befindlichen Gefangenen fordern daher eine Behandlung, wie sie den Garantien der Genfer Konvention entspricht. Das bedeutet für die Gefangenen aus der Guerilla in der BRD: die Aufhebung der Isolation und die Zusammenlegung von mindestens 15 Gefangenen.

Die Gefangenen befinden sich in akuter Lebensgefahr, weil sie mit ihrem Hungerstreik die Forderungen durchzusetzen versuchen, die nunmehr international für die Unterzeichnerstaaten, auch für die BRD, für die Behandlung von Guerilleros maßgebend sind.

Rechtsanwälte: Jutta Bahr-Jentges, Manfred Böddeling, Klaus Croissant, Alexandra Goy, Hans-Heinz Heldmann, Arndt Müller, Armin Newerla, Michael Oberwinder, Franziska Piontek, Helmut Riedel, Otto Schily, Henning Spangenberg, Hans-Christian Ströbele, Gerd Temming, Hans-Joachim Weider, Karl-Heinz Weidenhammer.'



Am 23. April wurde in München vom Turm des „alten Peter" gegen 11.00 ein Transparent mit der Aufschrift „Münchner Bürger, unterstützt den Hungerstreik der 60 Gefangenen" herabgelassen. Gleichzeitig wurden ca. 1000 Flugblätter (Beilage) vom „Alten Peter" und vom „Kaufhof" in die Fußgängerzone abgeworfen. Mit dieser Aktion wurde zur Solidarität mit den im Hungerstreik befindlichen Gefangenen in deutschen Gefängnissen aufgerufen. Die Reaktion der Passanten war unterschiedlich, das Flugblatt fand große Aufmerksamkeit. Nach ca. 20 Min. erreichten die ersten atemlosen Polizisten die Aussichtsplatform und entfernten das Transparent. Anschließend durchstreiften Bullenfahrzeuge die Fußgängerzone und den Marienplatz vor dem Münchner Rathaus, offensichtlich auf der Suche nach den Übeltätern. Erwischt haben sie keinen.

LOTHAR GEND IN LEBENSGEFAHR – UND IMMER NOCH IN HAFT

WERL 17. April — *Die folgende Presseerklärung zur Situation von Lothar (s. ID 162, 172/173) bekamen wir von der Knastgruppe Ossendorf, c/o Der Andere Buchladen, Zülpicherstr. 197, 5 Köln 41 zugeschickt.*

'Lothar Gend ist seit dem 29.3.74 in Haft. Zur Zeit befindet er sich in der JVA Werl. Wegen angeblich versuchten Polizistenmord ist er zu 15 Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden.

Bereits seit dem 3. Mai 74 hat Lothar Anlaß, sich über die Nichtbehandlung seiner Krankheit zu beschweren. Innerhalb der 3 Jahre, die er inzwischen sitzt, hat sich sein körperlicher Zustand extrem verschlechtert. Nicht zuletzt auf Grund von miserablen Haftbedingungen, Isolation und bewußt unterlassener medizinischer Versorgung.

Anfang dieses Jahres wurde Lothar in einem Knastkrankenhaus untersucht und zwar von Dr. Hoffmann, derselbe Arzt, der auch in dem Verfahren von Karl-Heinz Roth inzwischen widerlegte Diagnosen über den Gesundheitszustand von Karl-Heinz machte. Diese Untersuchung war völlig unzureichend. Lothar wurde lediglich mündlich mitgeteilt, daß der Verdacht einer Colitis* besteht. Als Lothar vom Anstaltsarzt Michaelis eine genauere Erklärung fordert, wird er gewaltsam aus dem Krankenzimmer geworfen und über den Flur in die Zelle geschleift.

*(Colitis: Eine Dickdarmentzündung, die vorwiegend psychosomatisch bedingt ist und oft auch nur durch psychotherapeutische Behandlung geheilt werden kann. Unabhängig von der Entstehung der Krankheit führt sie mit großer Wahrscheinlichkeit innerhalb von 10 Jahren zu Darmkrebs. d.Red.)

Am 12.3.77 wird Lothar in einem Dortmunder Krankenhaus von Dr. med. Voigt untersucht. Dabei wurden drei Krankheitsbilder festgestellt:

I. Gelenkrheuma
Der untersuchende Arzt ordnet als Behandlung Antirheumatika an, die jedoch, wie sich später rausstellte, wegen anderen Erkrankungen lebensgefährlich wären. Zei einer notwendigen nicht medikamentösen Behandlung gehören eine Reihe therapeutischer Maßnahmen, wie Bewegungs-

bäder, gymnastische Übungen, Unterwassermassagen, Kraftübungen etc., sowie natürlich allgemeine körperliche Schonung. Diese Behandlung ist sofort erforderlich, da sonst in kürzester Zeit eine Verkrüppelung der Gelenke zu erwarten, ist, die zu Invalidität, d.h., zu totaler Bewegungsunfähigkeit führt.

II. Verdacht auf Ulcus Bulbus duodeni
d.h. ein frisches Geschwür oder eine Geschwürsnarbe am Zwölffingerdarm. Bei der Untersuchung wurde eine Blutung aus den oberen Darmabschnitten beobachtet: es liegt also möglicherweise bei Lothar ein blutendes Zwölffingerdarmgeschwür vor, wobei die Blutung sich plötzlich verstärken und innerhalb von zwei Stunden zum Tode führen kann.

Bei einer so gefährlichen Krankheit ist der Aufenthalt im Knast lebenbedrohlich und eine Aufrechterhaltung der Haft unverantwortlich. Außerdem braucht Lothar eine Behandlung mit Medikamenten, Schonkost und Mahlzeiten 6 mal am Tag, die im Knast nicht durchgeführt wird.

III.Collitis ulcerosa Stadium I
Schwere, oft geschwürige Dickdarmentzündung. Eine Behandlung mit Tabletten und Diät ist möglich, jedoch wegen des Zwölffingerdarmgeschwürs lebensgefährlich, d.h. sie kann nur im Krankenhaus unter ständiger Beobachtung durchgeführt werden.

Lothar leidet also an drei verschiedenen Krankheiten, die jede für sich allein schon zu schweren Verkrüppelungen führen kann und in Verbindung mit dem Verdacht eines blutenden Zwölffingerdarmgeschwürs in der jetzigen Haftsituation akute Lebensgefahr für Lothar bedeuten. Es muß mit einer Verschlimmerung aller Krankheiten gerechnet werden, je länger und je intensiver die derzeitigen Haftbedingungen bestehen bleiben. Seit der Untersuchung am 12.3.77 ist weder eine Krankenhauseinweisung noch eine genauere Diagnose, noch eine Behandlung durchgeführt worden. Für uns ist klar geworden, daß durch die dauernde NICHT-Behandlung während Lothars dreijähriger Haft, die Folgen, nämlich der zu erwartende Tod, in Kauf genommen werden, wenn nicht beabsichtigt sind. Von wem? Von allen, die den Knast möglich machen, in diesem Fall vom Anstaltsleiter des KZ's Werl, Ihle, und dem Arzt (?) Michaelis.

SOFORTIGE HAFTVERSCHONUNG
FÜR LOTHAR GEND!"

Seit der Presseerklärung vom 17.April hat sich die Situation weiter verschlechtert. Dazu zunächst ein Brief von Lothar, geschrieben am 20.April:

„...Seit der letzten Nacht ist nun plötzlich ein neues Stadium mit ner schweren Verschlimmerung eingetreten. Habe die ganze Nacht Magen- und Darmkrämpfe, die bis jetzt (Nachmittag) andauern. X-mal gekotzt und starken Durchfall, nachts um drei nen schweren Kreislaufzusammenbruch, hohes Fieber, Puls 120 und drüber, schweres Zittern und Schütteln am ganzen Körper und Schmerzen im Bauch und in allen Gelenken und und Muskeln, und das bis zum Morgen und teils den Tag. Die gerufenen Sannis nahmen das ganze „leicht" wie immer, obwohl ich nicht mehr aufstehen konnte. Haben mich schließlich aus dem Bett genötigt und zum Arzt gebracht. Der diagnostiziert (nach ziemlich gründlicher Untersuchung) diesmal ne Infektion im Darm-Galle-Bauchspeicheldrüsen-Bereich. Sein Kommentar: „Da entwickelt sich jetzt wohl was Ernstes!". Ich war und bin einfach zu fertig und kaputt um darauf noch die notwendige Antwort geben zu können. Umsobeflissener war nun der Arzt, der sofort mit Penizillin einsteigen wollte und Diät, mehrere Medikamente und Tee und so verordnete. Ich vertrage aber kein Penizillin, so daß ein Mittel gegeben wird (Bactrim), dessen Erfolg, nach meiner Einschätzung, zweifelhaft ist. Na also, „Vollzugsziel" ja bald erreicht! Benachrichtige sofort die Verteidiger, da ich weitere Briefe in meiner Verfassung heut nicht mehr schaffe. Und morgen? "

Am 27.April haben die Verteidiger von Lothar die folgende Presseerklärung abgegeben:

„Werl, 27.April
Wir beziehen uns auf die Ihnen bekannten Mitteilungen vom 2. April und Anfang des Jahres. Seit dem 2. April hat sich folgendes ereignet: Die Anstalt Werl hat den Gefangenen Gend trotz der drei schweren Krankheiten (Gelenkrheuma, Zwölffimderdarmgeschwür, geschwürige Entzündung des Dickdarms) bislang nicht behnadelt.
bislang nicht behandelt. Dies änderte sich erst mit dem folgenden Ereignis:
der Gefangene erlitt in der Nacht vom 19.4. auf den 20.4. einen schweren körperlichen Schock. (Herzrasen, Erbrechen, Durchfall, Fieber, Schüttelfrost). Dazu traten schwere Bauchschmerzen. Nach mehrmaligen vergeblichen Bitten folgte eine vorläufige Untersuchung. Der Werler Anstaltsarzt diagnostizierte eine Infektion der Bauchspeicheldrüse. Seit dieser Untersuchung erhält der Gefangene Lothar Gendt Antibiotika, Magentonika und Kamillentee. Aufgrund der Krankengeschichte und des auftretenden Syndroms kann nicht ausgeschlossen werden, daß das Zwölffingerdarmgeschwür aufgebrochen ist.

Ein Antrag an das Amtsgericht Arnsberg vom 23.4.77 auf einstweilige Anordnung fachärztlicher Untersuchung und Behandlung sollte dazu dienen, möglichst schnell und sicher ausschalten zu können, daß akute Lebensgefahr beim Gefangenen Gend vorliegt. Diesem Antrag wurde bisher nicht stattgegeben. Das Gericht setzte sich nach Anmahnung mit der Anstalt Werl in Verbindung. Diese erklärte sich daraufhin bereit, den Gefangenen Gend in das Anstaltskrankenhaus Bochum zu verlegen, um ihn dort untersuchen und behandeln zu lassen. Das Gericht scheint diese Verfahrensweise als angemessen zu betrachten. Jedoch entspricht diese Vorgehensweise weder dem oben angegebenen Antrag noch ist zu erwarten, daß in dem Haftkrankenhaus Bochum eine angemessene medizinische Behandlung stattfindet. Zum einen ist zu befrüchten, daß noch einmal falsch diagnostiziert wird, so geschehen am 12.Februar 77, als der Anstaltsarzt bei Lothar Gend nicht einmal die Dickdarmentzündung festellte, die später durch eine fachärztliche Untersuchung außerhalb des Anstaltsbereichs bestätigt wurde. Zum anderen hatte ein anderer Arzt dieser Anstalt in einem früheren Fall eine Behandlung mit dem Hinweis abgelehnt, diese gefährde die Sicherheitsinteressen. Aus diesem Grunde lehnte heute der Gefangene eine Überführung in das Haftkrankenhaus Bochum ab. Wir rügen erneut die mangelnde medizinische Versorgung in diesem Fall. Es hat den Anschein, als ob die zuständigen Behörden die physische Vernichtung mißliebiger Gefangener in Kauf nehmen."

Verteidiger Hugo Brentzel,Bornstraße 68,46 Dortmund
Ulrich Fuhrmann,Kampstr.29,58 Hagen

Mordversuch an Lothar Gend?

Zornige Anti-Zellen greifen Knast an!

„Am Sonntag, den 24.4. haben wir vor dem Knast in Werl bei Dortmund eine Krachaktion gemacht, mit Autos, Hupen, Plakaten, Winken.
Nach kurzer Zeit kam auch aus einem Teil des Knasts Antwort — Winken, Tücher, Klopapier und Freudezeichen.
Werl ist ein kleines Nest, und die Grünen sind ro_tiert. Bald flogen zwei Hubschrauber rum und als die Bullen uns dann zahlenmäßig überlegen waren, haben sie uns eingekreist und

mit MP's, wildem Fotografieren, Plakateabreißen ihren Terror abgezogen. Leider waren wir viel zu wenig, und einige mußten ihre Ausweispapiere rausrücken. Beim nächsten Mal sind wir mehr und wir hoffen, ihr seid auch dabei.

Es geht um die Isolationshaft (in Werl Sondertrakt BI) und die medizinische Nicht-Versorgung, so wie bei Lothar Gend. Er schwebt zur Zeit in Lebensgefahr, weil seine Krankheit viel zu spät diagnostiziert und völlig unzureichend behandelt wurde. Falls Lothar nicht sofort in einem Spezialkrankenhaus außerhalb des Knastes behandelt wird, wird er sterben müssen!

Die Zornigen Anti-Zellen (ZAZZZZ)"

Die Genossen von der Knastgruppe Ossendorf, die den minimalen Kontakt zwischen Lothar und 'draußen' aufrecht erhalten, bekommen inzwischen keine Besuchserlaubnis mehr.

Was Anstaltsärzte für ein Verhältnis zu ihren 'Patienten' haben, geht selbst noch aus ihren offiziellen Verlautbarungen hervor. In einem Aufsatz im Standesblättchen 'Deutsches Ärzteblatt', (Heft 16, 21.April 77 „Medizin hinter Gittern") schreibt der Autor, selber Anstaltsarzt, unter anderem:

„...Für den Häftling ist der Anstaltsarzt nur selten selbstloser Helfer, Vaterfigur, Beichtvater oder ratender Freund. Die Insassennormen der Unterwelt verlangen, daß man ihm mißtraut oder sogar als Funktionär der dem Strafgefangenen feindlich erscheinenden Staatsgewalt ablehnt. Oft ist der Arzt Ziel gestauter Aggressionen oder wird von den Häftlingen als Erfüllungsgehilfe ihrer übersteigerten Ansprüche angesehen."

„Am 1.Januar 1976 betrugen die Durchschnittskosten eines Gefangenen 46,32 DM pro Tag. Dem braven Bürger ist für seine Diebe, Räuber und Mörder nichts zu teuer."

„Die größte Belastung des Anstaltsarztes ist durch den täglichen Schriftverkehr bedingt. Man kann sogar von einer sinnlosen Vergeudung der ärztlichen Arbeitskraft sprechen."

„Die Stellungnahmen zu Beschwerden, Anzeigen usw. sind zeitraubend und eigentlich unzumutbar. Trotz ihrer offensichtlichen Unsinnigkeit müssen sie für vorgesetzte Stellen, Staatsanwaltschaften oder Gerichte eingehend bearbeitet werden, um als Grundlage für zu erteilende Bescheide zu dienen. Man sagt von diesem sinnlosen anstaltsärztlichen Tun, daß es zu den Fundamenten des Rechtsstaates gehöre."

Der Aufsatz endet mit einem erhellenden Blick auf die Weltgeschichte. Nachdem der Autor von den Versuchen in der Sowjetunion berichtet hat, den Schuld- und Strafbegriff praktisch durch pädagogische und medizinische Hilfe anstellte von Knast aufzulösen, kann er erleichtert feststellen, daß es damit „schon unter Stalin" vorbei war. Er schließt messerscharf:

„Während die UdSSR einen Rückgang der Kriminalität melden kann, rollt in den westlichen Demokratien die Verbrechenslawine, und die Verbrecher werden immer dreister und brutaler. Zeichnet sich das Ende aller sozialtherapeutischen Versprechungen bereits ab? Je stumpfer jedenfalls Sozialutopisten und Politiker das Schwert der Gerechtigkeit machen, desto schärfer werden die Messer der Verbrecher."

STRAUBINGER NORMALVOLLZUG
ERFAHRUNGEN BEI DER BETREUUNG VON GEFANGENEN

STRAUBING
1. April

Von einem Genossen, der mit dem Gefangenen Jürgen Hagen Roll Kontakt halten wollte, nachdem dieser keine Briefe und Besuche von sogenannten „politisch Vorbelasteten" erhalten durfte, stammt der folgende Bericht.

„Rolf Pohle wurde u.a. deswegen den deutschen Justizbehörden ausgeliefert, weil versichert worden war, er werde hier in den Normalvollzug eingegliedert werden, was Ende Dez. 76 auch geschehen ist. Jörg Hagen Roll sitzt seit 6 Jahren im Knast. Was „Normalvollzug" bedeutet, zeigt sein Beispiel.

Jörg ist der Öffentlichkeit schon einmal bekannt gemacht worden, aber aus Protest gegenüber der verhängten Isolationshaft wegen Herausgabe einer Gefangenenzeitung in den Hungerstreik trat. Aus Solidarität mit ihm fand am 6.12.75 in Straubing eine Flugblattaktion statt (vgl. ID 104/105). Kurz danach wurde die Isolation aufgehoben. Der im Flugblatt belastete Gefängnisarzt Dr. Schildmayer ist inzwischen von seinem Dienst suspendiert worden. Da die Behörden solche Gnadenerweise nicht aus Gefälligkeit tun, wurde in der Folgezeit dem Gefangenen Nr. 180/71 jeglicher briefliche wie persönliche Kontakt mit „politisch vorbelasteten" Inhaftierten wie Nichtinhaftierten untersagt, gestützt auf § 31 StvollG. (Schreiben können angehalten werden, wenn sie das „Ziel des Vollzugs oder Sicherheit und Ordnung der Anstalt" gefährden. Red.)

Ich gehöre noch nicht zu den „politisch Vorbelasteten" und erhielt nach der üblichen Zeit, die die JVA braucht, um Personen überprüfen zu lassen (wobei ich natürlich nichts davon erfahre und bei ablehnendem Bescheid auch kein Einspruchsrecht habe) eine unbefristete Besuchsgenehmigung.
Bei meinem ersten Besuch (Juli 76) war Jörg wieder einmal im „Sondervollzug"; d.h. keinen Einkauf, keine Schreibmaschine, keine Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen, arbeiten ist erlaubt. Seit wir uns kennnen, schreiben wir uns, wobei ich die Erfahrung machte, daß ungefähr jeder 4. Brief die Zensur passiert und den Adressaten erreicht.

Mein nächster Besuch war am 24.10.76. Er kam nicht zustande. Am Eingang wurde mir über die Lautsprecheranlage mitgeteilt, (es muß also registrierte Zeugen geben!), daß der Gefangene Roll mich nicht zu sehen wünsche. Ich war so überrascht, daß ich mich kaum wehrte und ratlos nach München zurückfuhr. Aufgrund meiner Kenntnisse des Gefangenen kam ich zu dem Resultat, daß man mich in Straubing bewußt belogen hatte. Wie aber erfährt man die Wahrheit?
Ich schrieb Jörg einen eingeschriebenen Brief (30.10.76), in dem ich ihn in zwei Sätzen aufforderte, mir mitzuteilen, warum er meinen Besuch abgelehnt habe, falls er mir nicht antworte, sei ich gezwungen, mit seinem Anwalt darüber zu sprechen.
Am 2.1.77 bekam ich nach mehr als einem halben Jahr die erste Nachricht von Jörg, einen Brief, in dem er sich beklagt, daß er schon lange nichts mehr von mir gehört habe. Am 9.1.77 besuche ich ihn in Straubing und der Gefangene (welche Überraschung) wünscht mich zu sehen! Das blieb aber nicht die einzige Überraschung. Er teilte mir mit, im Beisein eines „Leibwächters", den wir immer großzügigerweise

samt einem gesonderten Raum zur Verfügung gestellt bekommen, daß er von einem Besuch von mir nie was erfahren habe und nichts darüber wisse. Das einzige, was er von der Anstaltsleitung erhielt, war eine Anhalteverfügung über eine Postsendung aus München, Mitte Nov. 76. Das könnte mein eingeschriebener Brief sein, muß aber nicht, da ich ihn aus Germering wegschickte. Um Gewißheit zu erhalten, beauftragte ich nach meinem Besuch Jörgs Anwalt, ihn nochmals darüber zu befragen. Die Antwort war dieselbe.

Nun schrieb ich an die JVA Straubing (26.1.77) und bat um Aufklärung der Vorfälle vom 24.10. und eine Begründung über die Anhaltung des Briefs vom 30.10. Ebenso bat ich um Rechtsmittelbelehrung.
Alle drei Anfragen wurde abschlägig beschieden, genauer: auf Anfrage eins und drei wurde garnicht geantwortet, stattdessen erhielt ich einen vorformulierten Brief, in dem es u.a. hieß: „Anhalteverfügungen und Ablehnungen von Besuchsanträgen (Fehler des Briefeschreibers, mein Besuchsantrag ist ja genehmigt, der Besuch aber durch eine Lüge verhindert worden) sind Entscheidungen gegenüber dem betroffenen Strafgefangenen, die nach den gesetzlichen Bestimmungen nur ihm mitzuteilen sind". (Brief der JVA vom 4.2.77)

Inzwischen weiß ich mehr. Ich habe erfahren, daß Jörg in der fraglichen Zeit wieder einmal „Sondervollzug" hatte. Das sollte wohl nicht an die Außenwelt dringen. Warum aber wurde ich am 9.1.77 vorgelassen, obwohl seit dem 29.12.76 wiederum Einzelhaft über Jörg verhängt wurde?

Ende Januar 77 wurde Jörg überraschend nach Kailsheim verlegt. Ich erfuhr davon nichts, weder von Jörg noch von der Anstalt. Eine Begründung für diese Maßnahme hat auch sein Anwalt noch nicht erhalten. Mein Antrag auf eine Besuchsgenehmigung wurde nach drei Wochen positiv entschieden.

In meinem neuen Brief an die JVA Straubing beharre ich auf meinen Forderungen. Anhalteverfügungen treffen auch mich, da ich ja nicht für die JVA meine Briefe schreibe, sondern für den Gefangenen. Da aber nur der Gefangene, aber nicht ich gegen Anhalteverfügungen Einspruch einlegen kann, so besteht hier eine Rechtsungleichheit, die grundgesetzwidrig ist; gleichzeitig verstößt meiner Meinung nach das Anhalten von Briefen gegen das garantierte Recht der freien Meinungsäußerung. Wenn dieses Grundrecht eingeschränkt wird, so muß ich wissen, welchem höheren „Rechtsgut" diese Maßnahme zu dienen hat; wie soll denn sonst überprüft werden können, ob das Grundrecht „zu Recht" eingeschränkt worden ist. Wenn das Gesetz keine Benachrichtigung des Absenders außerhalb der Anstalt vorsieht, so heißt das noch nicht, daß er auf Antrag darüber nicht informiert werden kann bzw. muß.
In welchem Zusammenhang stehen diese Vorfälle, dieses Verhalten der Überwacher in der JVA?
Das Beispiel zeigt, was „Normalvollzug" in der BRD bedeutet, gerade für jene, die sich nicht selbst aufgeben wollen. Wie sagte doch weiland der Anstaltsleiter von Straubing, Marmor, seines Zeichens Oberregierungsdirektor, „wer sich nicht biegen läßt, der wird gebrochen". Besuche und Briefe von außen können diesem Strafvollzugsziel (wen kümmerts, daß es im totalen Widerspruch zur Gesetzgebung steht) entgegenstehen, da sie den Gefangenen stärken.

Bukowsky, bemitleidet von allen ehrlichen Demokraten der BRD, beklagte sich im Fernsehen, daß während seiner Haft Briefe willkürlich angehalten wurden, ohne daß jemals Absender oder Empfänger irgendwelche Gründe dafür erhalten haben. Damit, führte Bukowsky weiter aus, sollen die Gefangenen zermürbt, ihre Kontakte zur Außenwelt, die ihnen Stütze und Kraft sind, zerstört werden, damit sie den Eindruck gewännen, sie seien vergessen und alleingelassen. Auch das, so Bukowsky sinngemäß weiter, gehöre zum System der psychischen Zerstörung des Gefangenen. Zumindest in diesem Punkt steht die deutsche Strafvollzugsordnung der UdSSR in nichts nach. Das Briefeschreiben wird zum Lotteriespiel. Es soll uns beide zermürben, ihn drin und mich draußen. Es soll den Absender zur Selbstzensur zwingen, ihn zum Heuchler machen. Die Wahrheit und die persönliche Überzeugung hat nichts zu suchen hinter Gefängnismauern. Die Persönlichkeit, das Individuum soll geleugnet, eben: gebrochen werden.

Daß die JVA mich am 24.10. 76 mit „an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit" belogen hat, zeugt auch davon, daß sie Angst hat. Angst vor den Tatsachen, die innerhalb ihrer Mauern sind. Wer aber im Sinne der Menschenrechte und der hier gültigen Gesetze handelt, braucht keine Angst zu haben, besonders da ihn dieser Staat ja schützt mit einer Gesetzgebung, die in Teilen so repressiv ist, daß sie menschenzerstörende Maßnahmen deckt. Diese Angst belegt, daß dieser Strafvollzug, so wie in Straubing, und wohl in den meisten Knästen der BRD aussieht, den Forderungen nach einem menschenwürdigen Leben widerspricht.
Es wird Zeit, sich zur Wehr zu setzen.

P.S. Heute (1.4.) erhielt ich einen Brief von Jörg (vom 29.3.). Er ist immer noch in Isolationshaft. Zu den Haftbedingungen in der „neuen" JVA sagt er: negativer als in Straubing. (Man sollte es nicht für möglich halten.) Sein letzter Satz: „Bitte [illegible] deinem Brief immer 0,50 DM Briefmarken bei, aber bitte nicht mehr (!), weil ich sie sonst nicht erhalte". Wer da noch glaubt, der Strafvollzug diene der Resozialisierung, der ist entweder ein Träumer, Politiker oder Beamter."

HUNGERSTREIK WEGEN INFORMATIONS-FREIHEIT – TEILERFOLG

RHEINBACH
23. April

(Offener Brief von Werner Schlegel)
An den Justizminiser des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. D. Posser

„Herr Minister!

Ich erinnere Sie an die Dienstaufsichtsbeschwerde meiner Verteidiger (Nagel II/G. Beckers, Bahnhofsplatz 9, 4630 Bochum) gegen die Leitung der JVA Rheinbach (etc.) v. 13.4.77, sow[illegible] mein an Sie persönlich adressiertes Ergänzungsschreiben v. 16.4.77. Inzwischen ergaben sich einige wesentliche, konkrete Ergebnisse:

Am Donnerstag, 21.4., vormittags, fand ein Gespräch mit dem Leiter der JVA Rheinbach, Reg.-Direktor Breitkreuz statt. Er erklärte mir sinngemäß, daß er erst durch einen Anruf Ihres Ministeriums, am Vortag, unterrichtet worden wäre. Unter gleichzeitiger Zusage einer umgehenden Überprüfung forderte er mich auf, meinen am 21.3. begonnenen Hungerstreik abzubrechen. Auf Grund einer – durch die Ereignisse der letzten beiden Monate berechtigten – tiefgreifenden Skepsis lehnte ich dies ab.

Am Nachmittag des gleichen Tages fand dann ein Gespräch mit den beiden verantwortlichen 'Sicherheitsinspektoren' der JVA statt. Unter Berücksichtigung der bisherigen Situation verlief diese 'Konferenz' relativ konstruktiv. Sie erbrachte dann am Freitag, 22.4., die konkreten Folgen, daß

a) alle bisher getroffenen Anhalteverfügungen aufgehoben wurden. Dies entspricht einer Erledigung sämtlicher, bisher unbearbeiteter Beschwerden (S. 1 Dienstaufsichtsbeschwerde Anwälte);

b) mir alle bei der 'Habe' befindlichen Bücher ausgehändigt wurden (S. 6 Dienstaufsichtsbeschwerde);

c) ich die verbindliche Zusage erhielt, daß es künftig zu keinen Annahmeverweigerungen mehr kommen würde.

Eine für mich äußerst relevante Frage scheint mir persönlich noch nicht völlig geklärt zu sein. Lt. Angaben der JVA-Verantwortlichen ist dies aber auf eine Verfügung Ihres Ministeriums zurückzuführen.

Da ich sowohl in meiner Hungerstreikerklärung ('offener Brief' an BJM Dr. Vogel), als auch in meinem Schreiben v. 16.4. an Sie betonte, daß es mir erst in zweiter Linie um meine Arbeitsbedingungen auf lit./publizistischem Gebiet geht, der Schwerpunkt meiner HS-Aktion beim Kampf um das Grundrecht der Informationsfreiheit für a l l e Gefangenen in den JVAs von NRW liegt, habe ich meinen Hungerstreik nicht abgebrochen, sondern am Freitag vorläufig u n t e r b r o c h e n. Eine endgültige Entscheidung ist für mich abhängig von Ihrer Reaktion auf diesen neuerlichen Brief (resp. der Raktion Ihres Ministeriums).

Fortsetzung S. 13

PROZESS GEGEN K.-H. ROTH UND ROLAND OTTO

KÖLN
20. April

26. Prozeßtag, am 5. April

Die von der Verteidigung beantragten Polizeizeugen Spieß, Stuers und Wilhelms, die den Funkverkehr in der Einsatzleitstelle am 9. 5. 1975 geführt hatten, wurden vernommen.

Ihre Aussagen ergaben wichtige Erkenntnisse über den Funkverkehr der Polizei bei Personenüberprüfungen. Stuers sagte aus, er sei Funksprecher gewesen und habe den Einsatz damals zugeteilt. Ein ziviler Hundeführerwagen sei zuerst am „Tatort" gewesen, der habe drei Namen zur Personenüberprüfung durchgegeben. Er hat daraufhin die Daten zur normalen Überprüfung an die Datenstelle weitergegeben. Der Zeuge sagt, daß die Überprüfung zwei bis drei Minuten gedauert hätte. In der Zwischenzeit habe die Schießerei begonnen. Diese Aussage steht im Widerspruch zu den Angaben des Einsatzleiters Bartzig, der das Ergebnis vor der Schießerei gehört hat. Obwohl das Ergebnis der Überprüfung negativ war, sagte Stuers aus, daß ein Hinweis gekommen sei, daß zwei Personen zur 'terroristischen Szene' zu zählen seien. Diese Durchsage habe er vorsichtig umschrieben, mit den Worten, daß man vorsichtig sein müsse bei diesen Personen. — Diese Warnung will er dann durchgegeben haben, nachdem die Schießerei beendet war. — Die Zeugen haben vor ihrer Vernehmung durch ihren Vorgesetzten neben anderen Unterlagen ein Fernschreiben vorgelegt bekommen, welches den genauen Zeitablauf der Schießerei darstellt. Die Verteidigung beantragte, dieses Fernschreiben beizuziehen und den Vorgesetzten der Funkleitzentrale Honeder als Zeugen zu laden. Das Gericht gab diesem Antrag statt.

Karl-Heinz Roth beantragte, die Beamten der Datenstation als Zeugen zu hören und die Daten beizuziehen, die aus dem Computer am 9. 5. 1975 abgerufen worden sind. Der Leiter der Funkleitstelle rechtfertigte in seiner anschließenden Zeugenvernehmung die umfassende Information seiner Funkuntergebenen damit, daß die Beamten des Innendienstes nicht geübt in Zeugenaussagen seien. Zu dieser Information habe auch ein Fernschreiben gehört. Der Zeuge sagte aus, daß Polizeipräsident Hosse persönlich ihn beauftragt habe, dem Gericht mitzuteilen, daß die Polizei dem Gericht das Fernschreiben, das sich in einer Geheimakte befindet, nicht übergeben wird. Draber sah überhaupt keine Veranlassung, mit anderen Mitteln den Beiziehungsbeschluß des Gerichts durchzusetzen.

Wichtige Hinweise:

Bei jeder Personenüberprüfung durch die Polizei erscheinen im Computer besondere Kennzeichen, wenn es sich um Linke, Terroristen und Anarchisten handelt. Der kleine Polizist darf nicht direkt den Computer abfragen, die Anfrage muß erst an die Leitstelle gerichtet werden, von dieser bekommt er dann entsprechende Anweisungen. Bestimmte Polizeibeamte können auch direkt den Computer abfragen. Anschließend gaben Roth und Otto ihre Erklärungen zur Sache ab.

27. Prozeßtag, am 7. April

Die Verteidigung stellte die bereits am letzten Verhandlungstag nach den Erklärungen zur Sache angekündigten Anträge, die Haftbefehle gegen Otto und Roth aufzuheben.

RA Niepel stellte dar, daß die Version des Tatgeschehens, wie sie der Anklageschrift zugrunde liegt, unhaltbar ist. Sie stehe im Widerspruch zu Tatsachen und sei auch nicht mit Hilfe der Zeugenaussagen zu stützen, da diese ebenfalls mit den Tatsachen nicht in Einklang zu bringen und in sich wie untereinander widersprüchlich seien.

Anhand der Tatsachenfeststellung auf dem Parkplatz und an den dort abgestellten Fahrzeugen, der rekonstruierbaren Geschoßbahnen und des Zeitablaufs, wie er aufgrund der Zeugenaussagen anzunehmen sei, ergebe sich ein absolut anderes Bild der Ereignisse. RA Niepel untersuchte insbesondere, ob die Aussage des Zeugen Grüner zutreffen könne. Ergebnis: der Zeuge Grüner muß die Unwahrheit gesagt haben, wenn er behauptet, Sauber

— habe als erster auf Pauli zwei Schüsse abgegeben
— sei an Pauli, der neben dem NSU von Roth gestanden habe, vorbeigelaufen, ohne daß Pauli in diesem Augenblick schoß
— habe jetzt auf ihn, Grüner, geschossen und ihn zweimal getroffen (Oberschenkeldurchschuß und Bauchschuß,

er selbst, Grüner,

— habe zunächst Roth im Visier gehabt und
— dann, nachdem Sauber auf Pauli und ihn geschossen habe, auf Sauber zurückgeschossen
— sei im Anschluß hieran zu Boden gegangen,

Pauli

— habe neben dem NSU gestanden und zunächst nicht geschossen
— sei ihm, Grüner, aus dem Blickfeld geraten, bevor er geschossen habe.

Zu den Aussagen des Zeugen Eck stellte RA Niepel fest:

— die Behauptung des Zeugen, Pauli habe etwa sieben Schüsse auf Sauber abgegeben, als dieser schießend aus dem NSU kam, sei einerseits mit der Aussage von Grüner nicht zu vereinbaren,
— sie sei andererseits aber auch deshalb nicht überzeugend, weil es in der von Eck behaupteten Schußrichtung an dem NSU keine Schußspuren gebe: das sei schon deshalb unmöglich, weil der NSU (mit geöffneter Beifahrerfür) das wahrscheinliche Schußfeld hinter Sauber voll ausgefüllt habe.

Niepel führte anschließend eine mögliche Version des Tatgeschehens ein, die nicht mit dem tatsächlichen Geschehen übereinstimmen müsse (!), sich aber immerhin nahtlos mit den bisher in der Hauptverhandlung festgestellten Tatsachen in Einklang bringen lasse:

Die ersten Schüsse (der erste Schuß) sei(en) entweder von Grüner (auf Sauber oder Roth — = Brustdurchschuß) oder von Pauli (auf Sauber von einem anderen Standort als dem von Grüner und Eck behaupteten) abgegeben worden. Sauber habe daraufhin zunächst auf Grüner, dann auf Pauli geschossen, während er hinter dem Heck des NSU zu entkommen versuchte.

Als Verteidiger von Roth führte RA Hannover die Auseinandersetzung mit der Aussage von Grüner weiter, indem er dessen Behauptung, er haben liegend einen letzten Schuß auf den ebenfalls am Boden liegenden Roth abgegeben, durchdachte. Dabei ergab sich

- Grüner kann so, wie er das Geschehen beschreibt, Roth nicht in den Rücken getroffen haben
- Grüner kann, nachdem er den Bauchschuß erhalten hatte, nicht mehr dazu in der Lage gewesen sein, irgendeinen Schuß abzugeben.

Grüner, führte Hannover aus, der so nachdrücklich darauf bestehe, daß Pauli nicht (als erster) geschossen habe, sage das sicherlich deshalb mit so großer Sicherheit, weil er eben wisse, daß er selbst die ersten Schüsse abgegeben habe: nicht die Angeklagten, die fast Ermordeten seien die Mörder . . .

Die Ausführungen der RA Niepel und Hannover machten im übrigen deutlich, daß

- 'das Erschießen', wie der Zeuge Bruder die Ereignisse in seiner Aussage nannte, begann, nachdem das Ergebnis der Personenüberprüfung mit dem Zusatz 'Terroristenverdacht' an die Einsatzpolizisten gegangen war
- die Beteiligten, gedeckt von der Polizeiführung, sich von Anfang an bemühten, diesen Sachverhalt zu verschleiern (auch mittels Beweisunterdrückung, -verfälschung und -vernichtung).

Der dringende Tatverdacht sei deshalb in bezug auf die Angeklagten wie in bezug auf Werner Sauber zu verneinen. Ergänzend wurde von der Verteidigung auch erörtert

- die manipulative Machart der Anklageschrift
- die Unhaltbarkeit der eventuellen Unterstellung von Fluchtgefahr.

Das Gericht beschloß, daß über die Anträge von den drei Berufsrichtern entschieden werden müsse. Die Entscheidung wurde für die nächste Woche angekündigt (Mittwoch oder Freitag). Eine für den heutigen Tag angekündigte Pressekonferenz der Verteidigung wurde aus diesem Grunde abgesagt. Sie wird nachgeholt, sobald das Gericht entschieden hat. Hierzu wird nach Möglichkeit rechtzeitig eingeladen.

Übrigens: regelmäßige Prozeßbeobachter und Gertraud Will, die Frau von Roland Otto, wurden im Laufe des Tages aufgefordert, für die Morgenstunden ein Alibi nachzuweisen . . .

28. Prozeßtag, am 15. April

siehe ID 174

29. Prozeßtag, am 19. April

Da die Verteidigung bis zum heutigen Verhandlungstag keine Gelegenheit hatte, über die Ablehnung der Anträge auf Aufhebung der Haftbefehle und ihre Konsequenzen für das weitere Verfahren sich mit den Angeklagten zu verständigen — den Angeklagten wurden erst heute morgen die schriftlichen Gründe bekannt — wurde eine zweistündige Pause gemacht. Im Anschluß an diese Pause gaben die Angeklagten und die Verteidigung Erklärungen zu der mit der Haftentscheidung geschaffenen prozessualen Situation:

Roth erklärte unter anderem, er befinde sich aufgrund der Haftentscheidung nach seiner Einschätzung im Zustand der Freiheitsberaubung. Das Gericht habe mit der Entscheidung ignoriert, daß die belastenden Angaben der Zeugen entweder widerlegt oder aber so sehr erschüttert seien, daß ihre Verwendung gegen die Angeklagten nicht in Frage komme. Es sei klar, daß niemand versucht habe zu schießen und die Angeklagten auch keinen Fluchtversuch unternommen hätten. Es sei klar, daß Beweismittel unterdrückt und verfälscht worden seien, doch sei es der Verteidigung gelungen, dies aufzudecken und insbesondere die Fotos des Pressefotografen Jüliger und Hinweise auf den Inhalt des Funkverkehrs während der Zeit der angeklagten Ereignisse in die Hauptverhandlung einzuführen. Es sei auch deutlich geworden, wie die Polizeizeugen präpariert und die Spurensicherung verschleiert worden sei. Nach alledem könne der Versuch der Staatsanwaltschaft, den Angeklagten einen gemeinschaftlichen Mord und Mordversuch anzulasten nur als gescheitert angesehen werden. Wenn das Gericht trotzdem an dem dringenden Tatverdacht festhalte, vergewaltige es das Ergebnis der bisherigen Beweisaufnahme. Soweit das Gericht seine Entscheidung darauf gestützt habe, daß die Beweisaufnahme noch nicht abgeschlossen sei, daß vor allem noch die Sachverständigen gehört werden müßten, verschleiere es das klare Ergebnis der bisherigen Beweisaufnahme. Indem das Gericht gleichzeitig erkennen lasse, daß für die weitere Beweisaufnahme die Frage der „Gesinnung" der Angeklagten im Vordergrund stehen soll, mache es deutlich, wie die nächste Phase des Prozesses aussehen werde: jetzt solle es offenbar, nachdem die Anklage faktisch nicht zu erhärten war, darum gehen, den Angeklagten eine „mörderische Gesinnung" zu unterstellen. Die Berufsrichter betrieben damit eine gezielte Ausuferung des Verfahrens. Die Angeklagten würden diese Herausforderung annehmen. Wenn es nunmehr um die Gesinnung gehen solle, dann würden die Angeklagten darauf bestehen, daß sie nicht nur in Bruchstücken erörtert würde. Das offenbar beabsichtigte Gesinnungsurteil sei längst programmiert. Bundesminister Maihofer habe ihn , Roth, beispielsweise als einen Musterfall dafür bezeichnet, daß eine systemkritische linke Gesinnung nur bei Mord und Totschlag enden könne. Das sei wahr in der Umkehrung: die Polizei Maihofers habe die Verantwortung für die Ereignisse in Köln-Gremberg zu tragen, denn sie habe die Schießerei begonnen. Es sei für ihn klar, daß das Gericht, wie die Kölner Justiz schon immer, den Terror der Polizei vertuschen werde, indem sie auch die Angeklagten dieses Prozesses als Terroristen verurteilen wolle.

Roland Otto gab anschließend eine kurze Erklärung und nahm dabei Bezug auf seine Erklärung zur Person. Er sagte unter anderem: „ . . . nicht noch so klare Tatsachen und nicht eine noch so gute Verteidigung können mich vor der Verurteilung als Mörder durch dieses Gericht retten: vor dieser Verurteilung kann mich nur bewahren, daß die Menschen in diesem Land erfahren, was in diesem Gerichtssaal passiert . . . ".
Rechtsanwalt Heiremann wies nochmal ausdrücklich darauf hin, daß die Argumentation der Staatsanwälte schon soweit pervertiert ist, daß sie den Angeklagten nicht mehr ihre Schuld, sondern die Angeklagten ihre Unschuld nachzuweisen haben

(Prinzip der Unschuldsvermutung wird gebrochen).
Rechtswanwalt Hannover stellte fest, daß das Gericht mit der Ablehnung der Haftentlassungsanträge gegen die Darstellung des objektiven Tatbestandes durch die Verteidigung keine inhaltlichen Argumente hat hervorbringen können und von daher den subjektiven Tatbestand offen in den Prozeß eingeführt hat. Er erwähnte in diesem Zusammenhang die Beschlagnahmung von persönlicher Korrespondenz und Zeitschriften als Beweismittel.

Die Verteidigung stellte zwei Anträge:

1. den auf Herausgabe aller beschlagnahmten Briefe und Dokumente und
2. den auf Unterbrechung der Hauptverhandlung für 10 Tage zwecks Vorbereitung der Verteidigung für diesen neuen Prozeßabschnitt.

Das Gericht stimmte beiden Anträgen im Prinzip zu.

PROZESS GEGEN KARL-HEINZ ROTH UND ROLAND OTTO: 30. VERHANDLUNGSTAG, AM 21. APRIL



KÖLN 21. April AM heutigen Verhandlungstag wurden kurz vor Beginn Presseveröffentlichungen bekannt, die sich mit Briefen und anderen Sendungen, die an den Richter Draber gerichtet waren, beschäftigen. U.a. war in der „Bild-Zeitung" folgende Überschrift zu lesen: „Nach Vorsitz im Terroristen-Prozeß Psycho-Terror gegen Richter".

Die Verteidigung recherchierte, wie diese Presseberichte zustandegekommen waren und stellte folgendes fest: Draber hat am 20.4.77 *persönlich* eine Presseerklärung an die Pressestelle des Landgerichts geschickt, in der es u.a. heißt: „In der Zeit vor und nach Ostern gingen an meine Privatanschrift — ich bin verheiratet und habe vier Kinder zwischen sieben und fünfzehn Jahren — zahlreiche Sendungen aufgrund gefälschter Aufträge ein". Es folgt eine Auszählung von Sendungen. Weiter schreibt Draber: „In einer der letzten Ausgaben eines linksextremen Blättchens findet sich neben Texten zum Prozeß Karl-Heinz Roths und Roland Ottos eine Zeichnung. Man sieht eine geöffnete Haustür, unter dem Klingelknopf (sowörtlich) den Namen Draber, in der Haustür die Füße eines auf dem Rücken liegenden Menschen, vor der Haustür einen Mann mit einem Blumenstrauß in der rechten Hand und der Aufschrift „Flöhrop" auf dem linken Ärmel, darüber eine Sprechblase mit der Aufschrift: ‚Guten Abend, eine Sendung roter Nelken. Aber was ist denn, Herr Richter?'."

Aufgrund dieser Mitteilung an die Pressestelle gab diese eine Presseerklärung heraus, übrigens telefonisch, die in den heutigen Tageszeitungen verbreitet wurde.

Roland Otto und Karl-Heinz Roth lehnten daraufhin den Vorsitzenden Richter Draber wegen Befangenheit ab. Sie erklärten u.a.: Solche Maßnahmen könnten nicht aus Kreisen kommen, die daran interessiert sind, Haftentlassungsanträge der Verteidigung und den Freispruch der Angeklagten psychologisch zu unterstützen. Die Verteidiger werden gegen die Absender der Sendungen Strafanzeige erstatten.

Draber habe dadurch, daß er persönlich über die Justizpressestelle solche Zeitungsmeldungen initiiert habe, gezeigt, daß er das Prozeßklima zum Nachteil der Angeklagten vergiften wolle. Dies habe Draber genau zu einem Zeitpunkt getan, als die Mordanklage zusammengebrochen war, das Gericht unter seinem Vorsitz die Aufhebung der Haftbefehle ablehnte, mit einer Begründung, die zeigt, daß die Verurteilung der Angeklagten über das Zerrbild des politischen Terroristen doch noch ermöglicht werden soll. Genau zu diesem Zeitpunkt wende sich der Richter an die Öffentlichkeit, um eine Atmosphäre zu schaffen, die ein solches Gesinnungsurteil akzeptiert.

Weiter habe Draber mit der Mitteilung der Karikatur an die Öffentlichkeit (Draber hatte die Zeitung (es handelt sich übrigens um das BLATT) am 9.2.77 beschlagnahmen lassen), Beweismittel, die noch nicht in der Hauptverhandlung zur Sprache gekommen waren, außerhalb der Hauptverhandlung an die Öffentlichkeit gegeben. Der Vorgang erinnere an die Weitergabe von Aktenmaterial des Bundesrichters Meyer im Stammheimer Verfahren. Nur daß in diesem Prozeß gegen Roth und Otto ein. Richter des erkennenden Gerichts unmittelbar selbst zum Nachteil der Angeklagten tätig geworden sei.

Das Gericht hielt die Anträge für zulässig.

BERICHT ÜBER FESTNAHME UND HAFTSITUATION VON MANFRED ADOMEIT

Der Rechtsanwalt von Manfred Adomeit berichtet:

'Manfred Adomeit wurde in der Nacht vom 31.3.1977 zum 1.4.1977 zusammen mit Norbert Kröcher und anderen in Stockholm angeblich von der schwedischen Polizei festgenommen. Am 3.4.1977 erließ der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes Haftbefehl, der Manfred Adomeit am 4.4.1977, nachdem er von Stockholm in die Bundesrepublik gebracht worden war, verkündet wurde.

Manfred Adomeit wurde zunächst in die JVA Frankenthal gebracht. Dort trat er am 14.4.1977 in den Hungerstreik. Am 15.4.1977 traf die erste Post von ihm bei uns ein, es hat also über elf Tage gedauert, bis er sich mit uns schriftlich in Verbindung setzen konnte und Vollmacht erteilen konnte.

Am 21.4.1977 konnte ich Manfred Adomeit erstmals besuchen, am 22.4.1977 wurde er im Zusammenhang mit dem Hungerstreik in die JVA nach Straubing/Niederbayern verlegt.

Manfred Adomeit ist den denkbar schärfsten Haftbedingungen unterworfen: er ist von allen anderen Anstaltsinsassen total isoliert; in Frankenthal waren die neben seiner Zelle befindlichen Räume nicht belegt. Er hat Einzelhofgang, die Zelle wird täglich untersucht, es besteht die Anordnung der Doppelbewachung, außerdem hat er Sprechverbot allen anderen Gefangenen gegenüber, denen er zufällig begegnen könnte. Vor und nach Anwaltsbesuchen wird er total durchsucht, wobei er sich nackt ausziehen muß.

Nach seiner Verhaftung wurden Manfred Adomeit sämtliche persönlichen Sachen, inklusive der Kleidung, weggenommen. Er hat sie bis heute nicht zurückerhalten. Aus diesem Grunde war er auch bis zu dem ersten Anwaltsbesuch völlig mittellos. Er konnte sich deshalb auch während des Hungerstreiks nicht mit Tabak, Kaffee und dergleichen versorgen.

Die ein- und ausgehende Anwaltspost wird von einem Richter kontrolliert, da der Haftbefehl auf § 129 a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) gestützt wird. Wichtig ist zur Zeit für Manfred Adomeit, daß die Totalisolation zumindest partiell durchbrochen werden kann, etwa durch Besuche und schriftlichen Kontakt mit ihm: die Anschrift lautet: JVA Straubing, Postfach.

Für Besuchsanträge ist zuständig der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs, Boujong, das Aktenzeichen lautet 1 BJs 23/77.'

INGRID BARABASS UND CHRISTIAN MÖLLER VERHAFTET

KASSEL April 77 — Am Freitag, 22. April, 18.30 Uhr, sind Ingrid Barabaß und Christian Möller (beide aus Marburg) in Wetzlar festgenommen worden. Sie wurden in die JVA II, Kassel, Leipziger Str. 11, verschleppt. Inzwischen ist Haftbefehl erlassen worden und die beiden sitzen dort in Untersuchungshaft.

Laut Haftrichter besteht der Verdacht von Verbrechen nach den §§ 129, Abs. 1 (Gründung einer kriminellen Vereinigung) und 249, 250 (bewaffneter Raub). Ihnen wird vorgeworfen, an zwei Banküberfällen in Kassel (am 30.3. und 21.4.77) beteiligt gewesen zu sein. Die Verteidigung haben zunächst die Rechtsanwälte Huesmann und Korte aus Kassel übernommen. Nachdem der Haftbefehl ausgesprochen war, bekamen die Anwälte keinen Kontakt mehr zu beiden. Es war unklar, ob die beiden noch in Kassel waren. — Die Staatsschutzkammer Frankfurt hatte sich eingeschaltet. Am Mittwoch — am 5. Tag nach der Verhaftung — erhielten die beiden Kasseler Anwälte einen Sprechschein: Sie dürfen ihre Mandanten täglich 1/2 Stunde (eine halbe St unde !!) sprechen.

Die Inhaftierten benötigen dringend Geld für den Einkauf.
Konto: Zahlstelle der JVA Kassel, PSchA Frankfurt a.M.,
Nr. 7060-607.

Fortsetzung von Seite 10

Konkret: Nach Angaben der JVA Rheinbach existiert eine Rundverfügung von Ihnen, wonach die Alternativzeiten

ID = Frankfurter Informationsdienst (ersch.wöchentlich)

„Gegenknast" (ersch. monatl. Hrsg. Inform.-Zentrum f. Gefangenengruppen/Bielefeld)
und einige andere

in allen Justizvollzugsanstalten NRWs auf einem 'Index' stehen, heißt: g e n e r e l l vom Bezug ausgeschlossen sind.

Da mir eine gleichlautende Erklärung bereits im Januar in der JVA Hagen gegeben wurde, sehe ich keine Veranlassung, an den Angaben der hiesigen Verantwortlichen zu zweifeln. Die Tatsache einer solchen, von Ihrem Ministerium erlassenen Rundverfügung steht jedoch in eklatantem Widerspruch zu

1.) § 68 StvollzG, wonach k e i n e Zeitung mehr g e n e r e l l vom Bezug ausgeschlossen werden darf, sondern lediglich e i n z e l n e Ausgaben oder T e i l e von Ausgaben, bei „e r h e b l i c h e r" Gefährdung der Anstalts- S+O;

2.) Art. 5 GG!

Der ID existiert seit mehreren Jahren, o h n e daß auch nur einmal ein Verfahren gegen ihn eingeleitet wurde. Zum Beirat des ID gehören (u.a.) bekannte Persönlichkeiten wie
Frau Ingeborg Drewitz = seit 1936 Präsidiumsmitglied des PEN-Zentrums
Prof. Helmut Gollwitzer
Volker Schlöndorf = Regisseur.

Da § 68 StvollzG als einer der wenigen §en e i n d e u t i g abgefaßt ist, keinen Spielraum für irgendwelche (möchte-gern)-Interpretationen bietet, ist diese Rundverfügung Ihres Ministeriums ein Skandal. Ganz abgesehen von der Tatsache einer hier dokumentierten Informationszensur für Strafgefangene. (Vgl. Art. 5 GG!).

Für mich besteht kein Zweifel daran, daß die 'schnelle' Reaktion Ihres Ministeriums und der Anstaltsleitung auf meinen Hungerstreik weniger auf diese Aktion selbst (von meinem Gesundheitszustand nicht zu reden), als auf die massive Unterstützung von zahlreichen Freunden/Bekannten — insbesondere auch aus Schriftstellerkreisen — sprich:
Öffentlichkeit
zurückzuführen ist.
Dafür bin ich dankbar. Nicht ausschließen kann ich jedoch, daß erneut eine ähnliche Situation (Informationsentzug) eintritt. Um hier vorzubeugen, möchte ich für mich (u.a.!) eine klare Antwort. Niemand macht es Spaß, evtl. alle 2 Monate seine Gesundheit — und damit letztlich sein Leben — auf's Spiel setzen zu müssen, einzig für den Kampf um ein z u s t e h e n d e s Recht. (Traurig genug, daß jene, die als Verfassungsfeinde verschrieen werden, das Äußerste tun müssen zur Verwirklichung eben dieser verfassungsmäßig garantierten Grundfreiheiten.)

Ich erwarte von Ihnen (resp. Ihrem Ministerium) binnen zehn Tagen nach Eingang meines Schreibens eine klare Antwort ob

a) entgegen § 68 StvollzG die erwähnte Rundverfügung existiert — wenn ja: mit wlecher Begründung? ! — wenn nein: eine verbindliche Erklärung, daß

b) der Informationsdienst Frankfurt (und ähnliche Zeitungen) auch von Gefangenen bezogen werden können.

Erhalte ich diese Erklärung innerhalb der o.a. Frist nicht, setze ich meinen Hungerstreik ab 5.5.1977 fort und trete ab 9.5.1977 zusätzlich in einen unbefristeten Durststreik. In Erwartung Ihrer Antwort

W. Schlegel"

WILLKÜRURTEIL IM PROZESS UM DAS KKW GRAFENRHEINFELD

WÜRZBURG 27. April — *Der Prozeßbericht stammt von einem Mitglied der Bürgerinitiative gegen das KKW Grafenrheinfeld:*

Vom 16. bis 18. 3. fand vor den Rängen des Würzburger Verwaltungsgerichts die Verhandlung über die Klage der Stadt Schweinfurt und er Gemeinde Bergrheinfeld gegen die Genehmigung für den Baus des KKW Grafenrheinfeld durch das bayrische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen statt.

Hatte man bei Prozessbeginn noch auf eine ähnliche Entscheidung gehofft, wie sie das Freiburger Verwaltungsgericht zwei Tage vorher im Fall Whyl verkündet hatte, so mußte man nun nach der Bekanntgabe des „Tenors" des Urteils (die genaue Urteilsverkündung erfolgt erst frühestens Mitte Mai) enttäuscht registrieren, daß in der BRD offensichtlich zweierlei Recht gesprochen wird:
Im Fall Whyl hielt das dortige Gericht den Einbau eines zusätzlichen Berstschutzes für unabdingbar, im Falle Grafenrheinfeld aber, mit demselben Reaktortyp, derselben elektrischen Leistung aber mit einer bereits zur Hälfte verbauten Gesamtsumme (500 Millionen) und kaum nennenswertem offenen Widerstand der betroffenen Bevölkerung (dafür mit einer BI, die sich ständig auf die Rechtsmäßigkeit ihres Vorgehens — im Gegensatz zu anderen Initiativen — beruft) wurden dieselben vorge-



brachten Bedenken als unbegründet zurückgewiesen. Motto: was den Kaiserstühlern recht ist, ist den Schweinfurtern noch lange nicht billig, — oder mit den Augen des Gesetzgebers betrachtet: so ein „dicker Hund" wie das Freiburger Whyl-Urteil dürfe nur einmal passieren! (Zitat des Bundeskanzleramtes)

Damit etwas derartiges wie in Freiburg nicht nochmal passiere, wurde vorgesorgt: Just zum Beginn der Würzburger Verhandlung erreichte das hohe Gericht ein Schreiben der Reaktorsicherheitskommission, das vom Bundesinnenminister übermittelt wurde, in dem es u.a. heißt:

„Das Verwaltungsgericht Feiburg stellte in seinem Urteil vom 14.3. zur Aufhebung der ersten Teilerrichtungsgenehmigung für das Kernkraftwerk Süd fest, daß auch Vorsorge gegen das Bersten des REaktordruckbehälters getroffen werden müsse und daß dies nur durch den Bau einer Berstsic herung geschehen könne. In Übereinstimmung mit dem Verwaltungsgericht vertritt die RSK die Auffassung, daß selbstverständlich auch Vorsorge gegen das Bersten des Reaktiordruckbehälters getroffen werden muß. Im Gegensatz zum Verwaltungsgericht kann aber die RSK die Meinung nicht teilen, daß dies nur durch den Bau einer Berstsicherung geschehen könne."

Dieser Beschluß der RSK, den Maihofer weiterleitete, war offensichtlich bestellt. So fielen auf der Verhandlung u.a. Sätze wie „Herr Ministerialrat Mauker (Erläuterung: Herr Mauker ist Ministerialrat im bayrischen Umweltministerium und damit direkt an der Baugenehmigung für Grafenrheinfeld beteiligt, also einer der „Angeklagten") benötigt es dringend für die oben erwähnte Verwaltungsstreitsache!" (Zitat „Schweinfurter Tagblatt") Herr Maihofer hat dies den neuen Spitznamen „Briefträger der Reaktorsicherheitskommission" eingebracht.

Folgerichtig sprach auch Rechtsanwalt und Stadtrat Cramer, der im Prozeß die Anklage vertrat von der Tatsache, daß mit der Würzburger Verhandlung bereits das Berufungsverfahren im Fall Whyl vorweggenommen werde.
Obendrein wurden Aspekte wie fehlender Schutz im Kriegsfall und ungelöste „Entsorgung", die in den Fällen Mühlheim-Kärlich und Brokdorf bereits zum Baustop führten, gänzlich aus dem Verfahren ausgeklammert. Ja, teilweise wurde sogar bestritten, ob die Stadt Schweinfurt und die Gemeinde Bergrheinfeld als Vertreter ihrer Bürger klageberechtigt sind.
Nun dieses Urteil ist gefallen, die Kläger wollen zwar in die Berufung vor den Verwaltungsgerichtshof ziehen, aber was wird das wohl bringen?

Uns hat dieses Urteil wieder einmal eines gezeigt:
Sind massive wirtschaftliche Interessen im Spiel, so geht es nicht mehr mit „rechten" Dingen zu. Es werden Urteile gefällt, die bei den Betroffenen das Gefühl entstehen lassen, man sei mal wieder, wie so oft in diesem Streit, von der Gegenseite verarscht worden. Auf die windige Begründung dieses Urteils im Wonnemonat Mai darf man gespannt sein.
Eines allerdings hat dieses Schandurteil nicht erreicht: Die Befriedung der Schweinfurter Region — und neuerdings — ganz Mainfrankens. Seit den Demonstrationen in Brokdorf sind in Würzburg, Bamberg und Nürnberg neue Initiativgruppen gegen die Atompolitik entstanden; meist studentisch geprägt; hier muß es gelingen, mit dem Zaudern aufzuhören und erst selbst aktiv zu werden, auch gegen die Resignation der Bevölkerung am Ort, die schon lange damit konfrontiert war. Diese Resignation gilt es zu überwinden.

ADRESSEN DER ALTERNATIVPRESSE

Nachfolgende Zeitungen (außer die mit x bez.) waren in Frankfurt auf dem Alternativpressetreffen anwesend. Aufgeführt sind **Name, Auflage, Adresse, Telefon, Erscheinungsweise** und **Redaktionsschluß.(Rs)**. Zeitungen die am **Solidaritätsfonds (PSchKto: Ffm 332 190 - 604)** teilnehmen wollen, sind mit „ja" vermerkt, die, die schon eingezahlt haben mit „bez".

Die aufgeführten Zeitungen verzichten auf Copyright untereinander und gegenseitiger Artikelklau hat keine rechtlichen Folgen.



AZ – Die Andere Zeitung 3.000
Alexanderstr. 49
6000 Frankfurt Tel.: 0611 / 789 16 69
monatlich zum 1. Rs am 15. des Monats Sol.ja

Blatt – Stadtzeitung für München 12.500
Adelgundenstr. 18
8000 München 22 Tel.: 089 / 223 221
14 - tägig mittwochs, Rs Freitag vor Erscheinen Sol.bez

Bochumer VolksBlatt 2.500
An der Landwehr 47
4630 Bochum 1 Tel.: 0234 / 51 03 88
monatlich Sol.ja

Chaos – Jugendzeitung für Nenndorf und Umgebung x 350
Schillerstr. 26
3052 Bad Nenndorf Tel.: 05723 / 32 96
erscheint unregelmäßig Sol.ja? ?

Der Gute Uelzer 800
c/o Provisorisches Jugendzentrum, Bohldamm Baracke 14 B
3110 Uelzen 1 kein Tel.
einmal im Monat, Rs kurz davor Sol.nein

Die Zeitung – Jugendzeitung Lübeck x 500
Michael W. Schorsch, Lachswehralle 7
2400 Lübeck Tel.: 0451 / 85 308
erscheint unregelmäßig Sol.ja? ?

Fragezeichen – Stadtzeitung für Hannover 1.500–1.800
Internationalismus Buchladen, Postfach 3003
3000 Hannover Tel.: 0511 / 17 17 3
monatlich zum 1., Rs bis zum 15 oder 20. Sol.bez

Giessener Anzünder x 800
c/o Jürgen Walter, Wilhelmstr, 13
6300 Gießen Tel.: 0641 / 761 51
erscheint unregelmäßig, gilt auch für Rs Sol,ja? ?

Graswurzelrevolution 3.000
c/o Conni Nath, Speckstr. 8
3400 Göttingen
monatlich, Rs Monatsmitte nicht bez.

Große Freiheit – Stadtzeitung für Hamburg und Umgeb. 8.000
Glashüttenstr. 1 43 86 36
2000 Hamburg Tel.: 040 / 410 42 62
monatlich zum 15. Rs Monatsanfang Sol.bez

Guten Morgen – Braunschweiger Initiativzeitung 600
c/o „Guten Morgen"-Laden, Wabestr. 25a
3300 Braunschweig
wohl so alle zwei Monate Sol.ja

Hagener Volksblatt e. V. 3.000
Buscheystr. 56
5800 Hagen 1 Tel.: 02331 / 167 99
monatlich zum Monatsanfang Rs am 20. d.M. Sol.ja? ?

Hauptwache – Frankfurter Illustrierte Zeitung 4.500
Arndtstr. 31
6000 Frankfurt/Main 1 Tel.: 0611 / 74 66 33
monatlich zum 1., Rs zum 15. des Monats Sol.bez

Hildesheimer Initiativ Zeitung 1.000
Margit Hilbig, Ahornweg 23 32153
3200 Hildesheim Tel.: 05121 / 43570
monatlich zum Monatsanfang, Rs Monatsmitte Sol.ja? ?

Info – BUG (Berliner Undogmatischer Gruppen) 3.300
Wespennest, Dresdnerstr. 22
1000 Berlin 36 kein Telefon
wöchentlich am Montag, Rs Freitag, aktuelle: Sonntag Sol.bez

Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten
Postfach 90 03 43 5000
6000 Frankfurt 90 Tel.: 0611 / 70 43 52
wöchentlich montags, Rs Donnerstag 16 Uhr Sol.bez

Jedermann x
Gasthof „Alte Post"
8991 Hergensweiler
monatl. zum 1., überregional, Rs jeweils 15. d. M. ? ? nicht bez

Katz – Kaiserslautern's Alternative Zeitung 600-800
Villenstrasse 11
6750 Kaiserslautern Tel.: 0631 / 3574 (Birgit)
ca. monatlich, Rs unregelmäßig Sol.ja

Klartext – Stadtzeitung für Essen
Spanisches Zentrum, Kibbelstr. 12
4300 Essen 1 Tel.: 0201 / 23 66 02
Erscheinungsweise unklar ? ?

Klenkes – Zeitung Aachener Bürgerinitiativen 4.000
Oppenhoffallee 107
5100 Aachen Tel.: 0241 / 50 77 66
monatlich, Rs zum 20. des Monats, Treffen 4x monatl. Sol.bez

Klüngelkerl – Dortmunder Volksblatt 3.500
Ostermärsch 3
4600 Dortmund 1 Tel.: 0231 / 83 14 06
monatlich, Rs am 20. des Monats Sol.bez

Knipperdolling – Münsteraner Generalanzweifler x 1.000
D.Schnack, Schillerstr. 74a
4400 Münster Tel.: 0251 / 66 12 17
monatlich zum ersten Sol.bez

Kölner VolksBlatt x 7.000–10.000
Hohenzollernring 97
5000 Köln Tel.: 0221 / 52 97 94
monatlich zum 1., Rs zum 15 des Monats nicht bez

Kompost – Grüne Kraft x 5.000
W.Pieper
6941 Löhrbach im Odenwald kein Telefon
4x im Jahr zu den Zeitenwenden, Rs 4 Wochen vorher Sol.bez

Kriewelsches – Zeitung für Krefeld x 1.000
c/0 Th. Mostertz, Oranienring 62
4150 Krefeld Tel.: 02151 / 27 44 8
erscheint unregelmäßig ? ? nicht bez

Löwenzahn – Zeitung für altern. Lebens & Produktionsformen x
c/o Klaus Strobel, Baurat-Gerber-Str. 7 800
3400 Göttingen
zweimonatlich ? ?

Maulwurf – Stadtzeitung für Baden-Baden 1.000
Hochstr. 32
7570 Baden-Baden kein Telefon
erster Samstag des Monats, Rs eine Woche vorher Sol.ja

Mülltonne 300
Postfach 1
8711 Mainstockheim
soll monatlich erscheinen Sol.nein

Oh wie schön — Organ der Tübinger Linksradikalen 1.500
Rümelinstr. Clubhaus II
7400 Tübingen Tel.: 07071 / 21 29 29
monatlich, Rs am 20 des Monats Sol. bez

Pflasterstrand — Zeitung für Krankfurt 3.200
c/o Kulturzentrum, Kurfürstenstr. 16 H
6000 Frankfurt 90 Tel.: 0611 / 70 30 87
14-tägig am Mittwoch, Rs Freitag vor Erscheinen Sol.ja? ?

Provinz — Stadtzeitung für Wiesbaden & Mainz 1.600
Adlerstr. 30
6200 Wiesbaden
monatlich zum 1. , Rs bis zum 15. des Monats Sol.bez

Querfeldein 300
Schröck, Dorngasse 1
3550 Marburg
total unregelmäßig ? ?

Radi — A Zeitung fürs Ardinger Land Bestellungen: 1738
gedruckt: 600
[illegible]ter Veicht, Landshuterstr. 7
[illegible]58 Erding
alle zwei Monate ? ?

Radikal — Verlag Gruppe A 3.000
Gustav-Müller-Str. 45 821 06 41
1000 Berlin 62 Tel.: 030 / 784 78 87
wöchentlich, Rs jeden Sonntag Sol.bez

s'Blättle — Stadtzeitung für Stuttgart und Umgebung 1.700
Baumreute 34
7000 Stuttgart 1 Tel.: 0711 / 60 64 57
monatlich am 1. Sonntag, Rs zehn Tage vorher Sol.ja? ?

Schnürschuh — Stadtzeitung für Bremen 600
Fedelhören 43
2800 Bremen 1 Tel.: 0421 / 37 06 10
monatlich, Rs jeweils etwa den 20. des Monats Sol.ja

Sponti-Info — Nürnberg/Erlangen 600
c/o Bücherkiste, Jakobstr. 26
8500 Nürnberg
monatlich unregelmäßig Sol.bez

S[illegible]trevue Köln 8.500
Chlodwigplatz 1
5000 Köln Tel.: 0221 / 31 74 54
monatlich Sol.ja

Stadtzeitung für Freiburg 2.500
Eschholzstraße 65
7800 Freiburg Tel.: 0761 / 336 50
monatlich zum ersten, Rs 18. bis 20. des Monats Sol.ja

Stadtzeitung in und um Kassel x 3.000
Bebelplatz 149
3500 Kassel Tel.: 0561 / 40 31 44
ab Mai 14-tägig, Rs Do vor Erscheinen Sol.bez

Stadtzeitung Saarbrücken 1.500
Jens Jacobi, St. Johanner-Markt 21
6600 Saarbrücken Tel.: 0681 / 372 46
alle zwei Monate, geplant monatlich, Rs am 20. Sol.bez

Transgauischer Heimatbote Bestellungen: 1739
Reinhard Heun gedruckt: 601
8090 Wasserburg Tel.: 08621 / 2139
Weberzipfl Nr. 8 ? ?

Was lefft — Erlanger Stadtzeitung x 1.500
Altstädter Kirchplatz 7
8520 Erlangen Tel.: 09131 / 277 89
monatlich zum ersten, Rs vor dem 25. Sol.bez

VOM TREFFEN IN FRANKFURT

BILDERDIENST IM ID

Postfach 90 03 43, Hamburger Allee 45
6000 Frankfurt/Main 45
Telefon 0611 / 70 43 52

PSchKto: Ffm 360 811- 608

Bilder kosten pro Sendung 5 DM Grundgebühr plus 1 DM pro.Bild. Die Bilder müssen nach Gebrauch wieder zurückge schickt werden.

Wat löppt x 2.000
Luisenstr. 100
5600 Wuppertal 1 Tel.: 0202 / 43 50 50
bisher monatlich, erscheint zur Zeit nicht Sol.nein

Wendblatt 400
c/o Lutz Conrad, Bellmannsfeld 5
3138 Dannenberg
monatlich, Rs kurz davor Sol.ja

Würzburger Alternative 500
Ali Schuster, Leutfresserweg 11
8700 Würzburg Tel.: 0931 / 77 22 3
monatlich im Semester Sol.bez

Zeitung — Versuch einer Salzburger Gegenöffentlichkeit 1.500
Haunspergstr. 70
A–5020 Salzburg Tel.: 00436222 / 729883
monatlich

ZEITUNGSINITIATIVEN:

Stadtblatt, Helma Ossenkopp, Luisenstr. 19, 48 Bielefeld 1

Stadtzeitung. Ottmar Gendera, Burgstr. 17, 34 Göttingen

Zeitungsinitiative, Wohngemeinschaft, Düsseldorfer Str. 128, 433 Mühlheim Tel.: 0208 / 48 12 29

Zeitungsinitiative, Eva Kenkenberg, Cranachstr. 6, 4 Düsseldorf 1

Zeitungsinitiative Marburg, c/o KFZ, Schulstr. 6, 355 Marburg

Heile Welt, c/o Detlef Heubaum, Wellingstr. 7, 452 Melle 7

Zeitungsinitiative, Georg Vogel, Neue Kasseler Str. 27, 355 Marburg

Arbeiterkampf — Zeitung des Komm. Bundes 18.000
Lerchenstr. 75
2000 Hamburg 50 Tel.: 040 / 43 53 46
14-tägig, Rs 8 Tage vorher, in aktuellen Fällen bis 2 Tage

päd. extra — Magazin für Erziehung, Wissenschaft und Politik
Postfach 119086, Kölner Str. 70
6000 Frankfurt 2 Tel.: 0611 / 23 58 80
einmal in Monat

Pupille — Würzburger Illustrierte 4.000
Sophienstr. 15
8700 Würzburg Tel.: 0931 / 72415
monatlich, Rs am 20. des Monats

OSTERSPAZIERGANG ZUM KKW UENTROP

HAMM 18. April Dies ist ein Bericht über den Osterspaziergang gegen Atomkraftwerke in Hamm/Uentrop. Aber es ist auch eine Reaktion auf das Angebot des ID, daß Leute im ID schreiben können, wie es ihrer Meinung nach um die Bürgerinitiativbewegung steht.

„Am 9. März haben die BI's in naher Umgebung des Atomkraftwerkes Uentrop auf ihrem Koordinationstreffen den gemeinsamen Wunsch geäußert, einen Osterspaziergang zu machen. Bei der Vorbereitung gab es viele Probleme zu bewältigen. Da war das Problem: Wer darf die organisatorischen und politischen Entscheidungen treffen? Die 8 einheimischen BI's pochten beharrlich auf ihr Recht, selbständig und unabhängig zu entscheiden. Die von weither zugereisten BI's mischten sich nach Ansicht der großen Mehrheit der einheimischen BI's in unverantwortlicher Weise in die Entscheidungsprozesse ein und lähmten dadurch die ganze Arbeit. Außerdem könnten diese BI's nicht immer die richtigen Entscheidungen treffen, da sie mit der sehr komplizierten Lage vor Ort nicht vertraut seien. Im Gegensatz dazu sagten die zugereisten BI's, daß von der Radioaktivität alle betroffen seien und somit alle das Recht hätten mitzuentscheiden. Dazu wäre meiner Meinung nach zu sagen, daß diese Gruppen immer nur dann kamen, wenn irgendwelche großartigen Sachen geplant waren. Die mühselige Kleinarbeit in der Region überließen sie getrost den einheimischen BI's; wenns aber um die richtige Linie bei der politischen Ausrichtung der Osterspaziergangs ging, hörten sie gar nicht mehr auf zu reden. Besonders einige ältere Leute fühlten sich einem ständigen Druck der Auswärtigen ausgesetzt. Sie hatten nicht das rhetorische Geschick und die Ausdauer, um gegenüber den Auswärtigen ihren Standpunkt wirkungsvoll zu vertreten.

Fazit: Die Koordinationstreffen waren zum Kotzen; man hat sich gegenseitig angeschrieen; ist rausgelaufen, weil man es nicht mehr aushielt; beschimpfte sich gegenseitig als „pazifistischer Demagoge" und „Scheißchaot". Für mich gibt es seit den Koordinationstreffen einen direkten Zusammenhang zwischen den Leuten, die Gewalt bewußt nicht ausschließen und ihrem aggressiven Diskussionsverhalten. Einige Leute wollten zum Osterspaziergang ihre Helme mitnehmen und sagten: „Ohne meinen Helm gehe ich auf keine Demo mehr!"

Ein weiteres Problem war die komplizierte Lage vor Ort. Wir hatten uns bemüht, im Umkreis von 3 km vom AKW einen Kundgebungsplatz (Wiese oder so) zu bekommen. Das klappte trotz aller Bemühungen aus folgenden Gründen nicht: 1. Die VEW hat viel Gelände aufgekauft. 2. Einige Bauern befürchten, daß ihre Wiese zertrampelt würde. 3. Die Mehrheit der Bevölkerung hat Angst. Nicht nur vor Atomkraftwerken, sondern auch vor uns. Selbst Bauern, die vor 3-4 Jahren eine BI mitgegründet haben, lassen sich jetzt lieber ein Atomkraftwerk vor die Nase setzen, als mit Kommunisten zusammenzuarbeiten, solche Zustände wie in Brokdorf auf der eigenen Wiese haben zu wollen. Ob dieser Punkt jemals in einer Einschätzung von „Brokdorf" berücksichtigt wird? Ein Arbeiter, der in der Nähe des AKWs wohnt, hat mich schon einmal persönlich am Schlawittchen gepackt, mich ordentlich durchgeschüttelt und mich angeschrieen: „Wenn ihr bei uns in Eilmsen/Vellinghausen so'n Terror wie in Brokdorf macht, hau ich euch die Fresse ein."

Ein sehr großes Problem waren die Äußerungen des Vorsitzenden der BI Hamm, Claus Mayr, gegenüber der Polizei. Claus hatte den Auftrag, die Kundgebung anzumelden. Da er von dem Koordinationstreffen keine weiteren Anweisungen erhalten hatte, hat er selbständig der Polizei etwa folgendes gesagt: „Die Demonstranten haben nicht die Absicht, Gewalt anzuwenden oder zu provozieren. Sollten ungebetene Gäste („Chaoten") kommen, versuchen die BI's selbst mit ihnen fertig zu werden. Sollte dies wider Erwarten nicht gelingen, so kann die Polizei ja im Hintergrund einige Leute bereithalten, um einzuschreiten". Die Mehrheit der einheimischen BI's war ganz klar dafür, die Polizei über die eigenen friedlichen Absichten zu informieren, um zu vermeiden, daß die Polizei eine Platzbesetzung befürchtet und sich entsprechend verhält. Was ausnahmslos alle verurteilten, war der letzte Satz von Claus. Claus fand das, was er da gemacht hat, nachträglich auch nicht mehr richtig. Allerdings hat er sich unmittelbar nach Bekanntwerden seiner Äußerung lange genug um eine eindeutige Stellungnahme herumgedrückt. Besonders die auswärtigen Gruppen empfanden die Äußerungen von Claus als ungeheure Provokation. Im Extremfall ging es bei einigen Leuten soweit, daß sie forderten, den Osterspaziergang nicht stattfinden zu lassen, oder daß die selbst nicht dabei sein wollten, da Claus auf der Kundgebung eine Rede halten sollte. Auf dem Osterspaziergang wurden außer den zahllosen Parteiblättchen des KPD und KBW fünf Flugblätter im großen Rahmen verteilt. Drei davon waren von auswärtigen Gruppen. Sie gaben kaum Sachinformationen über Atomkraftwerke, dafür wurde aber sehr viel von den Fehlern von Claus geredet. Lediglich ein Flugblatt über die Reaktion der Presse auf Grohnde und ein Flugblatt über die Gefahren des THTR's brachte Informationen, die die einheimische Bevölkeung hätte verarbeiten können. Doch diese war nicht da; abgesehen von wenigen Ausnahmen.

So passierte es, daß etwa 1.500 Leute aus dem Ruhrgebiet, anpolitisierte und hochpolitisierte und sogar einige ältere Umweltschützer mit bunten Fahnen und vielen Spruchbändern und Fulgblättern vom Kraftwerk durch eine menschenleere Landschaft und über eine fast nicht befahrene Hauptstrasse zum vorgesehenen Kundgebungsort losspazierten. Einige meinten grimmig, ob man bei den Hasen agitieren wolle; — es war nichts los, im Umkreis von min. 10 km gibt es keine größere Stadt, wo man demonstrieren könnte. Erst auf halbem Wege merkten einige Gruppen, daß wir nicht zum Bauplatz gingen, sondern von ihm weg. Als wir an der vorgesehenen Kundgebungswiese ankamen, herrschte ein ziemliches Chaos. Die Besitzerin der Wiese hatte Angst, daß die vielen Leute (so viele hatten wir nicht erwartet) die nasse Wiese kaputtrampeln würde. Sie bat uns, den Zug auf ihren Hof umzuleiten, um dort die Kundgebung abzuhalten und erst nach 2 Stunden das Osterfeuer auf der Wiese anzuzünden. Da standen nun die vielen Leute auf der Strasse dichtgedrängt und wußten nicht, was los war. Auch die Organisatoren blickten nicht mehr so ganz durch. Aber hätten wir die Wiese kaputtrampeln sollen? Die Sympathien der Bauern hätten wir uns verscherzt. Und wir wollen doch an die Bevölkerung ran. Also müssen wir sie erst mal so akzeptieren, wie sie sind.

Irgendwie begann dann doch die Kundgebung. Allgemeiner Unmut herrschte. Als Claus seine Rede über alternative Energieformen hielt, wurde gebuht. Einige Leute liefen erregt zum Mikro und schimpften fürchterlich drauf los. Die Organisation war wirklich schlecht. Etliche Leute gingen schon jetzt nach Hause. Nur noch wenige Hundert blieben am Osterfeuer. Ein paar Tage später habe ich mich in der Bevölkerung herumgehört, was die Leute von dem Osterspaziergang so sagen. Sie hatten ihn durch Zeitungsberichte ganz einfach nur zur Kenntnis genommen — mehr nicht.

Ich könnte mir vorstellen, daß es für Unbeteiligte schwer ist, diese Vorgänge zu verstehen; selbst Beteiligte werden an manchen Punkten anderer Meinung sein. Doch ich meine, daß dieser Bericht die Situation der BI-Bewegung — zumindest in Westfalen — widerspiegelt.

Kontakt: Bürgerinitiative Umweltschutz, Hamm e.V., Schützenstr. 38 4700 Hamm-Rhynern



Polizei blockiert Polizeirevier, als Akw-Gegner zum „melden" erscheinen

MELDEPFLICHT FÜR AKW–GEGNER AUFGEHOBEN

HAMBURG 27. April Bernd Löwe, mit dem Vorwurf des „versuchten Todschlags, schweren Landfriedensbruchs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt" am 19. März in Grohnde verhaftet, muß sich nicht mehr wöchentlich auf dem zuständigen Polizeirevier melden. Nach dreimaligem Melden, bei dem er jeweils von Hamburger AKW-Gegnern begleitet worden war und wobei es zu Polizeiübergriffen kam (s. ID 174), wurde die Meldepflicht aufgehoben. Bernd muß sich jedoch immer noch melden, falls er Hamburg verlassen will.

KERNENERGIE „VÖLLIG UNGEFÄHRLICH?"

BERLIN 27.April Während staatliche und vor allem wirtschaftliche Machthaber immer noc h hartnäckig die Gefahren von Radioaktivität und Kernenergie bestreiten, weiß die Kapitalfraktion, die mit den Schäden dann zu tun hat, das Risiko viel besser einzuschätzen: die Versicherung. Hier ein Auszug der „Allgemeinen Versicherungsbedingungen" der Europäischen Reiseversicherung AG:

„§ 3 I. Der Versicherer haftet nicht:

1. Für Schäden, die unmittelbar oder mittelbar durch kriegerische Ereignisse, bürgerliche Unruhen, Plünderungen, behördliche Verfügungen, Streiks, Kernenergie und Radioaktivität verursacht werden."

HOHE MASTEN MUSS MAN KNICKEN ....

FREIBURG 12. April

Hohe Masten muß man knicken
denn zum Knicken sind sie da
die „Stromer" bringen euch sonst dem 7.
Himmel ja so nah.
Ich hab sie gesehen und ich hab mir gedacht:
So hohe Masten muß man knicken Tag und Nacht.

HEITEREN/ELSASS 12. April **Baustelle für Stromleitungsmast besetzt!!**

Seit 3o. März besetzen Atomkraftgegner die Baustelle für einen Stromleitungsmast in Heiteren bei Fessenheim/Elsaß. Der Bauherr, die halbstaatliche Electicite de France (EdF), wartet bis jetzt noch ab. Das Atomkraftwerk Fessenheim, das jetzt schon 10% der geplanten Volleistung bringt, war Anfang März in Betrieb gegangen. Über die schon bestehende Stromleitung des benachbarten Wasserkraftwerkes wird der jetzt produzierte Atomstrom in das Stromnetz eingespeist. Die geplante volle Leistung soll direkt in die Region Paris transportiert werden, deshalb ist eine neue größere Überlandstromleitung nötig, deren Aufbau jetzt verhindert wird.

Ende März wurden schon zwei Masten bei Türckheim/Colmar stromtransportunfähig gemacht. Seit Jahren wehrt sich ein Bauer bei Fessenheim, daß ein solcher Mast auch auf seinen Acker gestellt wird, er verkauft das Gelände einfach nicht.

Auf der Baustelle bei Heiteren haben sich die Besetzer, meist Ökologisten, den Umständen entsprechend eingerichtet. Aus dem noch nicht montierten Oberteil des Mastes, das noch in voller Länge am Boden liegt, haben sie mit Abdeckplanen eine „Zimmerflucht" gemacht. Ganz allmählich stößt die Bevölkerung von Heiteren und Umgebung zu den Besetzern und die Sache nimmt Marckolsheimer Besetzungsstil an.

Ein schlechter Witz zum Schluß: Die verantwortlichen Stellen geben vor, eine regelmäßige Radioaktivitätsüberwachung unter anderem auch des Grundwassers vorzunehmen. Die Grundwasserströmung hier im Oberrheintal verläuft parallel zum Rhein, also nordwärts. Um also ein gutes Meßergebnis in die Presse bringen zu können, messen sie nur oberhalb des AKW Fessenheim!
(ein Elsässer auf der Kundgebung)

KKW-NEIN FEST IN SCHWEINFURT

SCHWEINFURT 29. April Am Samstag, den 23. April fand in Schweinfurt ein KKW-nein-Fest statt, um die örtlichen KKW-Kräfte nach dem Würzburger Urteil wieder etwas zu mobilisieren. Das Verwaltungsgericht Würzburg hatte am 12. April die Klagen gegen die Errichtung des KKW-s der Gemeinden Schweinfurt und Bergrheinfeld sowie von drei Privatpersonen abgelehnt. Hier ein Bericht zum Fest:
„Es spielte die fränkische Jazz-Rock-Gruppe ‚Aera', die in Sulzheim – also so ca. 12 km vom Bauplatz des KKW Grafenrheinfeld entfernt – zu Hause ist, zu Gunsten der KKW-Gegner. Leider konnten von den anderen eingeladenen Leuten, z.B. Tommi aus München und das Frankfurter Karl-Napp-Theater, niemand kommen, so daß das Programm allein mit der Gruppe etwas dünn ausfiel. Dafür hatte sich die KKW-Nein-Gruppe einiges einfallen lassen um die Sache bunter zu gestalten: Losbude, Büchsenwerfen (auf die Visagen von Maihofer, Stoltenberg und Filbinger, alle durch ihr pro-KKW-Engagement leidlich bekannt!) und Tauziehen, einen „wichtigen Sport für jeden KKW-Gegner". Ferner jede Menge Büchertische und Informationsstände. Erschienen waren schätzungs weise zwischen 100 und 200 Leuten, durchweg jüngeren Alters. Leider machte am Nachmittag auch das Wetter einen Strich durch die Rechnung, sodaß die Gruppe Aera bald wieder einpackte. Das Programm wurde mit Dias und Filmen vom KKW-Bauplatz fortgesetzt. Positiv an der Veranstaltung war das Interesse von KKW-nein Initiativen aus dem ganzen fränkischen Raum, so aus Würzburg, Nürnberg, Bamberg und Lichtenfels.

Negativ ist dagegen zu bewerten, daß die Veranstaltung offensichtlich nur die jüngeren KKW-Gegner ansprach und daß der Verlauf des FEstes gegen Ende sozusagen einfach versickerte. So kam z.B. nicht mal ein gemeinsames Absingen des „Frankenliedes" zustande, obwohl der TExt abgezogen vorlag.

Zum Zeitpunkt des Festes hatten sich auf dem Bauplatz des KKW einige Hundertschaften Polizei eingefunden, offensichtlich um das Urteil des Würzburger Verwaltungsgerichtes auf ihre Art zu feiern. Wenn ihre Einsatzleiter und Befehlsgeber allerdings glaubten, den Mannschaften Demonstrantenkörper und ‚action' bieten zu können, so sahen sie sich darin getäuscht, denn daran dachte von Seiten der KKW-Gegner niemand. Überhaupt wird z.Z. der Zaun um das Baugelände auf den Stand der Technik gebracht, d.h. nach Vorbildern Brokdorf und Grohnde abgesichert. Nach Pressemitteilungen richten sich Maßnahmen natürlich nicht gegen die Bevölkerung rung, sondern gegen die bösen Extremisten, die irgendwann einen Überfall planen könnten.

Im Anschluß an das KKW-Nein -Fest fand noch eine Besprechung zwischen den örtlichen KKW-Gegnern und den „Auswärtigen" statt. Hierbei zeigte sich, daß über die Einschätzung der weiteren Arbeit erhebliche Meinungsverschiedenheiten vorliegen. Während die Schweinfurter KKW-Nein-Gruppe die Wichtigkeit hervorhob, nur solche Aktionen zu planen, die auf Verständnis und UNterstützung der örtlichen Bevölkerung, sowie auf die von der Bevölkerung anerkannte Autorität, der Bürgeraktion, stoßen, wollten die „Auswärtigen" solchen AKtionen den Vorzug geben, die von einer „gesamtbayrischen Bewegung" koordiniert und durchgeführt werden könnten. Nun schließt das eine das andere nicht unbedingt aus, jedoch ist von seiten der „Auswärtigen"noch viel Einfühlungsvermögen für die örtliche Situation nötig, um das gemeinsame Ziel – kein KKW in Grafenrheinfeld, und auch nicht anderswo – erreichen zu können. Eine Demonstration im Juni – nach der offiziellen Begründung des Würzburger Urteils – wurde ins Auge gefasst. Sie müßte von den örtlichen KKW-Gegnern (KKW-Nein-Gruppe und Bürgeraktion) gemeinsam mit einer gesamtbayrischen Delegiertenkonferenz geplant und getragen werden.

Außerdem wurde ein Pfingstausflug zur Baustelle geplant der – vor allem den örtlichen KKW-Gegnern – die Möglichkeit geben soll, ohne Besetzungsabsicht aber mit Eindringlichkeit klarzumachen, daß die Ablehnung des AKW's und der Wille, dagegen zu kämpfen auch weiterhin besteht. Angesichts der WÜrde des hohen Feiertages wird den AKW-Gegnern empfohlen, jede Menge Blumen und Kränze mitzubringen, um die sicher anwesenden Pfingstochsen der Jahreszeit gemäß zu schmücken."

OHU UND DIE BAYRISCHE AKW-BEWEGUNG

MÜNCHEN 28. April Bei einer 1. Landesdelegiertenkonferenz bayrischer Atomkraftwerksgegner trafen sich in Landshut am 2,4,77 Mitglieder von 18 Initiativen. Aufgerufen hatte eine Landshuter Initiative, die eine Demo gegen das Kernkraftwerk Isar (KKI) in Ohu diskutieren wollte. (Diese Initiative wurde von KB-Mitgliedern Anfang des Jahres gegründet). Das KKI, das unmittelbar neben der Niedereichbacher Atomruine steht, soll in Kürze in Betrieb gehen. Des weiteren ist ein 2. „Block" (KKI2) im Planungsstadium. Auf einer hitzigen Plenumsdiskussion folgte die Mehrheit der vorwiegend neu gegründeten Initiativen der Argumentation der Landshuter Initiative, daß die baldige Inbetriebnahme eine Demo erfordert und zudem sei es notwendig dig, auch in Bayern ein Zeichen zu setzen. Demgegenüber vertart vor allem die Landshuter und Münchner AKW-Nein-Gruppe den Standpunkt, daß Aktionen nicht allein aus den Sachzwängen bestimmt werden dürfen, sondern – bei Aktionen am Ort – die Situation des Widerstandes der Region mit einbezogen werden muß. Obgleich die auswärtigen Initiativen über die regionale Situation nicht informiert waren und auf diese Argumentation nicht weiter eingingen, beschlossen die Anwesenden mit großer Mehrheit eine Demo am 7.5. in Ohu am KKI-Gelände.

Kurz danach wurde vom Kommunistischen Bund (KB) das Flugblatt „Ohu Info Nr. 1" mit großer Auflage verteilt, in dem er alle 18 Initiativen unter seinem Namen führte, anstatt eines parteipolitisch unabhängigen Aufrufs. Dies und der Beschluß der Landesdelegiertenkonferenz führte zu heftigen Auseinandersetzungen, vor allem unter den Münchner AKW-Gegnern. In den nicht mehr nur terminfixierten sondern inhaltlich geführten Diskussionen klärten sich die Standpunkte:
– keine Fortführung der Serie Brokdorf/Grohnde! In Brokdorf war die ..Linke" bereits zu isoliert von der „normalen" Bevölkerung. In Grohnde wurde diese Felhentwicklung deutlicher sichtbar. Es wurde nicht mehr versucht, über eine längerfristige, kontinuierliche Informationsarbeit in der Re-

gion einen Widerstand zu initiieren, um dann mit den Bürgerinitiativen gemeinsam zu handeln.
– neue, phantasievolle Aktionsformen (besonders bei bereits fertiggestellten AKW's)
– Ökologiebewegung statt Parteienkrieg ! Die Bewegung ist nicht MIttel zum Zweck, sondern Selbstzweck ! (Inklusive Wachstums- und Technologiekritik, Zentralismusfrage...)
– Unterstützung des Kampfes auch durch dezentrale Aktionen in der Stadt, denn langfristig muß unser Aktionsfeld in unserem Lebensbereich liegen.
– überregionale Aktionen am Ort nur in Zusammenarbeit mit der ansässigen Bevölkerung, weil ohne die der Kampf nie gewonnen werden kann.

Daraufhin faßten einige Münchner Gruppen den Beschluß, eine neue Landesdelegiertenkonferenz einzuberufen, um auch die Initiativen, die auf der 1. Konferenz nicht vertreten waren, mit einzubeziehen. Außerdem hatten einige Initiativen ihre Zustimmung und Unterstützung bezüglich Form und Zeitpunkt der Demo widerrufen, weil eine 1. Aktion in Bayern überhaupt erst mal einer Vermittlung bedarf, die noch dazu anders aussehen muß, als bisher. Um die 2. Konferenz nicht wieder in eine endlose Plenumsdiskussion ausarten zu lassen, wurden kleine Gruppen gebildet, die aich aus den verschiedenen Initiativen zusammensetzen. Das war für alle Beteiligten eine neue und positive Erfahrung. Wir konnten persönlich und ausführlich aufeinander eingehen.

Bei der anschließenden Auswertung der Gruppenergebnisse im Plenum sprachen sich die meisten klar zu folgenden Punkten aus: Die Demonstration am 7.5. durchzuführen, aber in Landshut. Außerdem sollen neue Aktionsformen entwickelt erden. Für Landshut sprachen folgende Gründe: Von den drei Landshuter Initiativen wurde bereits Öffentlichkeitsarbeit geleistet, wodurch eine größere Resonanz in der Bevölkerung zu erwarten ist. Auch andere Organisationen und Verbände, wie der Bund Naturschutz und viele Landshuter würden mitmachen. Solange die ansässige Bevölkerung eine Aktion in ihrer Region nicht mitträgt, verursachen Flurschäden die Kluft zwischen Auswärtigen und Ansässigen (d.h. nicht warten, bis sich bei den Anwohnern was tut...). Ein großer Teil der Landbevölkerung befindet sich am langen Samstag (!) in der Stadt. Teile der Münchner INitiative gegen Atomkraftwerke (Liga), münchner Atomkraftwerksgegnern (MAG) und der Landshuter Initiative erklärten sich zu keinem Kompromiß bereit: sie bestanden auf „ihrer" Demonstration in Ohu und hätten einen anders lautenden Beschluß für sich nicht anerkannt. Vier Initiativen zogen es vor, nicht zu erscheinen. Trotzdem waren mehr Initiativen (nahezu 30) anwesend als am 2. April. Weil wir nicht glauben, durch Beschlüsse Verbindlichkeit schaffen zu können, und zwar Beschlüsse, die immer nur Minderheiten unterbuttern und ausschließen, haben wir auf eine Abstimmung verzichtet. Wir werden nicht an einer Demonstration in Ohu teilnehmen, nicht dazu aufrufen , aber auch nicht dagegen mobilisieren. Es ärgert uns, daß wir unsere Energiene in den letzten drei Wochen nur in die Demonstration investiert haben, obwohl besonders den länger arbeitenden Gruppen klar war, daß eine kurzzeitig angesetzte und daher kaum zu vermittelnde Aktion der Bewegung in der Region mehr schadet als nützt. Als positives Ergebnis dieser Auseinandersetzungen haben sich viele Münchner Gruppen zu einer kontinuierlichen Arbeit zusammengefunden. die demnächst eine gemeinsame Aktion in München durchführen wollen.
AK Umweltschutz München, AK Technologie, AKW-Nein-Gu Gruppen München/Landshut, Gewaltfreie Aktion München, Basisbuch.

OSTERRUHE IM BESETZTEN HAUS

STETTEN
18. April

Das Jugendzentrum in Stetten ist seit 18. März besetzt (siehe ID 170). Zur Entwicklung schreiben die Jugendlichen:

Im besetzten Jugendzentrum in der Klosterstraße ist Osterruhe eingekehrt. Bürgermeister und Gemeinderäte sind in Urlaub gefahren und wir haben den normalen Jugendzentrumsbetrieb wieder aufgenommen – soweit das ein besetztes Haus überhaupt zuläßt. In der Woche nach Ostern hatten wir die Nachbarn zu einem Gespräch eingeladen; sie haben es allerdings vorgezogen, nicht zu erscheinen, da sie – wie es die Nachbarin ausdrückte, die am ärgsten gegen das JZ ist – seit der Besetzung kein Grund zur Klage mehr vorhanden ist.

Dafür gedeiht im Dorf die Gerüchteküche. Unsere Eltern, die uns auch weiterhin unterstützen, werden als Kommunisten hingestellt und ganz Bösartige behaupten, die Polizei solle doch die Mörder von Buback doch bei uns auf der Bühne suchen. (Dort haben wir den Schlafraum eingerichtet.)

Am Montag, den 18.4.77, haben wir dem Gemeinderat einen Brief geschickt, wo wir noch einmal unsere Forderungen klarlegen zusammen mit dem Entwurf eines Mietvertrages, wie er von uns unterschrieben werden kann. Gleichzeitig haben wir die Gemeinderäte aufgefordert, da sie ja immer ihre Kompromißbereitschaft betonen, ihre Kompromißvorschläge uns doch einmal mitzuteilen. Wenn wir dann von Seiten der Gemeinde ein Entgegenkommen sehen, werden wir weiterverhandeln. Demnächst wird sich da was tun, da die gescheiterte Hausbesetzung in Schwäbisch Gmünd nicht ohne Auswirkungen auf unsere Gemeinderäte bleiben wird.

Kontaktadresse: Jugendzentrum in Selbstverwaltung, Postfach 2101, 7055 Stetten/Remstal

MIT DEM PLANWAGEN DURCHS LÄNDLE

STUTTGART
21. April

Rundbrief der Europäischen Genossenschaftsbewegung an alle Freunde und diejenigen, die es vielleicht werden wollen.

Was wir über uns zu sagen haben:
Anfang letzten Jahres haben wir damit begonnen, verwahrlostes Land im Allgäu wieder zu bearbeiten. Der Grund, ein derartiges Projekt zu beginnen, war für uns eine Entwicklung, die sich in Deutschland un din ganz Europa abzeichnet. Es gibt eine Berglandwirtschaft, die kurz vor dem völligen Ruin steht. Die EG-Bauernpolitik begünstigt nur die Großen und Größten und verurteilt somit die kleinen Bergbauern zum Absterben. Wochenendhäuser und Touristenzentren werden aus einst lebendigen Dörfern gemacht. Die Weiden werden aufgeforstet oder bleiben brach. Die ganze Kultur, eine Landschaft kippt immer mehr um.

Auf der anderen Seite sehen wir weit mehr als eine Mio.Jugendlicher Arbeitsloser in Europa. Sie werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Resignation, Drogen und Alkoholsucht nehmen in immer stärkerem Maße zu.

Wir wollen bei dieser Entwicklung nicht länger Pate stehen, in die Städte abwandern, um von dort aus als „Plüschökologisten" über Umweltschutz zu diskutieren. Wir werden aber auch nicht den modernen Phrasendreschern folgen, die uns von vornherein zu Spzialhelfern und Gärtnern einer Parklandschaft in den Bergen herabsetzen wollen. Kurzum, wir haben es satt, zu resignieren, und nur zu beobabchten, wir handeln:

Wir sind eine Gruppe junger Menschen, die es sich in den Kopf gesetzt hat, anders zu leben und Sinnvolles zu tun. Wir leben zusammen und wir versorgenuns selbst. Wir betreiben Selbstversorgung, die wir hauptsächlich auf unserer Schafherde aufbauen. Bis jetzt besitzen wir ca. 120 Schafe und einige Maschinen. Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, bis zum Sommer diesen Jahres bis zu 400 Schafen aufzustocken. Um die Schafherde aufbauen zu können, haben wir die Schafpatenschaftsaktion ins Leben gerufen, die folgendermaßen aussieht:

Jeder, der ein Interesse am Naturschutz hat, und uns unterstützen will, kauft ein 4 Monate altes Bergschaflamm bei uns, das ca. 130.- DM kostet und stellt es der Europäischen Genossenschaftsbewegung zur Verfügung.

Mit unserer Herde gehen wir in die Gegenden, die sich für die normalen Bauern nicht zur Bearbeitung lohnen, da sie durch die offizielle Bergbauernpolitik in den sogenannten unrentablen Gebieten zur Aufgabe gezwungen wurden. Da unser Interesse an der Schafherde nicht einzig auf den Profit ausgerichtet sind, können wir solche Gebiete bewirtschaften. Ein weiterer Grund, warum wir anders arbeiten können, ist unsere Lebensweise in der Gruppe. Bei uns ist weder ein Schriftverkehr noch ein förmliches Gespräch nötig, um etwas in Gang zu bringen. In Diskussionen werden die langfristigen Planungen beschlossen, die kurzfristigen Arbeiten werden am Abend gemeinsam organisiert.

Dadurch, daß wir eine Großgruppe sind, die ähnliche Funktionen erfüllt, wie früher die Großfamilie, können wir auch mehr Handarbeit leisten. Aber das heißt nicht, daß wir Maschinen ablehnen, im Gegenteil, wir brauchen noch mehr Maschinen und Geräte. Denn es ist nicht sinnvoll, Land, das leicht und besser mit Maschinen bearbeitet werden kann, von Hand zu bewirtschaften. Doch es ist nicht notwendig, daß alle anderen Gebiete. die nicht maschinell bearbeitet werden können, liegen bleiben und dadurch verändert und vernichtet werden.

Wir betreiben nicht nur Schafzucht, sondern wir verarbeiten unsre Produkte auch selbst. Wir scheren unsere Schafe, waschen die Wolle und verspinnen sie. Ein Teil der Wolle wird nur kardiert, damit wir sie für unsere Pullover und Jacken von Hand spinnen können. Ein wichtiger Teil unserer Selbstversorgung ist, daß wir für unsere Ernährung selbst sorgen.

Wir werden dieses Jahr noch einen Garten anlegen, um unser eigenes Gemüse zu ernten. Fleisch und Wurst liefern unsere Schafe. Unser Brot backen wir selbst. Für Milch, Käse und Butter halten wir Ziegen, und vielleicht noch eine Kuh. Durch unsere Selbstversorgung geben wir auch anderen unzufriedenen Jugendlichen die Möglichkeit, bei uns zu leben und mit uns zu arbeiten. Jeder, der sein Leben selbst in die Hand nehmen will, soll die Möglichkeit haben, bei uns mit zu arbeiten.

Zur Zeit ist es unsere wichtigste Aufgabe, die Schafherde aufzubauen und die Maschinen, die wir dafür brauchen, anzuschaffen. Konkret brauchen wir noch: 200 Schafe und 1 Esel. 1 Traktor, 1 Gummiwagen, 1 VW-Bus, 1 Klein Offset-Druckmaschineund Geld für viele andere kleinene Anschaffungen wie z.B. noch mehr Heugabeln......deshalb sind wir auch für alle kleinen Spenden dankbar.
Unser Konto: Kreissparkasse ISNY, „Schafpatenschaft", Helga Lutz, Kto.-Nr.: 240, 188 89

PLANWAGENAKTION

Mit unserem kleinen Traktor und unserem Planwagen werden wir nach Ostern eine Fahrt durch Baden-Württemberg starten. (Isny, Biberach, Ulm-Tübingen-Stuttgart-Baden-Baden-Freiburg-Konstanz-Isny), Sinn dieser Unternehmung ist es, uns bekannt zu machen und Kontakte zur Bevölkerung aufzubauen. Wie soll das nun konkret aussehen ? Von Isny fährt ein Teil der Gruppe mit Planwagen los. Informationsmaterial, Broschüren und eigene Produkte, wie z.B. Wolle werden wir reichlich im eigenen Wagen verstauen. So werden wir die festgelegte Route in Angriff nehmen. In den Städten und Dörfern halten wir auf geeigneten Plätzen und Straßen, um mit der Bevölkerung ins Gespräch zu kommen. Kurze Artikel, zuerst im Landesüberblick der einzelnen Zeitungen und dann in den Lokalteilen werden unser Kommen ankündigen. Abends machen wir dann je nach Möglichkeit kleinere Veranstaltungen, in denen wir näher auf unsere Projekte eingehen.

Adresse: Verein zur Förderung des Volksverständigungsgedankens, Senngutweg 23, 7972 Isny

VERTRAUENSMANN IN DER RÖTTIGER - KASERNE ABGESETZT

HAMBURG 15. April Mit einiger Verspätung erreicht uns dieser Bericht aus dem Info der Zivildienstleistenden, Gruppe Hamburg, Ausgabe April 77:

„Volker Steege ist der Vertrauensmann der Mannschaften der 3./72 in der Röttiger-Kaserne in Hamburg Fischbek. Das Truppendienstgericht hat ihn auf Antrag des Kompanie-Chefs von diesem Amt abgesetzt. Er hat nicht die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" mit den Offizieren betrieben, sondern war für seine Kollegen in der Kaserne eingetreten. In einer Erklärung hat er dazu geschrieben: ‚Ich bin aber nicht Handlanger des Kompanie-Chefs, sondern Vertreter unserer Interessen.' Darin trat er auch für die freie politische Betätigung in der Bundeswehr ein.

Anlaß für seine Absetzung war, daß er versucht hatte in seiner Kompanie Unterschriften für die Demonstration am 19.2. in Brokdorf zu sammeln. In der Begründung seiner Absetzung heißt es: , Er hat mit dem festgestellten Verhalten keinen Beitrag zur vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Vorgesetzten und Untergebenen geleistet, sondern in gegenteiliger Weise außerhalb der Sichtmöglichkeit militärischer Vorgesetzter sich in einer Machenschaftsstube nach Art politischer Agitation an die beiden Gefreiten zwecks Unterschriftensammlung für einen Aufruf zur öffentlichen Demonstration (außerhalb der Kaserne)... herangemacht.' Und ‚Wer in besonders vom Gesetz ausgestalteter Stellung und unter Verleihung besonderer Rechte als Bindeglied zwischen den Kameraden und den Vorgesetzten fungieren soll, kann nicht in der Kaserne ... werbend für eine Demonstration ... tätig werden.' Kurz und bündig: wer nicht ‚Bindeglied' ist, sondern sich für die Kollegen einsetzt, wer politisch tätig ist, soll abgesägt werden.

Unter Soldaten der Röttiger Kaserne entwickelt sich eine neue Bewegung gegen den schikanösen Dienst, gegen den Hungersold und zur Unterstützung gegen das KKW in Brokdorf. Unterdrückung, Kasernierung und Entrechtung werden nicht mehr widerstandslos hingenommen, sondern die Soldaten beginnen sich zur Wehr zu setzen. Einige Beispiele:

— In einer Kompanie wurde unter den Rekruten eine Untersuchung über die materielle Lage der Wehrpflichtigen durchgeführt. Sie ergab, daß eine große Anzahl für Lohnfortzahlung statt Sold eintritt.
— In einigen Batterien kämpften die Soldaten um Dienstausgleich für Zusatzdienste.
— Über 40 Soldaten einer Einheit unterschrieben einen Brief an den Bataillonskommandeur, indem sie gegen schikanöse Maßnahmen der Kompanieführung wie Stubenabmelden um 22.oo Uhr und Wochenendtests protestierten.
— Über das Energieprogramm der Regierung wurde diskutiert, viele Soldaten nahmen an den Aktionen gegen das KKW teil.
— (...) Filter von ABC-Masken wurden eingesammelt, damit niemand die Maske mit nach Brokdorf nimmt. Soldaten, von

denen man annahm, daß sie nach Brokdorf fahren, wurden teilweise zu Diensten am Wochenende eingeteilt.
— Der Kompaniechef bespitzelt die Soldaten besonders scharf. Nach Dienst Kontrolle der Mannschaftsstuben, Spinde und Wertfächer. Verhöre finden statt.
— Die Treffen der Vertrauensmänner wurden bespitzelt. Nach Dienst Kontrolle der Mannschaftsstuben.
—Die Treffen der Vertrauensmänner wurden bespitzelt. Nach dem Treffen wurden alle Teilnehmer verhört. Fotokopien der verteilten Papiere lagen vor ! (...)

Auch wir als ZDL haben keine anderen Interessen. Als billige Arbeitskräfte werden wir als Lohndrücker- und Streikbrecher gegen die fest angestellten Kollegen eingesetzt. Das ZDG entrechtet uns in der gleichen Weise wie das Soldatengesetz die Wehrpflichtigen. Wir haben deshalb als SO eine Resolution gegen die Absetzung von V.S. verabschiedet. Die BUU-Harburg und Wansbek haben dies z.B. auch getan.

US-SOLDATENGEWERKSCHAFT

FRANKFURT
26. April

Auf den Bericht „Ansätze zu einer Soldatengewerkschaft der US-Streitkräfte" im ID 171 versuchte ein amerikanischer Berufssoldat beim AFGE-Lokal (American Federation of Government Employees) in Frankfurt Kontakt aufzunehmen. Er war verwundert darüber, daß die AFGE die Soldaten über die Möglichkeiten von gewerkschaftlicher Organisierung nicht informiert hatte. Er erfuhr folgendes:

Der Prozeß der Befragung innerhalb der Gewerkschaften, ob die Einzelgliederungen gegen die Organisierung von Soldaten Einwände haben, ist noch nicht abgeschlossen. Erst danach ist eine Aufnahme möglich. Dieser Vorgang ist auch in der Februar-„Stars and Stripes" beschrieben.

Insofern ist die Formulierung im ID 171, daß die AFGE „mit der gewerkschaftlichen Organisierung von US-Soldaten im Oktober 1977 beginnen wird", zu optimistisch und irreführend gewesen.

DEMONSTRATION ZIVILER DEUTSCHER ANGESTELLTER VOR DEM US-HAUPTQUARTIER

HEIDELBERG
20. April

Am Montag, dem 18. April 1977, fand zum ersten Mal seit Ende des Vietnam-Krieges eine große Demonstration vor einer amerikanischen Kaserne in Deutschland statt. Vor der Campbell-Kaserne in Heidelberg. Dort hatten während des Vietnam-Krieges fast monatlich Anti-US-Armee-Demonstrationen stattgefunden. Von der ÖTV wurden Stationierungsstreitkräfte (über 1.000 Mitglieder) aus Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz zusammengebracht (zu gleicher Zeit demonstrierten bayerische ÖTV-Zivilangestellte in München).

Die Betroffenen sind zivile Angestellte der US-Armee, der französischen und kanadischen Streitkräfte in Süddeutschland; die ÖTV organisiert auch die zivilen Angestellten der britischen und belgischen Streitkräfte im Norden. Im Ganzen handelt es sich dabei um 110.000 Angestellte, 63.000 US-Angestellte, 30.000 Angestellte der Rhein-Armee, 7.000 Franzosen, 2.000 Kanadier und ca. 2.000 Belgier. Dazu kommen noch 10.000 Angestellte in Berlin. Die ÖTV organisierte diese Demonstration, um Druck auf ihre Verhandlungspartner zwecks ihrer Forderungen zu geben. Die Verhandlungen für neue Arbeitsverträge wurden am 24. März ergebnislos abgebrochen und sollten am 29. April wieder in Bonn aufgenommen werden zwischen der ÖTV und dem Bundesfinanzministerium als Vertreter der Stationierungsstreitkräfte. Die Amerikaner sind nach Angaben der ÖTV die Maßgebenden, alle anderen stellten sich auf die amerikanische Position ein.

Von den 63.000 jetzt Angestellten der US-Armee sollen nach einigen Jahren nur weniger als 30.000 übrig bleiben. Sie werden jetzt schon dauernd in Privatbereiche abgeschoben. Die jetzigen Angestellten könnten „auch in die Privatindustrie überwechseln, haben aber dort nur ein Jahr Kündigungsschutz und werden auch sehr oft hinausgeworfen. Oft sind das Arbeiter, die schon 25 bis 30 Jahre bei der Armee waren. Viele Jüngere sind Ausländer, die auf dem jetzigen deutschen Arbeitsmarkt überhaupt keine Chance haben, wieder eine Arbeit zu finden (besonders in den Kleinstädten, wo die Armeen stationiert sind).

Bemerkenswert war ein sehr hoher Grad der Militanz unter den Teilnehmenden wie unter den Sprechern. Es wurde nicht ausgeschlossen, daß — falls die Verhandlungen in Bonn jetzt scheitern sollten — solche Aktionen (ein Generalstreik ist nicht drin), wie das Wasser für die Heizung oder das Trinkwasser abzudrehen (schwerpunktmäßig), stattfinden. Interessant waren auch die Reaktionen der anwesenden Amerikaner — Soldaten, die dann später auch von den eigenen Militärpolizisten weggejagt wurden, unterstützten die Forderungen der zivilen Arbeiter.

Ein grundsätzliches Problem aber entsteht durch die bewußte Spaltung zwischen deutschen Angestellten und Frauen und Kindern von Armee-Angehörigen, insbesondere den jungen Frauen der untersten Dienstgrade (Gefreite und Obergefreite), die zur Zeit in Deutschland gezwungen sind, durch die ökonomische Lage, besonders die Entwertung des Dollars, Arbeit zu finden, wenn sie überhaupt bei ihren Männern bleiben wollen. Die Armee, die eine zwiespältige Einstellung dazu hat, ob junge Soldatenfrauen überhaupt hier sein sollten, stellt manchmal diese jungen Frauen zu Hungerlöhnen an. Die Anstellung von solchen Leuten ist nach deutschen Gesetzen laut ÖTV illegal. Die Gewerkschaft will aber nur, daß deren Anstellung über deutsche Arbeitsämter durchgeführt wird. Von vielen der Soldaten, die jetzt die gewerkschaftliche Organisation der Armee unter äußerst schwierigen Umständen vorantreiben (halb im Untergrund) wird das Problem einer Zusammenarbeit mit der ÖTV oft erwähnt, und: „Wir müssen wirklich aufpassen, daß sie uns nicht spalten von unseren deutschen Brüdern und Schwestern."

FREISTAAT CHRISTIANA

BREMEN
19. April

Die dänischen Behörden wollen den Freistaat, der auf dem Gebiet von Kopenhagen liegt, auflösen. Die Bewohner Christianias werden notfalls die UN-Menschenrechtskommission anrufen, um ihre Minderheitsrechte zu wahren. Die Hippiseparatisten von Kopenhagen lehren uns, daß die Zeit zum Handeln gekommen ist: Eine Stunde der Tat enthält mehr Wirklichkeit als das Gerede von Jahren!

Dazu gibt es einen Tonfilm mit anschließender Diskussion und aktueller Information über die größte Kommune in Europa. Und zwar im: CINEMA, Ostertor, Bremen am 6. Mai, 1700

FILM ÜBER DIE GESCHICHTE DER HOLLÄNDISCHEN SOLDATENGEWERKSCHAFTEN

OBERHAUSEN 18. April Die holländische Soldatengewerkschaft VVDM (Vereinigung von dienstpflichtigen Militärs) wird am Mittwoch, den 27. April 1977, während der Oberhausener Filmfestspiele 14.oo Uhr in der Stadthalle den Film der Geschichte der VVDM zeigen. Anschließend wird eine Diskussion stattfinden. Der gerade fertiggestellte Film der Geschichte der VVDM von seinen Anfängen 1966 darstellt, sowie seine Kämpfe in der Vergangenheit und Gegenwart, ist von äußerster Wichtigkeit für alle, die das Militärleben auch in Deutschland interessiert. Er zeigt die erste erfolgreiche Bildung einer unabhängigen, wehrpflichtigen Soldatengewerkschaft. Kopien dieses Filmes in deutscher und englischer Sprache sind in Vorbereitung.

Kontaktadresse: VVDM, Hojel Kaserne, Utrecht, Tel.o3o 930731

PLATTFORM DER SPEYRER SOLDATENKOMITEES DER FRANZÖSISCHEN ARMEE

SPEYER 20. April *Es ist ein offenes Geheimnis, daß der Stellenwert der französischen Truppen in der BRD hauptsächlich an ihrer Einsatzbereitschaft bei „inneren Unruhen" in Frankreich selber gemessen wird. Das hat sich zuletzt deutlich während der „Mai-Unruhen 68" gezeigt, als De Gaulle sie alsOrdnungskräfteeinsetzen wollte, die nicht ideologisch verunsichert waren, eben durch ihre Stationierung in der BRD.*

Die französischen Soldatenkomiteees in der BRD haben in den letzten Jahren stärker ihre Forderungen entwickelt und vertreten, wobei sie massiver Verfolgung durch französische und deutsche „Sicherheitsdienste" ausgesetzt waren. Das gilt allerdings auch für die deutschen Unterstützungsgruppen, die bei der Übersetzung, Verteilung von Flugblättern an den deutschen Standorten mithalfen. So gab es in den letzten Wochen Verhaftungen in Landau, Karlsruhe, Speyer, Tübingen, Reutlingen und Breisach. In Tübingen und Reutlingen fanden Kundgebungen für die Freilassung verhafteter französischer Soldaten statt. (Fünf Soldaten des ersten Regiments waren wegen Verbreitung der Forderungen in strengen Arrest bis zu 60 Tagen verlegt worden).

Die französische Soldatenzeitung „Spirate Rouge" veröffentlicht in der April-Nummer die Plattform des Speyrer Soldatenkomitees, die aber sicher für die Diskussion der Soldatenbewegung überregionale Bedeutung hat:

„Das tägliche Leben aller Soldaten bestimmt allgemeine Forderungen, die allen gemeinsam sind. Dennoch schafft unsere besondere geographische Lage einige Probleme für die französischen Truppen in Deutschland. Diese Plattform zielt deshalb darauf, auch unsere besonderen Forderungen miteinzubeziehen.

1. Rückzug der französischen Truppen aus Deutschland – Einberufung in der Nähe des Wohnorts (weniger als 200 km entfernt)

- Freie Wahl des Zeitpunktes der Einberufung
- Für die Wehrpflichtigen von den Antillen und den ehemaligen Kolonien das Recht auf Ablehnung der Einberufung in Frankreich
- Freie Wahl des Zeitpunktes der Einberufung
- Für die Wehrpflichtigen von den Antillen und den ehemaligen Kolonien das Recht auf Ablehnung der Einberufung in Frankreich

2. Reduzierung des Wehrdienstes auf 6 Monate

Nach 2 Monaten Dienstzeit bekommen wir gesagt, wir seien militärisch in der Lage zu kämpfen. Warum dann also eine Deinstzeit von 12 Monaten? Nur um das Problem der Arbeitslosigkeit zu verbergen und um aus uns fürgsame Untertanen zu machen – für die Militärhierarchie und später für die Unternehmer.

- Für das Recht auf Wehrdienst- und Gehorsamsverweigerung
- Keine Armee zum Ausgleich der Arbeitslosigkeit.

3. Wehrsold in Höhe des gesetzlichen Mindestlohns, 600 Francs sofort

Heute müssen wir mit einem Sold von 210 Francs leben. Es heißt, das sei weitgehend ausreichend. Man muß glauben, unsere Minister und Generale gehen weder einkaufen noch beachten sie das Ansteigen der Lebenshaltungskosten. Dennoch müssen wir wie alle Staatsbürger Steuern zahlen, uns ernähren und uns kleiden.

- Erhöhung des Wehrsolds entsprechend der Steigerung der Lebenshaltungskosten
- Doppelter Wehrsold im letzten Wehrdienstmonat, um die Rückkehr ins Zivilleben zu erleichtern.

4. Verbesserung der Arbeitsbedingungen

Wir sind keine jederzeit einsetzbaren Maschinen, sondern Menschen, die Freizeit brauchen, um sich auszuruhen, um sich zu zerstreuen, um zu lesen und um unsere Familien und Freunde zu besuchen.

- 40 Arbeitsstunden in der Woche
- Wochenenddienst, Wachen und Stubendienst während der Arbeitszeit
- Abwechslung und Aufteilung mühsamer und dringender Aufgaben wie wie Wachen, Essensausgabe, Waffenlager
- Freier Ausgang außerhalb der Dienststunden
- Arbeitsfreier Samstagmorgen (wie in den Kasernen in Frankreich)
- Verbesserung der sanitären Anlagen (Dusche, WC) und der Sicherheit (häufige Kontrolle der Fahrzeuge, Sicherheitsgurte, Verbandskasten).

5. Heimaturlaub: ein Recht und keine Gnade

Ein Großteil der geringen Zeit unseres Heimaturlaubs müssen wir auf die Fahrtverwenden, die ebenso teuer wie unbequem ist. Manchmal sind wir zusammengequetscht wie Ölsardinen in den alten Eisenbahnwaggons, die oft schlecht geheizt und sehr langsam sind, da sie zweitrangig behandelt werden.

- 2 Heimaturlaube a 72 Stunden im Monat
- Dienstfreie Tage für Arbeitsplatzsuche
- Dienstfrei zur Vorbereitung auf Prüfungen, Nichtanrechnung dieser Zeit auf die Freizeit
- Anrechnung ungünstiger Verkehrsverbindungen beim Heimaturlaub als Dienstzeit
- Kostenlose Benutzung der Verkehrsmittel
- Kostenloser Heimflug für Soldaten, die aus dem TOM–DOM (französische Überseegebiet und ehemalige Kolonien) stammen und in Frankreich stationiert sind
- Keine Militärkonvois, stattdessen zivile Sonderzüge.

6. Achtung der Menschenwürde

Die Militärhierarchie verkündet überall lauthals, wir besäßen die gleichen Rechte wie im Zivilleben. Was stimmt davon schon für die Lebensbedingungen, denen wir unterworfen sind? Während unserer Grundausbildung und unserer ganzen Militärzeit sagt man uns, wir seien hier, um unseren Beitrag für die Nation zu leisten. Doch die Rechnung, die wir zahlen sollen, ist zu hoch und nur ein Vorwand für das wahre Vorhaben, aus uns fügsame Untertanen zu machen.

- Weg mit allen Schikanen
- Klagerecht gegen die Militärhierarchie vor zivilen Gerichten
- Verweigerungsrecht von Übungen, die man für gefährlich hält(Gepäckmarsch)
- Weg mit der 7%-Verlustrate (Der Armee wird – in Freidenszeiten – eine Verlustrate von 7% zugestanden; dies gilt sowohl für Teilnehmer eines Manövers oder dgl. als auch für eingesetztes Material. Nur wenn die Verluste höher als 7% liegen, wird eine zivile Untersuchungskommision eingesetzt.)
- Abschaffung der Grußpflicht und des Vorstellungszeremoniells gegenüber Vorgesetzten
- Kein Haarschneidezwang, die Möglichkeit, einen Bart zu tragen
- Abschaffung des Fahnenappells
- Recht, außerhalb der Kaseren zu wohnen
- Keine überbelegten Stuben
- Freie Wahl der Stubenausgestaltung
- Freie Auswahl der Personen, mit denen man auf einer Stube sein will
- Recht, Zivilkleidung außerhalb der Arbeitszeit zu tragen
- Kein Aufstehzwang um 6 Uhr; einziges Kriterium ist die Anwesenheit zur Arbeit um 7.30 Uhr
- Abschaffung der Militärpflicht für alle sozialen Härtefälle und für eingeschränkt Taugliche
- Stop mit der Armee des Ghettos, der Langweile und der sexuellen Misere.

forts. →

Das „Befreiungskommando" während der „Befreiung"

POLIZEI „BEFREIT" HEIMVERWALTUNG

FRANKFURT
28. April

Die 50 Bewohner des Studentenheimes „Konrad Broßwitz" in Bockenheim versuchten am Donnerstagnachmittag, den Heimverwalter Graber zu einer Diskussion zu zwingen, um die von der Uni-Verwaltung beschlossene Schließung des Heimes aufzuheben. Im Studentenhaus der Uni, wo das Gespräch stattfinden sollte, sah sich der Gefragte genötigt, sich in ein Zimmer zu verflüchtigen und nach „Befreiung" aus seiner mißlichen Lage zu ersuchen. Sofort rief Uni-Präsident Krupp das „Befreiungskommando" herbei, wovon zwei bis drei Hundertschaften kamen, und erreichte nach einigen Rangeleien die sichere „Verwahrung" von Graber.

Ohne konkrete Verhandlungsergebnisse sahen sich nun die armen Studenten gezwungen, eigene Schritte zu unternehmen und schritten so, etwa 1000, von der Uni durch Bockenheim zur Tat und besetzten ihr Studentenheim, vorsorglich. Am frühen Abend gabs dort dann im „ersten Zentrum des Freistaats Bockenheim" ein fröhliches Fest.











7. Für das Recht, krank zu sein

Der freie Zugang zum Lazarett ist ständigem Druck seitens der höheren Ränge ausgesetzt. Sie untersagen uns, im Verlauf eines Tages krank zu werden, da wir uns morgens untersuchen lassen müssen (oder sogar am Abend vorher). Andererseits verhindert der Mangel an Medikamenten und an medizinischer Ausrüstung jede wirksame Behandlung.

- Freier Zugang zum Lazarett
- Recht, den Hausarzt zu konsultieren
- Rücksichtnahme auf Kranke
- Ausrüstung und Medikamente müssen dem Bedarf angepaßt werden
- Regelmäßige und gewissenhafte ärztliche Untersuchungen
- Achtung und Verlängerung der Genesungszeit

8. Meinungs-, Ausdrucks- und Organisationsfreiheit

Was allgemeine Rechte betrifft, s o haben wir davon kein einziges, außer dem, zu gehorchen. Die Rechte, über die jeder Arbeiter in seiner Fabrik, jeder Bürger in seiner Stadt verfügt, werden uns verweigert. Hat man hemals Gerichte gesehen, deren Einsetzung nirgens erwähnt wi rd? Hat man je Bürger gesehen, die das Wahlrecht haben, denen aber das Informationsrecht verweigert wird? Hat man schon Gerichte gesehen, die über bereits vorgefaßte Urteilssprüche beraten? Dies alles gibt es in der Armee.

- Abschaffung der allgemeinen Dienstvorschriften
- Keine außerordentliche Gerichtsbarkeit, eine einzige zivile Gerichtsbarkeit
- Recht auf Verteidigung durch Rechtsanwälte vor Zivilgerichten
- Auflösung der Sondergerichtsbarkeit, der SM (geheime Militärpolizei), der TPFA (ständige Militärgerichte), des Staatssicherheitsgerichtshofes
- Recht auf freie Kommunikation und Information, keine Zensur von Zeitungen, Büchern und Zeitschriften
- Keine Postüberwachung
- Kollektives Beschwerde- und Petitionsrecht
- Ausdrucks- und Organisationsfreiheit in der Armee, auch in gewerkschaftlicher Form wie in Betrieb und Schule.

forts. →

9. Keine Armee der Gewalt

Jede Schikane, die wir erleiden, die geringe Freiheit, die man uns läßt, die Entfernung von unseren Familien und Freunden, bilden zusammen mit der der französischen Armee zugeteilten Rolle eine Einheit. Man versucht, uns kleinzukriegen, uns fähig zu machen, egal wem, egal wann zu dienen, ohne daß wir überlegen, ohne nach dem Warum zu fragen. Man macht uns gefügig, um uns zu verbergen, wem wir dienen, welche Interessen wir verteidigen sollen. Denn die Armee ist nicht neutral.
Einige Regimenter sind schon gerufen worden, um die streikenden Pariser Transportarbeiter zu ersetzen, oder auch die Müllmänner von Paris; Marseille und Lyon, die für bessere Lebensbedingungen kämpften; weiterhin diente die Armee vor noch gar nicht langer Zeit dazu, die Interessen der großen Trusts in Afrika zu verteidigen. Desgleichen traniert die Armee täglich quer druch die repressiven Einheiten wie die mobile Polizei und die DOT, gegen Demonstranten vorzugehen; dies alles geschieht, während man uns sagt, unsere Strategie sei die der „Volksbesänftigung".

Für uns ist die Wahl klar: wir lehnen jede Schikane oder Unterdrückung ab, die darauf abzielt, uns als Menschen zu zerstören; wir lehnen es ab, unsere Brüder, unsere Freunde und Arbeitskollegen zu bekämpfen, während sie für bessere Lebensbedingungen, gegen die Arbeitslosigkeit und die Teuerung kämpfen. Ihre Probleme sind auch unsere Probleme, unsere Forderungen sind auch ihre Forderungen.

- Keine Streikbrecherarmee, keine Armee, die gegen kämpfende Arbeiter vorgeht
- Keine Bürgerkriegsarmee
- Keine Interventionsarmee vom kolonialen Stil (Libanon, Tschad)
- Keine Härteschulen
- Respektierung der Rechte von Bauern und Bevölkerungsgruppen, die durch die Aktivitäten der Armee bedroht sind (Ausdehnung des Militärlagers wie in Larzac und Canjuers ... Einengung der Sicherheitszonen bei Schießübungsplätzen)

Soldat, auch in Uniform bleiben wir Arbeiter und wir werden den Rechten der Arbeiter Geltung verschaffen."

Spirate Rouge (Journal des Comites de Soldats du 10e RG et du 1er RS de Spire)

Kontaktadresse: AMAK, Postfach 1222, 7420 Münsingen

Wir haben uns gefreut, daß die Angstmacherei nicht so gewütet hat, daß doch noch so viele Menschen auf die Straße kamen.

Daß die kampagnenartige Medienberichterstattung seit Bubacks Tod mit dem Schwerpunkt *‚Ausmerzung des Sympathisantenterrors'* (Sympathieterroristen oder wie ? ?) auch bei uns nicht ganz folgenlos blieb, zeigte die weitverbreitete Vermutung, die Demonstration sei verboten. Auch die Angst vor Verhaftungen oder Provokationen durch die Bullen war bei vielen vorhanden — sie blieb unbegründet. Dennoch: über zu geringen Polizeischutz konnte sich niemand beklagen; das Gericht erfreute sich noch Stunden nach der Abschlußkundgebung bester Bewachung.. Mindestens genauso einsatzfreudig waren die Kameras und Fotoapparate : in Wohnhäusern, auf Dächern, in Möbelgeschäften und aus Einsatzwagen heraus, versuchten sie, die Demonstranten blitzlichtartig einzufangen.

Wenn auch die Möglichkeiten gerade angesichts der Urteile in Stammheim und den schweigenden Medien gering sind, versuchen wir hier weiter was zu tun. Die ‚Bürger draussen im Lande und anderswo' sollen hier noch mal unsere Parolen von der Demonstration erfahren:

„Wir brauchen keine
weder Knäste noch Heime"

„Wer auf diesen Staat vertraut,
dem ham'se den Verstand geklaut"

„Isolationshaft ist Mord —
Isolationshaft muß fort".

POLIZEI KONTROLLIERT MÜNCHEN

MÜNCHEN
28. April

Seit zwei Tagen werden in und um München viele linke Wohngemeinschaften, die Buchläden und die Stadtzeitung „Blatt" öffentlich observiert. So stehen nun z.B. vor dem „Blatt" zwei Streifenwagen und kontrollieren die ankommenden Leute. Ebenso werden Leute, die aus den Wohngemeinschaften auf die Straße gehen, kontrolliert.

Das Polizeipräsidium gab dazu bisher keine Auskunft. Ein Polizeibeamter meinte auf Anfrage, das wäre eine bundesweite Aktion. Das Polizeipräsidium kündete schließlich eine Erklärung in etwa vier Tagen an.

FRAUENADRESSBUCH GEPLANT

NEU ISENBURG
28. April

Das Frauenzentrum Dreieich will ein Frauenadressbuch über Aktivitäten von Frauen im Rhein-Main-Gebiet machen, damit Frauen auch in ihrer unmittelbaren Umgebung Kontakte, Hilfe, Informationen usw. finden können. Das Buch soll einerseits enthalten: Selbstdarstellungen von Frauenzentren, -Initiativen, -Organisationen, andererseits Adressen von Frauen, deren Fähigkeiten anderen Frauen — kostenlos oder für Geld — nützlich sein können.

Das Frauenadressbuch soll im Herbst 1977 erscheinen. Bis zum 30. Juni sollten Adressen, Tips usw. geschickt werden an

Frauenzentrum Dreieich, im Buchenbusch 29, 6078 Neu-Isenburg.

FAHRPREISE IN AACHEN ERHÖHT

AACHEN
12. April

Im Hau-Ruck-Verfahren ist in Aachen über die die neue Fahrpreiserhöhung für Busse bei der ASEAG entschieden worden.

Zwölf Tage vor der Entscheidung erfährt die Öffentlichkeit zum erstenmal etwas über die geplante Fahrpreiserhöhung und am 9. März beschließen ASEAG-Vorstand und Stadtverwaltung: 7% mehr ab 1. April 77 und weitere 10% ab 1. April 78. Gerechtfertigt wird das von CDU-und FDP-Ratsherren mit gestiegenen Löhnen und Renten.

Am 1. April hing an fast allen Bushaltestellen in Aachen ein Plakat, das mit dem Namen des AVV (Aachener Verkehrsverbund) unterzeichnet war und vor der Möglichkeit, soziale Härten durch Gründung von Schwarfahrergewerkschaften zu vermeiden, eindringlich warnte.

"REISST DIE MAUERN EIN — HOLT DIE MENSCHEN RAUS!"

FRANKFURT
28.April

- riefen am Mittwochnachmittag 2000 (!) Leute in der Frankfurter Innenstadt auf einer Demonstration zur Unterstützung und Verbreitung der Forderungen von den Hungerstreikenden in den Knästen der BRD.

SIGRIST BLEIBT MITGLIED DER GEW

MÜNSTER
Arpil 1977

Die Landesschiedskommission der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat Mitte März entschieden, daß der Münsteraner Prof.Dr. Christian Sigrist nicht aus der GEW ausgeschlossen wird. Sie erklärte, daß das vorliegende „BEweismaterial" für einen Ausschluß nicht ausreiche. Außerdem sei es aus dem Jahre 1973 und schon wegen der seither vergangenen Zeit nicht mehr relevant. Dieser Entscheidung waren Proteste der Ortsverbände Münster, Bochum und Mühlheit gegen einen Gewerkschaftsausschluß von Prof. Sigrist vorausgegangen. Außerdem lag eine LIste mit 120 Protestunterschriften von Kollegen der französischen Lehrergewerkschaft SNESUP-CFDT vor.

KEINE PLANSTELLEN IN BERLIN?

BERLIN
April 77

Nachdem nun endlich per Gericht aktenkundig ist, daß gegen den Lehramtsanwärter Josef-Maria Metzke (siehe ID 164) keine verfassungsschützerischen Bedenken bestehen, kann er doch nicht mit einer Anstellung rechnen. Nachdem man ihm eine freieStelle verweigert hatte, weil er noch nicht überprüft war und er dann selbst auf Überprüfung geklagt hatte, argumentiert der Bezirksstadtrat jetzt damit, daß nun wiederum keine Planstelle für 'Politologie' vorhanden sei. Damit steht Josef-Maria Metzke nach dreijährigen Auseinandersetzungen um sein Berufsverbot wieder da, wo er angefangen hat. Metzke hat gegen diesen erneute Ablehnung am 31. März 77 Widerspruch eingelegt. In diesem Verwaltungsgerichtsverfahren ist noch kein Termin anberaumt.

LEHRERIN SOLL „DISZIPLINIERT" WERDEN

FRANKFURT
April 1977

Weil sie das Beamtenrecht kritisierte und es mit seiner 'besonderen Treuepflicht' als aus dem 'wilhelminischen Obrigkeitsstaat' stammend kennzeichnete, soll die Lehrerin Dr. Ursula Dreysse gemaßregelt werden. Ihre Probezeit ist nach dreijährigem Schuldienst um zwei Jahre verlängert worden. Ein Widerspruch beim Regierungspräsidium Darmstadt wurde zurückgewiesen. Dagegen protestiert die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) mit einer Pressemitteilung, in der es u.a. heißt:

'Was wir an dem Vorgehen gegen die Kollegin Dreysse besonders unerträglich finden ist die Tatsache, daß bereits die verbale Kritik am Beamtengesetz, obwohl von vielen Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes erhoben, genügt, unliebsame Lehrer an den Rand der Verfassung zu rücken und sie in ihrer Existenz zu bedrohen.

Diese neue Qualität der Auseinandersetzung des Dienstherrn mit den Lehrern- Kritik am Beamtenrecht = Verstoß dagegen- zeigt, daß der staatliche Arbeitgeber offensichtlich gewillt ist, die kritisierten Bestimmungen des Beamtenrechts extensiv zur Anwendung zu bringen, um dem breiter werdenden Unwillen von Lehrern und Schülern (bis 1982 werden 2,3 Millionen Jugendliche ohne berufliche Ausbildung erwartet!) zu begegnen. Das weisen wir zurück.

– Wir fordern deshalb die sofortige Verbeamtung der Kollegin Dreysse!

Wir verurteilen das Vorgehen des RP als Angriff auf die Meinungsfreiheit für Beamte und als Angriff auf die Koalitionsfreiheit schlechthin!

– Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung am Arbeitsplatz!

Der Bezirksvorstand beschloß weiterhin, jetzt nicht nur mit juristischen Mitteln, sondern auf verschiedenen gewerkschaftlichen Ebenen mit allem Nachdruck gegen diesen eklatanten Fall der Disziplinierung für gewerkschaftliche Betätigung vorzugehen.'

BERUFSVERBOT GEGEN EINEN JURISTEN

HEIDELBERG
27. April

Michael Empell aus Heidelberg schickte uns folgenden Bericht:

„Der Präsident des Oberlandesgerichtes Karlsruhe hatte im Dezember 76 meine Bewerbung um Aufnahme in den juristischen Vorbereitungsdienst abgewiesen (zu den Bewerbungsverfahren vgl. ID vom 3.4.76). Begründung: ich sei „Sympathisant des SPK", gehöre dem „Komitee gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD" an und sei von „rechts- und justizfeindlicher Gesinnung". Das Verwaltungsgericht Karlsruhe hat darauf den OLG-Präsidenten durch einstweilige Anordnung zu meiner Einstellung bis spätestens 15.4.77 verpflichtet. Das OLG legte natürlich ein Rechtmittel ein und versuchte das Verwaltungsgericht umzustimmen, wobei es vor den lächerlichsten „Argumenten" nicht zurückschreckte. So verneinte es die – für eine einstweilige Anordnung notwendige – Eilbedürftigkeit damit, daß ich mich bereits seit Jahren bewerbe, so daß es auf eine besondere Eile jetzt schon nicht mehr ankomme:

„Der Schaden, den das Verwaltungsgericht durch den Erlaß einer Einstweiligen Anordnung verhindern will, ist bereits in solchem Maße eingetreten, daß die mit einer weiteren Verzögerung etwa verbundenen zusätzlichen Nachteile die Dringlichkeit der Einstweiligen Anordung nicht hinreichend belegen."

In Bezug auf den Vorwurf, ich hätte während eines Prozesses gegen Mitglieder des SPK einen Polizeibeamten auf den Kopf geschlagen – tatsächlich habe ich versucht, mich zwischen einen Polizeibeamten, der einen Zuschauer in einem brutalen Würgegriff hielt, und diesen Zuschauer zu schieben – führte der OLG-Präsident folgendes aus:

„ Wer ... nach abgeschlossenem Rechtsstudium sich zu einer solchen Tat hinreißen läßt, offenbart damit ohne Rücksicht auf den strafrechtlichen Schuldgehalt (das Strafverfahren wurde wegen „geringer Schuld" eingestellt, M.E.) eine für einen angehenden Juristen in besonderem Maße rechts- und justizfeindliche Gesinnung. Die Wahl des Mittels, mit dem er auf einen alltäglichen Vorgang im Gerichtssaal reagierte, läßt auf einen schweren Charakterfehler schließen, der ihn für die Ausübung eines Juristenberufes ungeeignet macht. Als Jurist wäre er bei seiner Tätigkeit häufig Spannungen der verschiedensten Art und Ursache ausgesetzt. Auf Grund des geschilderten Vorfalls muß man dringend befürchten, er werde auch künftig nicht allein die Selbstbeherrschung verlieren, sondern sich wieder in den Mitteln vergreifen und Gewalt üben."

Schließlich kündigte der OLG-Präsident in sozusagen „justizfeindlicher" Weise an, er werde sich auf keinen Fall an die Ent-

scheidung des Verwaltungsgerichts halten:

„Die Betrachtung darf hier nicht auf die Frage der Verfassungstreue während der Ausbildung verengt werden, sondern muß sich darauf erstrecken, ob die Eingliederung ein Risiko für die Ordnung und Sicherheit des Dienstbetriebs der Ausbildungsstelle mit sich bringt. Aus den weiter oben dargelegten Gründen müssen wir eine solche Gefährung dringend befürchten. Dieses Risiko ist durch die vom Verwaltungsgericht angeordnete Gestaltung des Ausbildungsverhältnisses (gemeint ist die Ausbildung außerhalb des Beamtenverhältnisses) nicht beherrschbar. Deshalb lehnen wir ausdrücklich jede Verantwortung für den Fall ab, daß wir zur Aufnahme des Antragstellers in den juristischen Vorbereitungsdienst weiter verpflichtet bleiben ...
Abschließend weisen wir darauf hin, daß wir bei einer Einstellungdes Antragstellers außerhalb der festgesetzten Einstellungstermine einen ordnungsgemäßen Ausbildungsgang nicht gewährleisten können, da die Einführungslehrgänge bereits abgeschlossen sind und die praktische Stationsausbildung begonnen hat. Auch im Hinblick darauf erscheint die Einstellung zu dem vom Verwaltungsgericht angeordneten Zeitpunkt als nicht sachgericht."

In der mündlichen Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht (19.4.77) erklärte der Vertreter des OLG gegenüber dem Gericht, das OLG werde mich auf keinen Fall einstellen, ganz gleich wie das Gericht entscheide.

Das Verwaltungsgericht hat darauf den OLG-Präsidenten erneut zu meiner Einstellung verpflichtet und zugleich die Zwangsvollstreckung gegen den OLG-Präsidenten eingeleitet: es hat ein Zwangsgeld zu dem gesetzlich zulässigen Höchstbetrag von DM 2000.- angedroht und eine Frist bis 25.4.77 gesetzt.

Inzwischen hat jedoch die nächst höhere Instanz, der Verwaltungsgerichtshof Mannheim, dem OLG-Präsidenten aus der Klemme geholfen. Innerhalb weniger Stunden hat der VGH die Einstellung der Vollstreckung angeordnet und damit praktisch gegen meine Einstellung entschieden. Der VGH hat dazu das folgende Argument gefunden:

„Wie sich ... für den Senat aus den vorliegenden Akten ergibt, bestehen beim Antragsteller erhebliche Verdachtsmomente dafür, daß er die freiheitliche demokratische Grundordnung bekämpft. Aufgrund dessen würde im juristischen Vorbereitungsdienst im Hinblick auf den ihm darin offenstehenden Zugang zu Gerichten und Behörden sowie zu den dort vorhandenen Akten und die sich daraus ergebende Möglichkeit, geheimhaltungsbedürftige Informationen zu erlangen und zum Schaden der Rechtsordnung auszuwerten, für diese ein erhebliches Risiko darstellen."

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations-Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens

INTERNATIONALES

LEONHARD CROW DOG – FREI!

MÜNCHEN
22. April

Im Verlauf des letzten Jahres wurde auf Initiative der Gesellschaft für bedrohte Völker, Koordinationsgruppe Indianer München, eine breitangelegte Postkartenaktion und Unterschriftensammlung für die Befreiung des Sioux Medizinmanns L.Crow Dog durchgeführt. Crow Dog war im Februar 1973 inhaftiert worden. Er war einer der vielen politischen Gefangenen, die auf Grund inszenierter und fingierter Strafdelikte aus dem Verkehr gezogen werden. Er war einer der zahllosen Indianer, die wegen ihres Engagements für die Befreiung von US-Kapitalismus und Imperialismus vom Geheimdienst verfolgt, kriminalisiert und notfalls liqudiert werden. Allein seit 1973 sind 49 Sympathisanten des American Indian Movement auf „geheimnisvolle Weise" umgekommen, nur 13 Fälle führten vor Gericht zu einer Verurteilung der Täter.

Nun brachte die Postkartenaktion, die als Appell an die amerikanische Botschaft gerichtet war einen unerwarteten Erfolg. In der Woche vor Ostern erhielten alle Absender – und das dürften einige tausend gewesen sein – einen vorgedruckten Brief, mit folgendem Inhalt:
Lieber Korrespondent, Wir schätzen ihre Sorge und ihr Interesse im Fall Leonhard Crow Dog und hoffen, daß Ihnen die beiliegende Information den Hintergrund liefern wird. Da die USA sehr besorgt ist um Mr. Crow Dogs Rechte, mußten wir alle Fakten zu diesem Fall zusammensuchen. Ich glaube, Sie werden einsehen, daß Mr. Crow Dog (in Hinsicht auf die Beschuldigungen, die gegen ihn erhoben worden sind) ein gebührender Prozess nach unseren Gesetzen gemacht worden ist. Am 21.3. wurde er laut dem Urteil vom 23.2.auf Bewährung freigelassen. Ihr ergebener John P. Clyne, Deputy Public Affairs Officer, US Embassy – Bonn Germany

Der beigelegte Hintergrundsbericht war eine, um einige Lügen und Verdrehungen erweiterte Aufzählung sämtlicher Anklagepunkte. So zynisch der Brief jedoch in seiner Formulierung auch sein mag, so bleibt doch die mutmachende Tatsache, daß die Postkarten nicht ungelesen in den Paperkorb gewandert sind, daß es sich die Botschaft einiges an Zeit und Geld hat kosten lassen, um der Aktion entgegenzuwirken. So verläuft eben doch nicht jede Unterschriftensammlung, nicht jede politische Aktion wirkungslos im Sand, wir danken all denen, die in dieser Hinsicht noch etwas Mut und Optimismus hatten und die wir für zukünftige Aktionen noch oft brauchen werden – denn die Gefängnisse hier wie da,sind noch berstend voll!
Gesellschaft für bedrohte Völker, Koordinationsgruppe München, Claus Biegert, Blumenstr. 30a, 8 MÜnchen 2

F. PANZIERI VORLÄUFIG FREI

ROM
24. April

Der Genosse Fabrizio Panzieri, der wegen „moralischer Mitverantwortung" an einer Schießerei zu neuneinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden war (ID 168),ist – nach zwei Jahren Untersuchungshaft – vorläufig freigelassen worden. Damit hat die Mobilisierung für Panzieri, an dem die italienische Justiz das praktiziert hatte, was in der BRD Karl-Heinz Roth bedroht, gesiegt. Fabrizio Panzieri wird einen regelrechten Prozess bekommen. Er wird von Umberto Terravini, einem führenden Genossen der KPI, verteidigt.

WOHNRAUMZERSTÖRUNG IM MARAIS

PARIS 4. April Trotz einer Gerichtsentscheidung vom 22. März, die den fünf Familien, die im Marais (4. Stadtbezirk in Paris) leerstehende Häuser besetzt hatten (siehe ID 171), eine Frist von 3 Monaten zur Räumung gegeben hatte, drang am 29. März eine Gruppe von Beschäftigten der RIVP (Immobiliengesellschaft der Stadt) unter Polizeischutz in eines der Häuser ein, um es unbewohnbar zu machen. Mit dem Direktor der RIVP, Bilhouet, an der Spitze, der sich selbst an der Wohnraumzerstörung beteiligte, mauerten sie — nach bekannter Manier — die Eingänge zu, rissen Fußböden auf, zerstörten Wasserrohre.

Die Hausbewohner und andere Stadtteilbewohner hatten sich inzwischen vor dem die Zerstörungsarbeiten schützenden Polizeikordon zusammengefunden und versuchten die Anlieferung der Bausteine zu verhindern. Die etwa 100 Demonstranten bereiteten Bilhouet, als dieser nach Vollendung dieses Werks das Haus verließ, einen stürmischen Empfang, so daß er sich schnell in einen der Polizeiwagen flüchten mußte.

Kurze Zeit nach dem Abzug der Polizei machten sich die Bewohner daran, die soeben errichtete Mauer, die den Eingang versperren sollte, wieder abzubauen, was große Freude bereitete und das Gefühl, daß die letzte Schlacht noch nicht geschlagen ist.

(aus: Liberation und Politique Hebdo)

EIN BERICHT ÜBER DIE AKTUELLE SITUATION IN PORTUGAL

FRANKFURT 28. April Während ihrer Rundreise durch die BRD besuchten die Vertreter der „Gazeta da Semana" auch den ID und berichteten das Folgende über aktuelle Entwicklungen in Portugal.

1. DIE BASISORGANISATIONEN DES VOLKES. Die vor dem 25. November 1975 günstige Situation hat sich in der jüngsten Zeit erheblich verschlechtert. Die früheren Verbündeten in Armee und Staatsapparat haben ihre Positionen verloren und wurden durch konservative oder reaktionäre Offiziere und Beamte zum großen Teil ersetzt. Doch gibt es immer noch demokratische Kräfte in der Armee, etwa die Gruppe um Melo Antunes im Revolutionsrat. Wir erleben in Portugal im Moment die Restauration des bürgerlichen Staates; konsequent versucht die Regierung, die Macht der direkten Organe des Volkes zu beschränken, sie für ihre eigene Politik zu vereinnahmen und mit juristischen und ökonomischen Mitteln einzukreisen.

DIE STADTTEILKOMMISIONEN Zu den wichtigsten Organen der Volksmacht gehörten die Stadtteilkommissionen. Sie waren die Träger der Selbstverwaltung in der Nachbarschaft und führten ihre Aufgaben in eigener Verantwortung aus. Wie z.B. bei einer Stadtteilkommission, die ich selbst seht gut kenne: Dort wohnen hauptsächlich Arbeiter, kleine Angestellte, Händler. Die Selbstverwaltung war sehr stark: es wurden Häuser besetzt und eine Handelskooperative eingerichtet, wir traten in direkten Kontakt mit den ländlichen Produzenten und verkauften ihre Erzeugnisse, eine Alphabetisierungskampagne wurde durchgeführt und im Sommer fuhren wir auf das Land, um den Bauern bei der Arbeit zu helfen. Doch durch die Übertragung vieler dieser Aufgaben auf die staatliche Administration haben die Kommissionen ihre direkten Einflußmöglichkeiten zu einem Teil aufgeben müssen. Als Folge hat sich eine gewisse Demobilisierung breitgemacht. Die Einwohnerkommissionen sind zu einer Art Parlament geworden, wo sich die Militanten des Viertels treffen und einige Probleme diskutieren, wo aber nicht mehr die lokalen Probleme der Bevölkerung gelöst werden können. Welche Schweirigkeiten die Regierung der Volksbewegung bereitet, soll an einigen Beispielen gezeigt werden. Vor dem 25. November und auch noch einige Zeit danach haben einige Kommissionen von Lissabon mit einer staatlichen Stelle, der SAAL (Service d'Appuli ambulant pour Lisbonne), bei der Lösung des Wohnproblemes zusammengearbeitet. Dieses Amt, in dem hauptsächlich Leute der Linken arbeiten, wurde jedoch so stark eingeschränkt, es erhielt keine Kredite mehr, daß es seine Tätigkeit aufgeben mußte. Damit war aber auch der Tätigkeit der Einwohnerkommission auf dem Bereich der Wohnungsversorgung die Grundlage entzogen. Ein Motiv für das Vorgehen des Staates waren eigene Spekulationsabsichten; die öffentlichen Körperschaften möchten den Boden an Private verkaufen, nicht zu einem geringen Preis an Wohnungslose abgeben. Heute ist es für die Kommissionen kaum noch möglich, technische Unterstützung, Material oder Kredite zu erhalten, wie sie früher von der nächsten Kaserne oder staatlichen Institutionen geliefert wurden. Alles war vielleicht etwas zu einfach. Daß wir nie auf Widerstand stießen, nährte einige Illusionen über unsre Möglichkeiten.

DIE ARBEITERKOMMISSIONEN Die Existenz der Arbeiterkommissionen und ihre Rechte sind in der Verfassung niedergelegt. Sie werden von der Versammlung aller Arbeiter gewählt und nehmen gemeinsam mit den vom Staat bestellten Managern an der Verwaltung der Fabriken teil. Sie müssen bei der Aufstellung des Produktionsplanes konsultiert werden, haben soziale Aufgaben und sind vor allem berechtigt, Entlassungen vorzunehmen. Allerdings besteht heute die direkte und effektive Zusammenarbeit von Betriebs- und Stadtteilkommissionen nicht mehr. Vor dem 25. November erleben alle Organe des poder popular einen starken Aufschwung, auch ihre Koordination wurde immer besser, sodaß die Fabriken direkt das benötigte Material an die Stadtteile lieferten. Dieser Prozeß ist aber abgebrochen worden.

Eine sehr große Bedeutung haben die Arbeiterkommissionen in den selbstverwalteten Unternehmen. Es handelt sich hierbei um eine Reihe von kleinen und mittleren Betrieben, die wegen Flucht ihrer Eigentümer von den Arbeitern geführt werden. Auch hier geht die Regierung nicht direkt gegen die Selbstverwaltung vor, aber sie bereitet ihr indirekt erhebliche Schwierigkeiten. Über die nationalisierten Banken kontrolliert sie sämtliche Kredite und verknüpft sie mit Bedingungen der Einflußnahme auf die Unternehmensleitung. In einigen Fällen, in denen die Betriebe unter der Leitung der Arbeiter besonders rentabel arbeiteten, wurde sogar eine Reprivatisierung versucht, doch die Arbeiter wehren sich gegen diese Pläne, da ihr Arbeitsplatz von der Weiterexistenz der selbstverwalteten Betriebe abhängt.

Allgemein läßt sich das Verhältnis der PS-Regierung zu den Basisorganen so beschreiben, daß sie nicht versucht, sie um jeden Preis zu zerschlagen, sondern sie zu kontrollieren, für ihre Zwecke zu gebrauchen. Mit direkter Konfrontation reagiert sie erst dann, wenn es gilt, eine autonome Politik zu verhindern.

DIE AGRARREFORM Im Alentejo, im Süden Portugals, sind noch etwa eine Million Hektar Boden von den Landarbeitern besetzt. Nach dem Gesetz über die Agrarreform müßten noch 50% mehr, d.h. eine halbe Million Hektar mehr enteignet werden, doch unternimmt die PS nichts, dies durchzusetzen. Tatsächlich befinden sich weiterhin etwa 99% des ursprünglich besetzten Bodens in Staatsbesitz, unter Verwaltung der Arbeiter. Die PS beschränkt sich im Moment nur darauf, den früheren Eigentümern Entschädigung zu zahlen und ihnen einen Teil des Landes (50 Hektar) als Sitz zurückzugeben und durch Bedingungen, die an die technische und finanzielle Unterstützung gebunden sind, Einfluß auf die Kooperativen zu nehmen. Es gibt solche, kleine Musterbetriebe, die auf genossenschaftlicher Ebene funktionieren, die die Präferenz der Regierung genießen.

Um die Politik der Sozialisten zu beurteilen, muß man wissen, daß die Rechte, die Christdemokraten und die sozialdemokratische Rechte in der CDS oder PSD, sofort die vollständige Aufhebung der Besetzungen durchsetzen würden, wären sie an der Macht.

Im Moment ist ein neuer Gesetzesvorschlag zur Agrarreform in der Diskussion, eingebracht vom sozialistischen Agrarminister, der auf die Verstärkung der Rechte der alten Besitzer abzielt. Der Teil des verstaatlichten Bodens, der weiter zu ihrer Verfügung steht, soll vergrößert werden. Wenn sich dies durchsetzt, geraten einige Kooperativen in eine schwierige ökonomische Situation, da das ihnen verbleibende Land für eine rentable Bewirtschaftung nicht ausreicht.

DIE VOLKSBEWEGUNG, DIE PCP UND DIE PARTEIEN DER EXTREMEN LINKEN

Während der Präsidentschaftskampagne von Otelo mußte die PCP einen starken Rückschlag hinnehmen, als ein großer Teil ihrer Militanten und Wähler für Otelo stimmten. Bei den letzten Kommunalwahlen konnte sie jedoch den verlorenen Boden wieder gutmachen. Auch bei dem Gewerkschaftskongress spielte sie eine zentrale Rolle, so daß sie die weitaus bedeutenste der linken Parteien bleibt. Die Parteien der extremen Linken befinden sich in einer gewaltigen Krise: sie haben entweder aufgehört zu existieren, wie die LUAR, oder sind sehr geschwächt, so daß sie kaum noch Einfluß auf die Entwicklung nehmen können.
Zwar besteht die extreme Linke weiter, aber nicht mehr in Parteien, sondern in den Stadtteilen oder den Betrieben. Das wichtigste Kennzeichen des revolutionären Prozesses in Portugal waren ja auch nicht die Parteien der Linken, sondern die Organe der Volksherrschaft, womit es seine Probleme eigenständig löste.

(Wird fortgesetzt mit Berichten über die Lage im Militär, in der PS und über die Chancen eines neuen Faschismus)

Die portugiesischen Genossen, von denen dieser Bericht stammt, befinden sich noch in der BRD. **Am 3.5. sind sie in Freiburg (Universität), der genaue Termin kann bei der Buchhandlung Jos Fritz erfragt werden, am 6.5. sind sie abends in Hannover, Veranstalter ist die SAG.**

„UNS GEHÖREN DIE RAMBLAS"
– BERICHT ÜBER EIN FEST –

BARCELONA
26.April

Es war ein Samstag. Der 23.April. An diesem Tag wird in Katalonien der Sant Jordi gefeiert, der heilige Georg, Patron von Katalonien. Der 23.April ist – traditionell – außerdem der „Tag der Rosen" und er ist der „Tag der Bücher". Dieser 23.April war schließlich – aktuell – der „Tag des Autonomie-Statuts".

Vor 40 Jahren, während der kurzlebigen spanischen Republik, hatte Katalonien eine eigene, autonome Regierung, die „Generalitat" – ähnlich wie das Baskenland. Nachdem Franco mit Hilfe der deutschen und italienischen Faschisten den Bürgerkrieg (1936 - 39) gewonnen hatte, nahm er den Katalanen ihre Autonomie. Für das Autonomie-Statut kämpfen heute wieder alle politischen Organisationen – mit Ausnahme des anarchistischen Gewerkschaftsverbandes CNT (die die Autonomie, aber nicht Statute unterstützt) – unter Führung der KP, die in Katalonien PSUC heißt.

Für dies alles – Blumen, Bücher und Politik – sind also Hunderttausende an diesem Samstag ins Zentrum von Barcelona gekommen, auf die Ramblas.–

Unter einigen Genossen herrscht gespannte Erwartung, denn sie planen eine Aktion im „Corte Ingles" an der Plaza Cataluña, am oberen Ende der Ramblas. Der „Corte Ingles", Spaniens größter Warenhauskonzern (vergleichbar mit Karstadt oder Hertie), gehört teilweise der Familie Franco. Dem Konsumterror in der Filiale an der Plaza Cataluña soll ein Streich gespielt werden.

Aber es kommt anders. Bis Ladenschluß um 20.oo Uhr wird zwar keine massenhafte Selbstbedienung – wie ursprünglich geplant – veranstaltet, aber in einer Blitzaktion werden sämtliche Schaufensterscheiben besprüht und bemalt: *„Wir wollen keine Werbung und keinen Betrug"*.

Fünf ‚sociales' (so werden hier die Zivilen genannt, die zur ‚Sozialpolitischen Brigade' gehören) können nur noch wütend Rumpelstilzchen imitieren. Die Spannung entlädt sich in einem wilden Tanz auf der Plaza, wo die Tauben verschreckt davonfliegen.

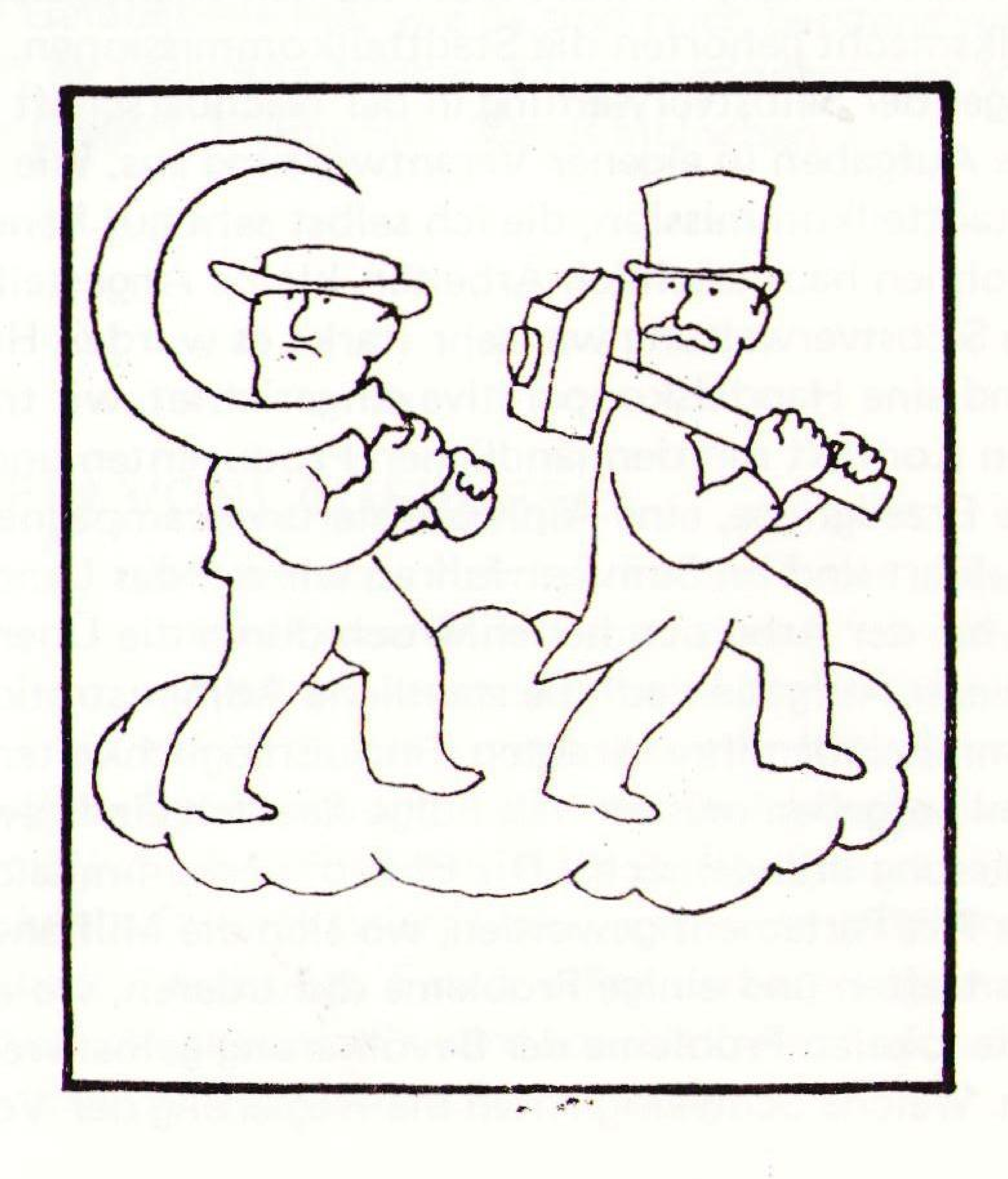
Auf den Ramblas, dieser lebendigsten Flanierstraße (keine ‚Fußgängerzonge'!), die man sich vorstellen kann, kommt man kaum vom Fleck.

Die Ramblas sind etwa 2 km lang, ihr unteres Ende ist direkt am Hafen des Kolumbus-Denkmal; ihr oberes die Pla Cataluña im Zentrum von Barcelona.
Rechts und links der Flanierstraße fließt auf je zwei Fahrbahnen der Verkehr. Daran anschließend das Chinesen- und das Gotische Viertel.

Unter den großen, grünen Bäumen der Ramblas haben sich neben den alltäglichen Ständen von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften (hauptsächlich Politik und Porno, wie damals in Santiago und Lissabon), von Kanarienvögeln, Hühnern und Papageien, von Rosen, Nelken und Hyazinthen, von Straßenhändlerfreaks und vielen Verlagstischen zum ersten Mal seit 40 Jahren politische Parteien und Organisationen aufgebaut.

In 6 Wochen (am 15.Juni) sind wieder mal Wahlen.
In Spanien gibts inzwischen über 100 Parteien, die am Wettstreit, Schaukampf und Public-Relations-Rennen um den Parlamentszirkus teilnehmen:
Sozialisten, Sozialdemokraten, Faschisten, Liberale, Christdemokraten, Maoisten, Kommunisten, Trotzkisten – und von jeder Sorte gleich 7 bis 11 Linien.
Feministinnen und Anarchisten sind auch vertreten.

In dieser Stadt, in der die anarchistisch-libertäre Bewegung Spaniens und der ganzen Welt bisher ihre Hochburg hat, kommt an diesem ‚Sant Jordi' vor allem von der anarchistischen Jugend Leben und Lachen unters Volk, das auf den Ramblas flaniert.



Kleine Gruppen singen, klatschen, hüpfen, rufen Parolen „Es lebe der Aufstand", spielen Theater, schwenken schwarze Halstücher, schwarze Schlapphüte, schwarze Regenschirme — während die Sonne scheint. Sie allein — die jungen Libertären mit schwarzen Halstüchern — haben mit dem Wahlzirkus und dem Parlamentarismus ganz offensichtlich nichts am Hut. Solidarische Kritik auch an der schwarz-roten CNT.

Zum ersten Mal auch seit dem Bürgerkrieg wird das Organ der CNT, der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft (Confederación Nacional del Trabajo), die berühmte ‚Soli' (Solidaridad Obrera) angeboten. Die CNT war während des Bürgerkriegs mit rund 2 Millionen Mitgliedern die stärkste Gewerkschaft Spaniens.

Plötzlich wieder eine Gruppe junger Anarchos, diesmal sind sie nicht auf der breiten Flanierstraße, sondern auf einen der beiden Autostraßen daneben. Sie rennen los, winken mit Händen und Halstüchern und sind im Nu ein paar Hundert: *„Tenemos las Ramblas" („Uns gehören die Ramblas")*, rufen sie. Die Fußgänger erleben es mit Vergnügen und Ängstlichkeit, der Angst aus 40 Jahren faschistischer Unterdrückung. Dann taucht am Straßenrand eine katalanische Fahne auf, gelb-rot gestreift, das Symbol der katalanischen Autonomie, für [illegible] vor allem die katalanische KP eintritt. Die libertären Demonstranten reißen die Hände zum Hitler-Gruß hoch und rufen: „Wir sind Masochisten und wollen die PSUC an der Regierung".

Sie laufen weiter, diesmal die Ramblas hoch, auf der anderen Straßenseite. Ein einzelner Verkehrspolizist sieht hilflos zu. Dann werden die beiden Autostraßen der Ramblas für den Verkehr gesperrt. Zögernd macht sich das Volk die Straße. zueigen Das Volk, das mit Autonomie-Plaketten am Rock, mit roten Rosen in Silberpapier und Büchern unterm Arm unter den Bäumen flaniert. Mitten drin die Jugendlichen, auf der Spaziergangdemonstration mit Trillerpfeifen, mit Trommeln und witzigen Parolen (leider kann ich kein Katalanisch). Das Volk lacht.

Eine Aktionsgruppe, Mischung aus Straßenmusik und Straßentheater, tanzt auf und ab, bunt verkleidet, spielt und hält Maulaffen feil. Dazwischen Gruppen, die die katalanische Fahne schwingen und immerzu rufen: „Wir wollen das Statut", mit großen Transparenten und der Aufschrift: „Wir wollen das Statut".
Dann wieder die jungen Anarchos, vielleicht 200, auf der Straße; gegenüber den Massen, die hauptsächlich in der sicheren Mitte flanieren, sind sie nur wenige. Als sie plötzlich rufen : „Viva la anarquia, muerte al estado" (Hoch die Anarchie, Tod dem Staat), werfen sie zum ersten Mal ihre Fäuste in die Luft und schließen winkend die Hände überm Kopf. Das Wahrzeichen dieser Gruppe ist ein schwarzer Regenschirm. Dann eine andere Gruppe mit einem zerknitterten Packpapier, aufgemalt das schwarze Ⓐ als Wahrzeichen. Sie rufen: „Wir wollen Brot, wir wollen Wein, wir wollen Fraga auf dem Mond" (im spanischen reimt sich das; Fraga Iribarne ist der Führer der faschistischen Volksallianz, die allen Voraussagen nach die Wahlen gewinnen wird).

Als sich die beiden Gruppen oben an der Rambla, an der Plaza Cataluña, treffen, schreien sie: *„Ni Fraga, ni Carillo, queremos carajillo" (weder Fraga, noch Carillo* (Führer der KP) — *wir wollen carajillo:* das ist Kaffee mit Cognac, ein sehr beliebtes Getränk).
Inzwischen sind die Bäume und Häuserwände entlang der Ramblas mit Ⓐs besprüht. Das gepflegte Blumenbeet an der Plaza Cataluña wird zum ersten Mal seit 40jährigem ungestörtem Wachsen als Ruhestatt benutzt.

Dann passiert etwas Unglaubliches (ich schreibe das an den Ramblas, während mir ein Joint in die Nase weht). Die Ramblas hinauf kommt eine Demonstration, die irrsinnig groß ist. An der Spitze ein Transparent mit der Autonomie-Forderung. Wir, vielleicht 300 Libertäre und Anarchos, gehen zur Seite, denn eine Konfrontation wäre unausweichlich und sinnlos gewesen. Die „Wir-wollen-das-statut"-Parolen übertönen zunächst die anarchistischen Parolen. Plötzlich aber, als wir rufen:
„Es pueblo unido — funciona sin partido", springt der Funke auf die Statut-Demonstranten über. Viele, die nicht unmittelbar unter Parteibannern laufen, stimmen mit ein.
(Schon in Chile, später auch in Portugal, war die Parole *„El pueblo unido — jamás será vencido" = „Das geeinte Volk wird niemals besiegt"*, die Hauptparole der dortigen KPen; die anarchistische Abwandlung: *„Das geeinte Volk funktioniert ohne Partei"* überspitzt die alte und setzt ihr gleichzeitig eine neue Parole entgegen.)

Allmählich wird der Riesenplatz der Plaza Cataluña vom Volk besetzt. Viele Tausende müssen es sein. ‚Anarquia, libertad'-Rufe, als in der Statut-Demonstration, die endlos an uns vorüberzieht, eine schwarze Fahne geschwungen wird.

Ein junger Mann klettert auf eine der Kronleuchter-Laternen, zieht ein Kruzifix aus der Hosentasche, streckt es den Statut-Demonstranten über die Köpfe, als ob er ihnen den Bannstrahl entgegenschleudern wolle, und ruft: „Wir sind Atheisten". Dann eine gemeinsame Parole:
„Si, si libertad — amnestia total". Dann, hüpfend und tanzend: *Wir sind illegal und werden es immer sein."*
Und: *„Si, si, si — Juan Carlos geh nach Paris".*

Die Phantasie platzt aus dem vom Faschismus geschmiedeten Ketten und Nähten. Und immer wieder, hüpfend und tanzend, Indianergeheul.

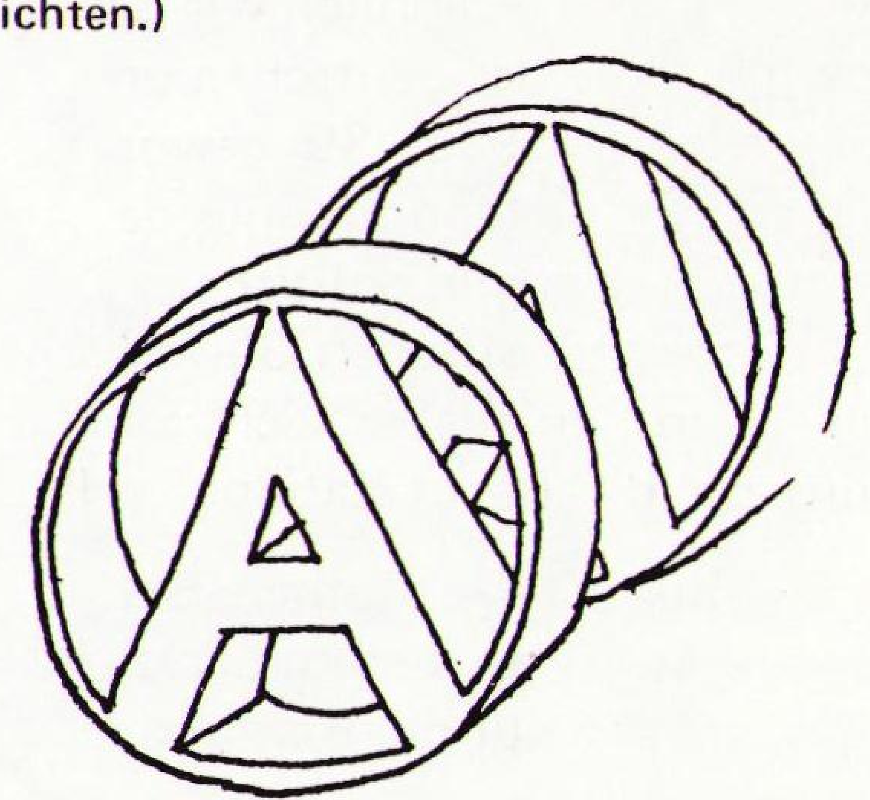
Aus einer Seitenstraße kommen Kinder und rufen: *„Hoch die Ferien, weg mit den Klassen, weg mit den Schulbüchern!"*

Es wird dunkel, die Lichter gehen an. Ein paar ältere Barceloneser höre ich am Straßenrand sagen, ihnen käme das alles wie im Pariser Mai '68 vor.

Das Radio meldet, etwa 200 000 seien auf den Ramblas gewesen. Etwa die Hälfte war bestimmt auf dem Fest, was nachher, etwa ab 11 Uhr nachts, am Fuß des Montjuich gefeiert wurde. (In den Verliessen des Kastels auf dem Montjuich hoch über dem Hafen von Barcelona sind viele Revolutionäre zu Tode gefoltert worden).

Das Fest: ein Riesentanz mit katalanischem Rock in einer durch und durch faschistischen Szenerie; inmitten von monumentalen Gebäuden, Lichtdomen, wie weiland in Nürnberg, und gigantischen Springbrunnen mit Farbtönung.

Das Volk aber ist außer sich beim Tanzen, Klatschen, Singen, Schreien, Fahnenschwenken — wie zuletzt vor 40 Jahren. Sämtliche faschistischen Statuen und Monumente werden erklettert und von Fahnenschwingern besetzt. Das Fest geht zuende, als die Sonne überm Mittelmeer aufgeht. Ich träume, nach dieser Nach in Barcelona, von Victor Serges ‚Geburt unserer Macht'. (In diesem jetzt beim Trikont-Verlag erschienen Buch beschreibt Serge den Aufstand in Barcelona im Jahre 1917, der blutig niedergeschlagen wurde.
In den nächsten Nummern werden wir über die anarchistische Bewegung heute detailliert berichten.)



Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

Frankfurter Informationsdienst e.v. Postfach 90 03 43
6000 Frankfurt 90

Der vorletzte ID (172/3) wurde nicht am (Kar-)Freitag, sondern schon am Donnerstag auf die Post gegeben.

Posteinlieferung des letzten ID: Freitag, 22.00 Uhr (Dienstschluß)

CNT–MEETING IN MADRID

MADRID
19. März

„Die, die uns totsagten, können herkommen und sehen, und wenn sie immer noch sagen, daß wir tot sind, dann weiß ich nicht, was es heißt, lebendig zu sein."

25 000 waren nach San Sebastian de los Reyes (14 km von Madrid entfernt) gekommen: das erste Meeting der CNT und der ganzen libertären Bewegung Spaniens nach 40 Jahren war ein riesiges befreiendes Fest, zu dem sich einerseits die Überlebenden und Zeugen des Spanien von 36-39 wiederfanden, andererseits auch eine neue Generation, eine Jugend, „die den Bruch vollzieht mit einer korrupten und verfaulten Gesellschaft". Es trafen sich die neuen autonomen Formen der Arbeiterbewegung (Roca in Barcelona, Tarabusi in Euskadi, Induyco, Marcosa...) mit einem Neoanarchismus, der kritisch der Vergangenheit und radikal der Zukunft gegenübersteht. Die alten Kämpfer waren jedoch in der Minderheit, auf jeden einzelnen von ihnen kamen 15-20 Frauen und Männer, die lange nach Beendigung des Bürgerkriegs geboren wurden.

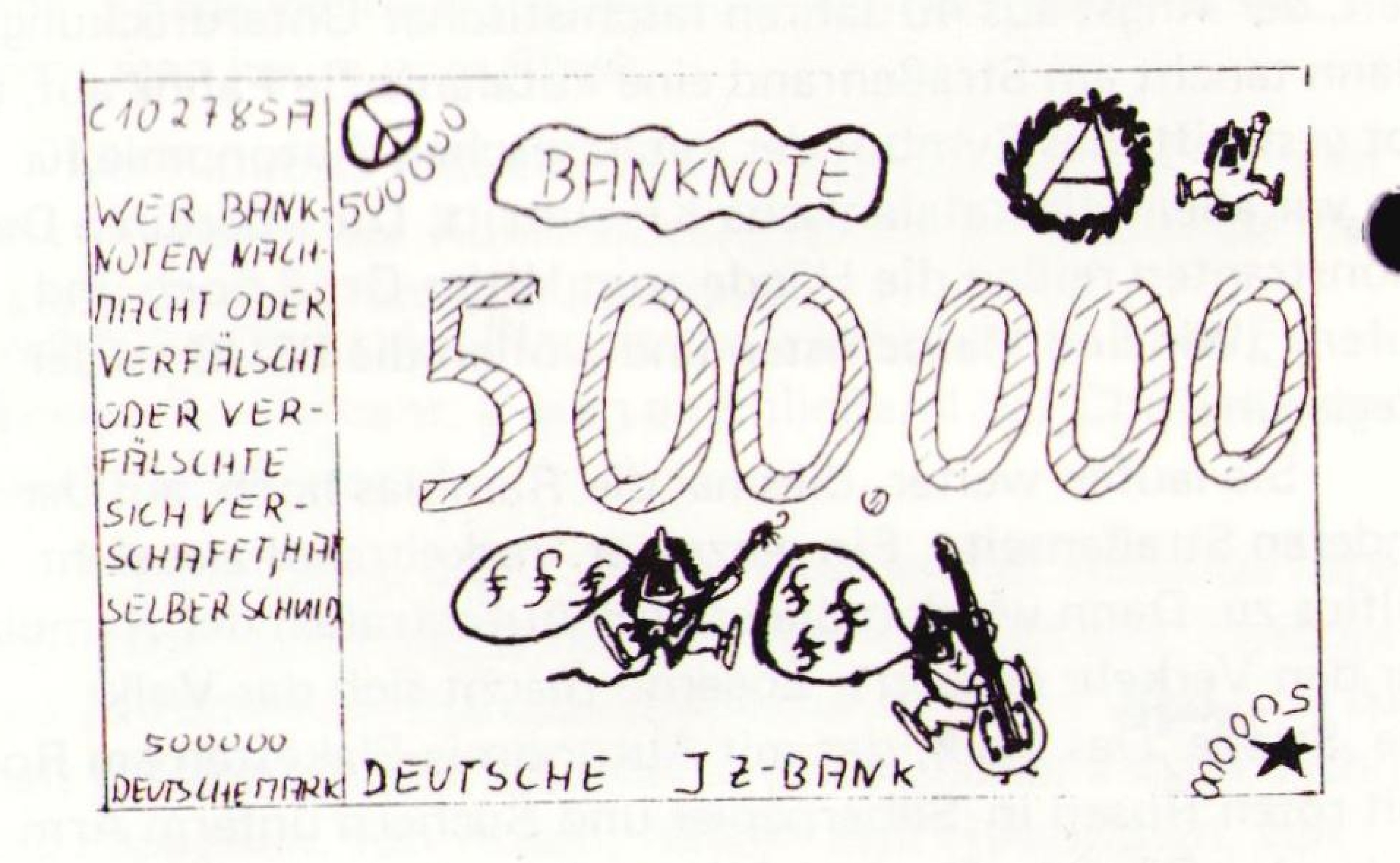
„Dieser Platz ist voll von libertärer Begeisterung", sagte Carballo, ein CNTist, der nach 26 Jahren Gefangenschaft vor kurzem freigelassen wurde. Libertäre Begeisterung und Phantasie drückten sich ebenfalls aus in den Wurfgeschossen, die man je nach Wahl und je nach Größe der begangenen Sünden (Machtgier, Bürokratismus usw.) auf die Pappbildnisse von Carillo, Fraga und Federica Montseny werfen konnte. Dieser „tiro al leader" hatte sehr viel mit dem zu tun, was auf dem Treffen gesagt und gelebt wurde.

„Anarchismus ist Freiheit" - „Das geeinigte Volk funktioniert ohne Parteien" - „Auflösung der Repressionsorgane" - „Freiheit für Pons Llovet" (MIL) - „Alle Gefangenen auf die Straße", waren die häufigsten Slogans.

Die Position der CNT wurde von einem der Redner definiert: Wir machen keine Politik, wir sind antiparlamentarisch, wir sind dagegen, an den politischen Organen des Kapitalismus teilzunehmen. Unsere Politik ist die soziale Revolution. Wir wollen den libertären Kommunismus. Anarchosyndikalistische Konzepte wie Selbstverwaltung oder Föderalismus würden heute von den politischen Parteien und von neuen Gewerkschaftszentralen von sich in Anspruch genommen. ‚Aber es gibt eine Sache, die sie sich nicht haben aneignen können, das ist die direkte Aktion. Denn wir brauchen niemanden zu delegieren, um unsere Probleme zu lösen.'

Die CNT sei nicht nur eine revolutionäre gewerkschaftliche Organisation, sondern eine libertäre Konzeption der Gesellschaft und der Welt. ‚Unsere große Kraft ist, daß wir nicht um die Macht kämpfen, sondern um ihre Zerstörung."

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.





Zahlen, Zahlen, Zahlen

Heute mal etwas Genaues und Trockenes aus der ID-Versand- und Buchhaltungsecke:

Von diesem ID werden insgesamt 5.600 Exemplare gedruckt. Davon gehen etwa 200 in Laufe des Produktionsprozesses drauf, beim Falzen, Zusammenlegen und Heften, Schneiden. Verschickt werden dann insgesamt 5.053 ID's, davon:

2.700 Einzelabos auf Vorkasse – diese Gruppe von Abonnenten hat von jetzt ab gerechnet 29.000 Hefte im voraus bezahlt; das sind durchschnittlich elf Hefte pro Abo, die wir schulden. Diejenigen, die nicht mehr beliefert werden, weil sie nicht bezahlt haben – das sind jetzt 897, weitere 299 stehen kurz davor – schulden uns 7.700 Hefte, neun Hefte je Abo durchschnittlich.

1.900 Abos auf Rechnung – das sind vor allem die Buchläden; hier steht die Bezahlung von 40.000 Heften aus: 20 Hefte je abonniertes Exemplar im Schnitt.

325 Freiabos, die fast ausschließlich in Knäste gehen, wenn sie reinkommen. Im letzten Jahr waren es insgesamt 10.000 Hefte.

78 Austauschabos mit Zeitungen und Projekten.

Da gibt's doch nur 1: zahlen, zahlen, zahlen.